



46. Sitzung

Mittwoch, 30. November 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der Tagesordnung

3115

Aktuelle Stunde

3115

FDP-Fraktion:

**Ladungsverlust, Schlickchaos,
fehlender Infrastrukturausbau:
Rot-Grün gefährdet den Hafen-
standort Hamburg!**

Michael Kruse FDP	3115, 3122
Dr. Joachim Seeler SPD	3116, 3123
Ralf Niedmers CDU	3117, 3125
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	3118, 3124
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3119
Dr. Bernd Baumann AfD	3120
Dr. Melanie Leonhard, Senatorin	3121

AfD-Fraktion:

**Linke Gewalttäter demolieren
die Messe und Hamburgs An-
sehen!**

Dirk Nockemann AfD	3125
Arno Münster SPD	3126
Dennis Gladiator CDU	3127
Antje Möller GRÜNE	3128
Christiane Schneider DIE LINKE	3129
Carl-Edgar Jarchow FDP	3130

SPD-Fraktion:

**Das Erbe der Olympiabewer-
bung klug weiterentwickeln –
Masterplan Active City gibt
Sportstadt Hamburg zusätzli-
chen Schub**

(Fortführung am 01.12.2016)

CDU-Fraktion:

**Sauberkeit nur gegen Gebühr?
– Rot-grüne Müll-Steuer ist Ab-
zocke der Bürger**

(Fortführung am 01.12.2016)

GRÜNE Fraktion:

**Kehrwieder-Becher statt Weg-
werf-Pappe: Mit Hamburgs Un-
ternehmen ein Mehrwegsystem
für Coffee-to-go-Becher ent-
wickeln**

(Fortführung am 01.12.2016)

Fraktion DIE LINKE:

**Gesundheit ist keine Ware –
Hamburgs Krankenhäuser
brauchen mehr Personal und
Qualität**

(Fortführung am 01.12.2016)		Ergebnis	3132
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:	
Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur 16. Bundesversammlung		Sauberkeit aus einer Hand – Für eine gute Lebens- und Aufenthaltsqualität in Hamburg	
– Drs 21/6557 –	3131	– Drs 21/6765 –	3132
Ergebnis	3131	Dr. Monika Schaal SPD	3132
		Stephan Gamm CDU	3133, 3142, 3146
		Ulrike Sparr GRÜNE	3136
		Stephan Jersch DIE LINKE	3137, 3147
		Dr. Kurt Duwe FDP	3138, 3147
		Andrea Oelschläger AfD	3139
		Jens Kerstan, Senator	3140
		Michael Kruse FDP	3141
		Karl-Heinz Warnholz CDU	3141
		Dr. Andreas Dressel SPD	3143
		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	3145
und		Beschlüsse	3147
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde		Rechtliche Rahmenbedingungen für Ausbildung und Arbeit für Flüchtlinge verbessern – Integrationsbereitschaft der Wirtschaft unterstützen	
– Drs 21/1466 –	3132	– Drs 21/6753 –	3148
und			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Jens-Peter Schwieger SPD	3148
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung		Karin Prien CDU	3149
– Drs 21/2316 –	3132	Antje Möller GRÜNE	3150
und		Cansu Özdemir DIE LINKE	3151
		Jennyfer Dutschke FDP	3152
		Dr. Bernd Baumann AfD	3153
		Nebahat Güçlü fraktionslos	3154
		Dr. Melanie Leonhard, Senatorin	3155
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Beschlüsse	3156
Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 21/6339 –	3132	Öffentlicher Nahverkehr auf der Außenalster – Pilotprojekt auf der Strecke Mühlenkamp–Jungfernstieg einrichten	
sowie		– Drs 21/6729 –	3156
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dennis Thering CDU	3156, 3163
Wahl von vier Delegierten zur 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages		Martina Koeppen SPD	3158
– Drs 21/6717 –	3132	Martin Bill GRÜNE	3159
		Heike Sudmann DIE LINKE	3160

Dr. Wieland Schinnenburg FDP
Detlef Ehlebracht AfD

3161
3162

Martin Bill GRÜNE
Heike Sudmann DIE LINKE
Dr. Kurt Duwe FDP

3172
3173
3173

Beschlüsse 3164

Beschlüsse 3174

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN
und der SPD:

**Ergebnisse öffentlich finanzier-
ter Forschung frei zugänglich
machen – Forcierung der Um-
setzung einer "Open-Access-
Strategie" für Hamburg!**
– Drs 21/6763 –

3164

Beschlüsse 3164

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Refinanzierung Tarifierhöhung
zur Aufwertung des Sozial- und
Erziehungsdienst 2016 sicher-
stellen**
– Drs 21/6747 –

3164

Mehmet Yildiz DIE LINKE 3164, 3168
Dr. Tim Stoberock SPD 3165
Franziska Grunwaldt CDU 3167
Anna Gallina GRÜNE 3167
Daniel Oetzel FDP 3168
Dr. Bernd Baumann AfD 3168

Beschluss 3169

Bericht des Innenausschusses über
die Drucksache 21/5325:

**Zweites Gesetz zur Änderung
polizeirechtlicher Vorschriften
(Senatsantrag)**
– Drs 21/6538 –

3169

Beschlüsse 3169

Antrag der AfD-Fraktion:

**"Sprung über die Elbe" – Ver-
kehrsanbindung der südlichen
Stadtteile verbessern – nicht
nur für Kraftfahrzeuge – U4-
Planung sofort starten**
– Drs 21/6734 –

3169

Detlef Ehlebracht AfD 3169
Ole Thorben Buschhüter SPD 3171
Dennis Thering CDU 3172

Beginn: 15.08 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, dass sich die Fraktionen auf eine von der Empfehlung des Ältestenrats abweichende Reihenfolge bei den Wahlen verständigt haben. Die Wahl der Delegierten zur 16. Bundesversammlung wird vorgezogen und direkt nach der

Aktuellen Stunde

stattfinden, zu der wir jetzt kommen.

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Ladungsverlust, Schlickchaos, fehlender Infrastrukturausbau: Rot-Grün gefährdet den Hafenstandort Hamburg!

von der AfD-Fraktion

Linke Gewalttäter demolieren die Messe und Hamburgs Ansehen!

von der SPD-Fraktion

Das Erbe der Olympiabewerbung klug weiterentwickeln – Masterplan Active City gibt Sportstadt Hamburg zusätzlichen Schub

von der CDU-Fraktion

Sauberkeit nur gegen Gebühr? – Rot-grüne Müll-Steuer ist Abzocke der Bürger

von der GRÜNEN Fraktion

Kehrwieder-Becher statt Wegwerf-Pappe: Mit Hamburgs Unternehmen ein Mehrwegsystem für Coffee-to-go-Becher entwickeln

und schließlich von der Fraktion DIE LINKE

Gesundheit ist keine Ware – Hamburgs Krankenhäuser brauchen mehr Personal und Qualität

Ich rufe zunächst das erste, von der FDP-Fraktion angemeldete Thema auf. Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 2016 war ein verlorenes Jahr für den Hamburger Hafen und Olaf Scholz und seine Chaostruppe tragen dafür die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien CDU – Ksenija Bekeris SPD: Toller Einstieg!)

2016 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Scholz-Senat 2,4 Milliarden Euro an Steu-
erzahlergeld für faule Kredite an die HSH Nord-

bank überwiesen hat, von denen er bei Ankauf schon wusste, dass sie größtenteils wertlos sind. 2016 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Scholz-Senat mit BUSS einen weiteren Terminalbetreiber in die Flucht geschlagen hat, ohne dabei freilich eine Alternative für die Flächennutzung in Steinwerder zu präsentieren. Stattdessen schaut der Scholz-Senat tatenlos dabei zu, wie weitere Dienste den Hamburger Hafen verlassen. Das ist in Zeiten wie diesen verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Monika Schaal SPD:* Rauschender Beifall!)

2016 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem Olaf Scholz goldene Handschläge für scheidende HHLA-Vorstände verteilt, und 2016 wird als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Scholz-Senat erst ewig kein Schlickbaggerkonzept auf die Reihe bekommen hat und dann eines verabschiedet, das die Probleme des Hafens gar nicht löst. Ich gehe mit Ihnen hier und heute eine Wette ein. Ich wette mit Ihnen, dass es in diesem Jahr in Hamburg ein neues Hoch bei der Kreislaufbaggerei geben wird und dass die Vereinbarungen Ihres Senats dazu beigetragen haben, denn es handelt sich um ein schlechtes Verhandlungsergebnis. Es ist zeitlich befristet, es hat Jahresobergrenzen, es ist teuer erkaufte und es löst unsere Probleme nicht, wie Sie gerade bei den Schlickmengen, die mit PCB verunreinigt sind, sehen können, bei denen Sie vor ungelösten Fragen stehen. Als würde das alles nicht genügen, erhöht der Scholz-Senat in diesem Jahr auch noch das Hafengeld und entzieht der HPA einen noch größeren Teil des Hafengelds. Genau das Gegenteil ist richtig, genau das Gegenteil ist notwendig:

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das sagen Sie!)

Die Senkung des Hafengelds ist die richtige Antwort auf die derzeitige Situation und der Verbleib des Gelds bei der unterfinanzierten HPA.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Die FDP bei 4 Prozent, das ist die richtige Antwort!)

– Herr Tjarks, Sie wissen, dass die HPA unterfinanziert ist.

Ihre Politik zeigt, dass der grüne Anbau zusehends zu grünen K.-o.-Tropfen für die Hafenwirtschaft wird.

(Beifall bei der FDP)

Mitten in der längsten Krise des Hafens macht der rot-grüne Senat eine Politik,

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Haben Sie einen Rhetorikkurs gemacht?)

die den Hafenunternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schadet.

(Michael Kruse)

Herr Bürgermeister Scholz, diese Stadt braucht die Fahrrinnenanpassung. Der Hamburger Hafen braucht die Fahrrinnenanpassung. Die Beschäftigten im Hafen brauchen die Fahrrinnenanpassung. In drei Wochen verhandelt das Bundesverwaltungsgericht über diese Schicksalsfrage für Hamburg. Wir fordern von Ihrem Senat, Rot und Grün, hier und heute ein klares Commitment zur Fahrrinnenanpassung. Sie haben im Koalitionsvertrag vereinbart – Zitat –:

"Die Koalitionspartner sind sich über die Beurteilung der Notwendigkeit einer weiteren Elbvertiefung uneinig."

Erst gestern hat Umweltsenator Kerstan beim Unternehmensverband Hafen Hamburg gesagt – Zitat –:

"Ich als Grüner bin gegen die Elbvertiefung, habe mich aber verpflichtet, sie mit voranzutreiben."

Herr Bürgermeister, Ihr Senat vertritt Hamburg beim Bundesverwaltungsgericht und erklärt gleichzeitig eine Uneinigkeit über die Notwendigkeit der Elbvertiefung. Wer soll das denn glauben? Wen soll das überzeugen? Das ist, als würde man die linken Gruppen in der Stadt bitten, das Catering beim G20-Gipfel zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Glauben Sie denn allen Ernstes, dass dieser Umweltsenator bei der Umsetzung auch noch behilflich ist, nachdem er im Dezember 2015 schon begonnen hat, das Verfahren zu torpedieren? Wir glauben das nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Joachim Lenders CDU* – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Wir auch nicht!)

Die FDP-Fraktion steht klar hinter der Elbvertiefung und wir fordern, dass der rot-grüne Senat sich ebenso klar dazu bekennt. Wenn dieses klare Commitment heute wieder unterbleibt und stattdessen wiederum eine Darstellung unterschiedlicher Sichtweisen auf dieses Projekt stattfindet, dann tragen Sie, Herr Bürgermeister, die Verantwortung für einen negativen Ausgang des Verfahrens beim Bundesverwaltungsgericht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ich glaube, es geht los bei Ihnen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich Herrn Dr. Seeler das Wort gebe, haben wir hier oben festgestellt, dass schon mit dem Verteilen der blauen Stimmzettel für die Wahl von Mitgliedern zur Bundesversammlung begonnen worden ist. Das Einsammeln der Stimmzettel findet durch die Schriftführer statt,

nachdem die Wahl eröffnet wurde. Wir werden jetzt neue Stimmzettel produzieren und ausgeben und die Wahl durchführen, sobald diese Stimmzettel vorliegen. Wir stimmen dann alle gemeinsam nachher ab, damit es nicht zu Verwirrungen und Unklarheiten kommt. – Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Seeler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war jetzt wie gewohnt ein bisschen krawallig, ein bisschen laut und das Problem ist, dass es völlig an den Fakten vorbei ging.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass der Hafen in schwerem Umfeld unterwegs ist, wie mehr oder weniger alle Häfen weltweit. Das Wachstum des Welthandels ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, die protektionistischen Tendenzen nehmen global eher zu als ab. Man muss offen sagen, dass auch die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten aus der Entwicklung in Europa, Stichwort Brexit, und hinsichtlich dessen, was möglicherweise nächsten Sonntag ausgelöst wird, noch offen sind.

In der Anmeldung der FDP steht als erstes Wort: Ladungsverlust. Das ist einfach falsch. In den ersten neun Monaten hat der Hamburger Hafen auf 104,9 Millionen Tonnen zugelegt, das ist ein leichtes Wachstum. Von Ladungsverlust kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Massengutumschlag ist gestiegen, der Stückgutumschlag ist rückläufig, der Containerumschlag ist unverändert.

(*Michael Kruse FDP*: Ist rückläufig!)

– Nein. Wenn man sich, Kollege Kruse, die Zahlen zum Oktober 2016 ansieht, ist auch der Containerumschlag wieder gestiegen. Aktuelle Zahlen helfen also ab und zu bei der Argumentation.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass wir nach dem Allzeithoch 2014 mit Rückgang 2015 jetzt wieder in einer Phase sind, wo der Seegüterumschlag trotz des schwierigen Umfelds im Hamburger Hafen steigt. Ich will nur kurz auf drei Punkte hinweisen. Erstens ist sehr erfreulich, dass die Märkte China und Russland, die größten Abnehmer des Hamburger Hafens, auch in den nächsten neun Monaten wieder gewachsen sind. Sie wissen, dass wir Probleme aufgrund des rückläufigen Wachstums in China und des Embargos hatten.

Besonders erfreulich ist, dass die Hinterlandverkehre des Hamburger Hafens sehr deutlich gewachsen sind. Damit hat der Hafen Hamburg einen Marktanteil von 50 Prozent an den Eisenbahnhinterlandverkehren in der Nordrange. Das ist ein her-

(Dr. Joachim Seeler)

vorragendes Ergebnis, mit dem man, glaube ich, sehr zufrieden sein kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Vergleich zu den anderen Häfen in der Nordrange – Rotterdam hat rückläufige Zahlen, Zeebrügge ist eingebrochen, Antwerpen ist leicht gestiegen – hat Hamburg sich sehr gut geschlagen.

Schlickchaos, das ist schlichtweg falsch. Gestern hat der Präsident des Unternehmensverbands Hafen klar gesagt, dass sich die Situation deutlich verbessert hat. In den meisten Bereichen des Hamburger Hafens sind die Solltiefen erreicht, obwohl auch 2016 ein Rekordjahr des Baggerns wird. Schon bis Ende Oktober 2016 wurden 10,2 Millionen Kubikmeter gebaggert. Man sieht, dass die Vereinbarung mit Schleswig-Holstein funktioniert. Es wurden 3,7 Millionen Kubikmeter zur Tonne E3 hinausgefahren. Hier ist ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt worden.

Ebenso erfreulich wie das Thema Baggern ist auch die Frage der Schlickvermeidung. Deswegen ist es, glaube ich, anerkennenswert, dass der Senat es geschafft hat, dass die Ästuar-Partnerschaft ihre Arbeit gut aufgenommen hat und wir auch an dieser Stelle mit guten Ergebnissen zur Schlickvermeidung rechnen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt: fehlender Infrastrukturausbau. Das war ein interessanter Teil der Überschrift der FDP. Wie Sie wissen, haben wir in den Haushaltsberatungen darüber geredet, dass pro Jahr 189 Millionen Euro aus Mitteln des Hamburger Haushalts, aus Bundesmitteln und aus Mitteln der HPA in den nächsten zwei Jahren in den Hafen investiert werden. Das Konzept "Hafen finanziert Hafen" ist final zu den Akten gelegt. Der Senat hält sich an seine Zusagen, dass die Mittel maßgeblich aus dem Haushalt gestellt werden.

Und was Sie in Ihrer Überschrift völlig vergessen haben, ist, dass wir in Wahrheit mit dem Bundesverkehrswegeplan einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht haben. Der Beschluss des Kabinetts im August 2016 und der jetzt anstehende Gesetzesbeschluss führen dazu, dass gerade Norddeutschland, und zwar erstmals seit längerer Zeit, erheblich profitiert und Norddeutschland und der Hamburger Hafen heute in diesem Bundesverkehrswegeplan deutlich besser wegkommen als früher, wo manche bayrische Ortsumgehung wichtiger war. Allein aus dem Bundesverkehrswegeplan fließen in den Autobahnausbau des Hamburger Stadtgebiets 2,5 Milliarden Euro, davon 1,1 Milliarden Euro für die A 26. Schienenausbau, sehr wichtig für den Hamburger Hafen – ich hatte es angeführt –, Hamburg–Bremen–Hannover, Alpha-E-Trasse: 3 Milliarden Euro; Ausbau Nord-Ostsee-Kanal: 530 Millionen Euro; Schiffsbauwerk Scharnebeck: 270 Millionen Euro; Ausbau Elbe-Lübeck-Kanal:

840 Millionen Euro; Fahrrinnenanpassung, das zentrale Projekt: 400 Millionen Euro. Und dann sprechen Sie von Infrastrukturausbau, der nicht genügend finanziert sei. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen bekommen. Mit der Sachlage hat das jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Hamburger Hafen ist in schwierigem Umfeld auf gutem Weg. Wir sorgen dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird, dass Wachstumspotenziale sich weiter entwickeln können, und wir können hoffentlich auch zuversichtlich sein, dass bei der mündlichen Verhandlung am 19. Dezember 2016 die Freigabe für die Fahrrinnenanpassung erfolgt. Diesbezüglich sind wir hier im Haus, wie ich glaube, alle einer Meinung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Niedmers von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt ist wieder alles schlecht!)

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Seeler, ich habe Ihren Dank an den Bundesverkehrsminister vermisst, den Sie coram publico eben hätten aussprechen können, Ihren Dank an den hervorragenden CSU-Bundesverkehrsminister Dobrindt,

(Beifall bei der CDU)

der es mit seiner Supermannschaft geschafft hat, einen solchen Bundesverkehrswegeplan aufzustellen. Genauso viel Dank hätten Sie an den parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann aussprechen können, der sich in Hamburg und in der norddeutschen Region bestens auskennt und ein großes Herz dafür hat, dass die Verkehrsinfrastruktur hier funktioniert. Diesen Dank, den Sie gerade vergessen haben, möchte ich an dieser Stelle unseren CSU- und CDU-Kollegen im Bund aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Aber leider ist das Leben nicht so schön, wie mein Lob es gerade gewesen ist, denn der Hafen steckt nach wie vor in der rot-grünen Schlickfalle fest. Ich empfehle, dass wir demnächst eine Schlicktour mit kleineren Booten durch den Hafen machen. Dazu lade ich den Kollegen Dr. Seeler ein, damit er überhaupt einmal mitbekommt, was im Hafen abgeht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Doch es kommt noch schlimmer. Der Unternehmensverband Hafen Hamburg kommuniziert nicht mehr mit der HPA. Bei beiden ist das Signal des

(Ralf Niedmers)

miteinander Redens abgebrochen oder unterbrochen. Die Fronten scheinen sich immer weiter zu verhärten. Der HPA wird sogar Einmischung in das operative Geschäft der freien Hafenfirmen vorgeworfen. Ich frage wieder einmal: Wann hat es in Hamburg solche zentralen elementaren Vorwürfe gegen die Regierung gegeben? Ich frage weiter: Wie bringt sich Senator Horch, der heute krankheitsbedingt leider nicht da ist, in diese Diskussion ein? Und was macht der lesende Erste Bürgermeister?

(Heiterkeit bei der SPD)

Ja, er liest. Aber er löst scheinbar keine Probleme. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Hättest du auch einmal etwas gelesen!)

Aus Sicht der CDU ist eine Reform der HPA dringend notwendig. Über HPA next wollten wir am vergangenen Donnerstag im Wirtschaftsausschuss sprechen. Das hatten wir bereits am 30. Juni 2016 vor, aber Rot-Grün hat mit einem geschickten Hackentrick diese Ausschussbefassung mit seiner Ausschussmehrheit abgelehnt. So waren wir dann erst am vergangenen Donnerstag überhaupt in der Lage, uns grundsätzlich mit diesen wichtigen Themen in der parlamentarischen Ausschussberatung auseinanderzusetzen. Doch dann wurden zunächst einmal nur beihilferechtliche Fragen erörtert. Eine einzige Folie, HPA next, Spartenrechnung, wurde den Abgeordneten vorgelegt. Das war es dann aber auch schon.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Selbst die hat Sie intellektuell überfordert!)

Der Senator war natürlich nicht da. Der zuständige Staatsrat war auch nicht da. Und der Verkehrsstaatsrat musste dann die undankbare Aufgabe übernehmen, uns klarzumachen, dass wir inhaltlich überhaupt nicht diskutieren.

Aber es wird noch lustiger.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann scheint ja alles in Ordnung zu sein!)

Der interessierte sachkundige Vertreter weiß natürlich, dass man, wenn man Ende November so eine Veranstaltung macht und im Dezember dann der Aufsichtsrat der HPA tagen soll, um sämtliche bahnbrechenden, wegweisenden Beschlüsse zu fassen, das inhaltlich überhaupt nicht vorbereitet, denn der AR bekommt eine Vorlage auf den Tisch und dann heißt es abnicken. Vielleicht seht ihr das so als SPD, vielleicht ist das eure Politik. Bei uns läuft es anders. Bei uns werden die Dinge vorher diskutiert.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, genau!)

Besonders unschön wird es,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Glaubst du das alles, was du hier erzählst? Das ist ja der Hohn!)

wenn der AR im Dezember tagt, um diese Beschlüsse zur Reform der HPA, die dringend notwendig sind, zu fassen und es vorher keinerlei Form von parlamentarischer Beratung gibt. Das ist ein neuer Tiefpunkt innerhalb dieser Auseinandersetzung um die richtige Frage, wie es mit der HPA weitergeht. Das heißt, Rot-Grün verhindert jede Form der Ausschussbefassung und will dann im Dezember den AR diese Beschlüsse fassen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Antworten auf die Frage, wie die strukturellen Reformen bei der HPA aussehen. Wir wollen Antworten auf die Frage, wie die HPA sicherstellt, dass alle erforderlichen Infrastrukturen im Hafen auch tatsächlich umgesetzt werden. Und wir wollen Antworten auf die Frage, ob die HPA künftig in großem Umfang Schulden machen soll und dann möglicherweise neue Haushaltsrisiken auf die Stadt Hamburg zukommen. Auf diese Fragen haben wir keine Antworten bekommen und das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Das war ja putzig!)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, wenn Ihre Partei so ostentativ mit dem Slogan "German Mut" durch die Gegend läuft, sind Sie der Obermiesmacher der ganzen Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie zeichnen ein Bild vom Hafen und von der Stadt, das mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(*Michael Kruse FDP*: Und Ihrer Politik!)

Ich möchte Ihnen einfach nur einmal ein paar Zahlen nennen. Die Arbeitslosenquote liegt zum ersten Mal seit sehr vielen Jahren unter 7 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in Hamburg im Vergleich zu 2005, als Sie das letzte Mal regiert haben, ist mit 212 000 im Plus. Der Hamburger Hafen in seiner 828-jährigen Geschichte wird dieses Jahr das drittbeste Jahr in seiner Geschichte haben. Wir haben gerade 1 200 Arbeitsplätze in Neuland neu angesiedelt, was übrigens auch etwas mit dem Hafen zu tun hat. Und Sie tun hier so, als ob alles schlecht sei. Meine Damen und Herren, Sie haben eigentlich keine Ahnung.

(Dr. Anjes Tjarks)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann kommen Sie – wir haben es nachgezählt – zum fünften Mal in anderthalb Jahren mit dem Thema Schlick.

(Jörg Hamann CDU: Tut uns leid, dass Sie das stört!)

Sie suhlen sich in dieser Schlickfrage – die eine komplizierte Frage ist –,

(André Trepoll CDU: Das erklärt, warum Sie das nicht verstehen!)

haben aber selbst überhaupt keine Ahnung, wie man das anders lösen soll. Der Unternehmensverbandspräsident Herr Bonz, mein Freund Gunther Bonz, hat gestern gesagt, die Probleme seien weitestgehend gelöst, die Situation habe sich deutlich verbessert. Und warum hat er das gesagt? Er hat gesagt, es gebe eine neue Technologie, um die Hafenbecken vom Schlick freizuhalten. Und weil Sie es zum fünften Mal anbringen, erkläre ich es auch den geneigten Kollegen, die es nicht so interessiert. Es gibt jetzt die Bed-Leveler-Technologie, bei der Sie wie mit einem Pflug den Schlick zur Seite drücken und ihn nicht mehr wie zuvor mit der Injektionstechnologie zur Seite blasen, mit dem Effekt, dass der Schlick aufgewirbelt wurde, was ökologisch schlecht ist und weitere Kosten produziert. Deswegen sind die Hafenbecken frei. Wir haben darüber hinaus zum ersten Mal ein Abkommen mit Schleswig-Holstein geschlossen, mit dem Ergebnis, dass 20 Millionen Kubikmeter innerhalb von fünf Jahren umgelagert werden können.

(André Trepoll CDU: Wann ist die Grenze erreicht?)

Wir haben das in diesem Jahr vollständig ausgereizt und werden es auch das nächste Mal tun. 4 Millionen Kubikmeter dürfen wir pro Jahr umlagern. Das ist doch der Schritt, um die Kreislaufbaggerei in einer sehr schwierigen Oberflächenwassersituation zu minimieren. Diesen Schritt gehen wir konsequent und ich habe noch kein einziges Mal eine andere Möglichkeit gehört, was man tun kann, denn Landentsorgung ist so etwas von teuer; das können Sie doch nicht ernsthaft als Alternative präsentieren. Das haben Sie auch nicht, weil Sie keine Antwort auf dieses Thema haben. Es ist ein komplexes Thema, dessen wir uns annehmen. Wir gehen in diese Richtung und tun etwas.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann ist es doch so, dass man sich, wenn man sich mit dem Thema Schlick befasst, auch mit dem Thema Schlickvermeidung beschäftigen muss. Das ist doch das, was unsere Bundesländer wollen. Sie sagen, der Hamburger Hafen sei wichtig, aber sie sagen doch auch, wir als Hamburger müssten bei der Frage der Schlickvermeidung vor-

rangehen. Und das tun wir, auch wenn Sie es vielleicht als Ökagedöns bezeichnen.

Wir werden in vier Tagen die Ästuarpartnerschaft aus der Taufe heben, wo zum ersten Mal Politik, Verwaltung und Industrieverbände aus allen drei Bundesländern, aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein, gemeinsam mit den Umweltverbänden und den Bürgerinitiativen zusammensitzen werden, um zu diskutieren, wie man vernünftig Schlickvermeidung in der Elbe produzieren kann. Hamburg wird an dieser Stelle vorangehen. Das ist doch das, was wir brauchen, um dieses Thema in den Griff zu bekommen, und keine Fensterreden in der Bürgerschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weitestgehend bisher noch nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen ist das Thema PCB, das von Tschechien aus zu uns heruntertreibt. Auch dieses Thema treibt uns um, denn wir können die Verlagerung von Sedimenten in die Nordsee nur dann vornehmen, wenn sie eine vernünftige ökologische Qualität haben. Was wir aber tun können, ist, dass man das Problem an der Quelle bekämpft, und deswegen bin ich sehr froh, dass der Erste Bürgermeister einen Brief nach Tschechien geschrieben hat und wir jetzt eine Situation haben, dass die Tschechen dieses PCB-Problem mit unserer Unterstützung an der Quelle saniert haben. Auch Sie müssen zugeben, dass das eine gute Nachricht für den Hamburger Hafen ist. Wir haben das Sedimentproblem im Griff. Es ist aber eine Herausforderung und es hilft nichts, Fensterreden zu halten. Man muss dieses Problem sauber und seriös in den nächsten Jahren lösen. Das bekommen wir gemeinsam hin. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, worüber ich mich bei dieser Debatte am meisten wundern soll: über den Grünen, der sagt, das PCB-Problem sei mit einem Brief des Bürgermeisters Scholz gelöst worden,

(Heiterkeit bei der CDU – Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Nein, durch andere!)

oder über die FDP, die sich wieder irgendwie an der Elbvertiefung festhängt und eine Diskussion führt, die wir schon 25 Mal geführt haben und die uns an dieser Stelle nicht weiterbringt.

(Jörg Hamann CDU: Fünf Mal!)

– 25 Mal. Ich bin schon länger bei der Elbvertiefungsdiskussion dabei, als Sie sich das vorstellen können.

(Norbert Hackbusch)

Herr Niedmers, der sich in einem Ausschussprotokoll verheddert hat, hat auch keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN – *Thilo Kleibauer CDU*: So kriegt man die fünf Minuten auch rum!)

Insofern möchte ich auf das zurückkommen, was Herr Seeler gesagt hat, denn das führt, glaube ich, zu einer ernsthaften Debatte. Das sage ich auch zu dem halb sozialdemokratischen Partner links von mir, bei dem ich den Eindruck habe, dass er nicht ernsthaft über die Situation des Hamburger Hafens diskutiert. Denn wir alle müssen doch feststellen, dass die Situation des Hamburger Hafens kritisch ist, und zwar weniger im Zusammenhang mit Ladung, obwohl wir da doch auch wissen, was der Hafenentwicklungsplan sagt. Die Steigerung von 0,1 Prozent im Containerbereich, die Sie jetzt feiern, ist ein Widerspruch.

(*Farid Müller GRÜNE*: Wir feiern gar nichts!)

Dieser Widerspruch muss besprochen werden. Aber das ist gar nicht die Krise. Die Krise besteht doch auch darin, dass wir im Zusammenhang mit Hapag-Lloyd bisher fast 1 Milliarde Euro versenkt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da wart ihr aber auch dafür! Das habt ihr mitgemacht!)

Wir haben das gemacht. Darüber müssen wir diskutieren. Ich versuche ja, hier eine gemeinsame Ebene herzustellen. Wir müssen doch feststellen, dass wir das gemacht haben, um die Ladungen im Hamburger Hafen einigermaßen zu garantieren und voranzubringen. Wir stellen fest, dass das 1 Milliarde Euro gekostet hat. Das ist doch eine Situation, in der man sich fragen muss, ob sich das gelohnt hat oder nicht. Da muss man doch sagen, dass es eine krisenhafte Situation gibt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Es geht auch um Arbeitsplätze! Und ihr habt da zugestimmt!)

– Wir haben zugestimmt, doch darum geht es jetzt nicht. 1 Milliarde Euro ist für die Situation des Hamburger Hafens verlorengegangen. Das müssen wir diskutieren.

Sie als Senat bekommen es gegenwärtig noch nicht einmal hin, für die 50 Arbeitsplätze beim BUSS Terminal Ersatzarbeitsplätze im Hafen zu schaffen. Dann zu sagen, es gebe kein Problem mit Arbeitsplätzen in Hamburg, ist eine falsche Darstellung.

(Beifall bei der LINKEN)

Jeder, der sich in Hamburg auskennt und mit den Leuten im Hamburger Hafen spricht, wird feststellen, dass die Angst um diese Arbeitsplätze gegenwärtig völlig zu Recht groß ist. Da können Sie doch nicht sagen, es gebe diese Krise nicht.

Beim nächsten Thema geht es um die HSH Nordbank, und zwar nicht darum, was Sie 2008 oder 2009 gemacht haben. 2011 hat dieser Senat ein Konzept vorgelegt, das darauf baute, dass die Schifffahrtskrise im Jahr 2015 oder 2016 überwunden sei. Aufgrund dessen sind bestimmte Grundlagen geschaffen worden. Aber Sie haben sich verzockt, Sie haben sich geirrt. Das hat mehrere Milliarden Euro zusätzlich gekostet. Dann aber diese Krise und diese Probleme nicht wahrzunehmen, sondern zu sagen, alles sei wunderbar, das ist keine Politik, die sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzt, sondern Ignoranz.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen sich auch damit auseinandersetzen, dass Sie gegenwärtig keine aktive Politik im Hafen machen. Sie verfolgen keine Idee eines neuen Hafenentwicklungsplans, die HHLA wird nicht von Ihnen geführt, sondern Sie lassen sich von der HHLA führen. Sie haben noch keinen Plan, was mit BUSS geschehen soll, was im Mittleren Freihafen geschehen soll, sondern Sie warten darauf, dass irgendetwas geschieht. Das ist keine aktive Politik. Wir haben die HPA, wir haben die Mehrheit der HHLA, es ist möglich, dort einiges aktiv zu machen, und Sie verschlafen es. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vom Erfolg des Hamburger Hafens sind fast 300 000 Arbeitsplätze in Deutschland abhängig. Mit seiner weltweiten Vernetzung ist er einer der wichtigsten deutschen Industrie- und Logistikstandorte überhaupt. Derzeit droht er ins Hintertreffen zu geraten, er ist auf Platz 3 der größten Containerhäfen zurückgefallen.

Das heutige Debattenthema, Rot-Grün gefährde den Hafenstandort Hamburg, geht in einzelnen Punkten dennoch zu weit. Es gibt Dinge, für die die Hamburger wirklich nichts können, zum Beispiel dafür, dass bei der aktuellen Elbschlickvergiftung Firmen in Tschechien 20 000 Liter mit PCB vergifteter Farbe in die Elbe geleitet haben. Andererseits geht der Vorwurf gegen Rot-Grün aber auch nicht weit genug.

Sehen wir uns einmal die Ladungsverluste bei den Containern an. Sicher schwächeln derzeit die beiden größten Handelspartner – China wegen anhaltender innerer Rezession, Russland wegen Ukraine-Sanktionen und niedrigem Ölpreis, somit haben die Russen wenig Geld und es gibt wenig Handel. Auch dafür kann Rot-Grün wenig. Aber dass Hamburg von Antwerpen bereits 2015 auf den dritten Platz abgehängt wurde, hat vor allem hausgemachte Gründe. Wichtigster Grund ist und bleibt

(Dr. Bernd Baumann)

natürlich die zu geringe Elbtiefe an manchen Durchfahrtsstellen; wie oft haben wir das schon diskutiert. Daran zeigt sich die ganze Grundmisere dieser Stadt und eigentlich auch des Landes. An diesen wenigen Stellen müsste ausgebaggert werden. Daran, dass das seit 14 Jahren nicht passiert, tragen die massiven links-grünen Milieus, Gruppierungen und Verbände in dieser Stadt die Schuld, die das Land im ideologischen Würgegriff halten. Das wissen wir doch.

(Beifall bei der AfD)

So wird die notwendige Elbvertiefung seit 14 Jahren mit über 5 000 gerichtlichen Einwendungen blockiert. Sehr große Schiffe können Hamburg wegen des Tiefgangs überhaupt nur noch teilentladen erreichen, und das auch nur zu bestimmten Hochwasserzeiten. Deutschland ist das Land, in dem zahllose Umweltverbände und Kläger – oft meint man, geradezu lustvoll – entscheidende Infrastrukturprojekte, an denen das ökonomische Schicksal Zehntausender Familien und des ganzen Landes hängt, durch Tausende Einsprüche zu Fall bringen und endlos verzögern. Mal, weil irgendwo ein Schierlingswasserfenchel wachsen soll, mal, weil man einen sogenannten Pupsfisch oder Gewitterfurcher entdeckt haben will oder sich irgendwo ein Schlammpeitzger tummeln soll: Ständig sorgen rot-grüne Umweltverbände für Verzögerungen. Insofern hat natürlich Rot-Grün die Schuld,

(Beifall bei der AfD)

aber eben nicht nur die rot-grünen Parteien in diesem Parlament, auch nicht nur die rot-grünen Fraktionen, noch nicht einmal allein nur der rot-grüne Senat, sondern die ganze Bandbreite ideologisch verknöchert rot-grüner Klientel in diesem Land ist daran schuld, die ganze links-grün versumpfte Szenerepublik ist hier am Werk,

(Beifall bei der AfD)

wie auch in der Bildungspolitik, der Einwanderungspolitik, der Sicherheitspolitik und Teilen der Wirtschaftspolitik. Im Hafen blockieren sie gerade die derzeit so notwendige Flächenerweiterung des Hafengeländes zur Ansiedlung moderner Industrie und Logistik. Der führende europäische Rotterdamer Hafen ist ein Großgebiet, das sich 40 Kilometer entlang des riesigen Rhein-Maas-Deltas ausbreitet und bereits 50 Prozent mehr Hafenfläche hat als Hamburg.

Und wie sieht es in Hamburg aus? Hier wird blockiert. 2016 sollte das Gebiet Altenwerder-West endlich der Hafennutzung übergeben werden, 45 Hektar, Rotterdam hat 10 000 Hektar, das wäre bitter nötig. Das Ziel muss sein, endlich neue Standorte für moderne Logistik zu schaffen, die dann natürlich auch den Hafenumschlag mehren. Das wurde sofort von links-grünen Umweltverbänden mit Klagen torpediert. Man wollte den Gelbspötter und den Kleinspecht gesichtet haben. Nun

ist alles angehalten, ein langer Gerichtsablauf beginnt vor dem Verwaltungsgericht; wir kennen das.

Wer hier in Hamburg Abhilfe schaffen will, muss nicht nur die rot-grünen Parteien abwählen und in die Opposition schicken, sondern alle angestaubten Mentalitäten und links-grün versteinerten Milieus in dieser Republik überhaupt. Dafür sind wir von der AfD angetreten.

(Beifall bei der AfD – Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Deswegen in der letzten Umfrage 4 Prozent!)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt Senatorin Leonhard.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Außerhalb von Hamburg gelte ich durchaus als Hafen- und Schifffahrtsgeschichtsexpertin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Vieles ist in der Debatte schon gesagt worden und ich möchte nur die Gelegenheit nutzen, im Namen meines Kollegen Herrn Horch zwei, drei Dinge richtigzustellen und das eine oder andere vielleicht auch im internationalen Kontext geradezurücken. Das scheint doch erforderlich zu sein.

Es ist festzustellen, dass Hamburg trotz der angespannten weltwirtschaftlichen Situation immer noch Platz 3 der europäischen Häfen belegt.

(Dennis Thering CDU: Trotz des Senats!)

Das ist eine außerordentliche Leistung und hat nichts damit zu tun, dass der Senat nichts tut, sondern es hat damit zu tun, dass der Senat gemeinschaftlich mit den Partnern aus der Hafenwirtschaft mit hoher Anstrengung daran arbeitet, dass das so bleibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das tun wir übrigens auch mit einiger Unterstützung aus dem Bund. Das war zu Zeiten eines Maritimen Koordinators von der FDP noch nicht der Fall, da waren wir nicht wegen des Bundes, sondern trotz des Bundes so gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus ist von allen richtig festgestellt worden, dass wir in Hamburg aufgrund unserer geografischen Lage und aufgrund unseres Tidehafens sehr wohl ein Problem mit Schlick haben. Deswegen unternehmen wir hohe Anstrengungen und deswegen ist es übrigens auch kein Mangel, dass wir uns mit unserem Nachbarland Schleswig-Holstein darauf verständigt haben, wie wir mit diesem Thema umgehen. Es ist eine schlichte Notwendigkeit, dass man so etwas gemeinschaftlich mit seinen Nachbarländern löst. Allein geht es nämlich nicht.

(Senatorin Dr. Melanie Leonhard)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist auch der Grund, warum übrigens aus beruflichem Munde, nämlich vom Sprecher der Hafenwirtschaft, die ja nicht gerade dafür bekannt ist, der Hort von rot-grüner Aufklärung zu sein, gesagt wurde, dass alle Anstrengungen in diesem Jahr dazu geführt haben, dass wir bei diesem Thema endlich vorn mit dabei sind und trotz geografisch und wettertechnisch sehr schwieriger Verhältnisse überwiegend die richtigen Schifffahrtstiefen in der Elbe hatten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu einem weiteren Thema möchte ich etwas sagen, denn darüber habe ich mich aus Sicht der Arbeitssenatorin gerade sehr geärgert, und ich halte es für wichtig, das noch einmal richtigzustellen. Ja, wir haben eine ganze Menge Geld in die Sicherung des Standortes von Hapag-Lloyd in Hamburg investiert. Man ist wirklich sehr eindimensional unterwegs, wenn man sagt, das sei alles Verschwendung gewesen und habe nichts gebracht. Tatsächlich aber ist es so, dass wir gerade wegen dieser Investitionen noch da stehen, wo wir heute stehen. Ohne diese Investitionen hätte es uns wahrscheinlich viele Milliarden mehr gekostet. Über das Thema Arbeitsplatzsicherung will ich gar nicht sprechen. Die Thematik der 50 Ersatzarbeitsplätze für BUSS mutet geradezu übersichtlich an im Vergleich zu dem, was passiert wäre, wenn wir das Geld nicht in die Hand genommen hätten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Viele Dinge hängen miteinander zusammen. Also muss man erstens nicht beklagen, dass wir ein Schlickthema im Hamburger Hafen haben – liebe CDU, das ist hinlänglich bekannt –, sondern man muss sich dessen annehmen und zu überregionalen Vereinbarungen kommen. Das haben wir gemacht. Man muss zweitens zusehen, dass man die Hafenhinterlandverkehre und die Infrastruktur im Griff behält – das tun wir, manchmal mit dem Bund, manchmal trotz des Bundes, aber immerhin einigermaßen erfolgreich. Daran muss man aber weiterhin arbeiten. Und das Dritte ist, dass wir als Hafen nicht für uns allein da sind und nicht alles allein regeln können, sondern dass wir auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Blick behalten müssen. Dazu zählt das Engagement bei Hapag-Lloyd, dazu zählt aber auch, wieder auf Tuchfühlung mit Osteuropa und Russland zu gehen, und dazu zählt der intensive Kontakt zu China. In all diesen Punkten ist der Senat aktiv. Das alles hat auch etwas mit der Sicherung des Erfolgs des Hamburger Hafens zu tun. Und nur diesen Tatsachen haben wir es zu verdanken, dass wir weiterhin auf Platz 3 sind. Die Lage ist konsolidiert, bleibt aber weiterhin anstrengend. Um dem entgegenzutreten, braucht es mehr, als den Mangel nur zu beklagen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt erneut das Wort.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich gern festhalten, dass das, was wir eingefordert haben, nämlich ein klares Commitment des rot-grünen Senats zur Fahrrinnenanpassung, nicht ausgesprochen worden ist. Das ad 1. Wir hätten übrigens Ihre Kompetenz, Frau Leonhard, in Sachen Hafenfragen niemals infrage gestellt. Wie kämen wir denn dazu? Wir haben ja darüber noch nie gesprochen. Insofern gibt es dazu von uns auch kein böses Wort. Aber für die Fahrrinnenanpassung ist der Wirtschaftssenator gar nicht zuständig. Das haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das wissen Sie ja sicherlich. Zuständig für das Thema Fahrrinnenanpassung ist die Senatskanzlei und der Leiter der Senatskanzlei sitzt da oben und sagt nichts dazu.

(Zurufe von der SPD)

Herr Tjarks, Ihr einfacher Versuch als grüner Fraktionsvorsitzender, uns Ihre Probleme in der Regierung zuzuschieben, wird nicht funktionieren.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Dir muss ich kein Problem zuschieben, es soll ja gelöst werden!)

In jeder Aktuellen Stunde erzählen Sie, wir sollten jetzt Ihre Probleme lösen. Wenn Sie tatsächlich dieser Meinung sind, dann treten Sie aus diesem Senat einfach aus.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Ich bin doch gar nicht im Senat!)

Interessant ist auch, dass selbst links von Ihnen mittlerweile erkannt wurde, dass Ihre Herangehensweise an Hapag-Lloyd, wie viel Geld das gekostet hat, wie die Aktien damals bewertet wurden und wie viel man dafür ausgegeben hat, offensichtlich nicht ganz so vernünftig gelaufen ist; dem möchte ich gar nichts hinzufügen.

Aber es ist schon interessant, dass Sie uns in Schriftlichen Kleinen Anfragen antworten, Sie schöpften die Jahresmenge von 1,5 Millionen Euro für die Verbringung von Baggergut bei Tonne E3 aus, nur um dann zu sagen, Sie hätten 3,5 Millionen Euro. Kommen Sie mir jetzt nicht mit Trockensubstanz und dem anderen, das ist zu einfach. Sie antworten alle zwei Wochen anders auf die Fragen nach der Lösung dieser Probleme, Sie antworten alle zwei Wochen anders auf die Fragen nach dem, was Sie tun. Als Sie die Vereinbarung getroffen haben, haben Sie gesagt, es gebe keine Jahresobergrenzen – nachzulesen in der Senatspressemittteilung von Ende April 2016 zu diesem The-

(Michael Kruse)

ma. Wie kann es dann sein, dass Sie von diesen Jahresgrenzen jetzt auf einmal doch etwas zu erzählen wissen? Das ist alles mehr als merkwürdig und vor allem nicht konsistent und eine Lösung für die Probleme haben Sie bisher auch nicht genannt.

Herr Seeler, wenn es im Hafen so gut läuft, dann wundere ich mich, dass den Unternehmen auf die Frage, was geschehe, wenn sie denn einmal einen Schiffsanlauf haben und die Solltiefe gerade nicht hergestellt ist, erklärt wird, man garantiere ihnen vertraglich die Solltiefe in ihrer Liegewanne, aber nicht die Zufahrt dahin. Reden Sie mit den Unternehmen im Hafen, dann werden Sie wissen, wie viele Schiffe den Hamburger Hafen nicht anlaufen konnten, weil die HPA die Tiefen nicht hergestellt hat. Das ist ein Problem. Und wenn Sie das einfach wegwischen können, machen Sie nur weiter so, den Unternehmen in Hamburg fällt das auf.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchte ich gern noch einmal auf das Thema Infrastrukturausbau zu sprechen kommen, denn wir haben uns im Ausschuss gefragt, was Sie dafür tun. Ich zitiere aus dem Protokoll des Ausschusses, in dem wir genau diese Fragestellung beraten haben:

"Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter betonen zunächst noch einmal, dass die Mittel für den Hafen nicht abgesenkt worden seien. Dann bestätigen sie, dass tatsächlich investive Mittel für konsumtive Maßnahmen vorgesehen seien."

Wir können uns die Haushaltsberatungen schenken, wenn Sie sich dafür abfeiern, dass Sie so viele tolle Sachen im Bereich der Infrastrukturentwicklung machen, und planen, die dafür vorgesehenen Mittel an ganz anderer Stelle zu verwenden. Das ist nämlich der eigentliche Punkt. Sie tun nicht genug im Bereich Infrastrukturausbau. Ich erinnere nur an die Diskussion zum Thema Kostensteigerung, ich erinnere nur an die Diskussion dazu, dass es nicht einmal ein ordentliches Projektmanagement bei den Infrastrukturprojekten gibt. All das sind Ihre Baustellen, und zwar ungelöste Baustellen.

Und wenn Sie dann schon den Chef des Unternehmensverbands Hafen Hamburg zitieren, dann möchte ich gern jemanden aus dem Präsidium des UVHH zitieren, der gestern dazu auch etwas gesagt hat. Was hat Herr Brandt, der Vorstand des städtischen Unternehmens HHLA, gesagt? Er hat die HPA kritisiert. Er hat gesagt, die HPA solle nicht unabgestimmt Gespräche mit den Reedereien führen. Der Chef eines städtischen Unternehmens kritisiert die städtische HPA. Hier sitzt Herr Horch im Aufsichtsrat, hier sitzt Herr Bösing im Aufsichtsrat, beide arbeiten in der Wirtschaftsbehörde. Es sind Ihre Leute, die sich gegenseitig kriti-

sieren. Wenn das bei Ihnen gute Hafenpolitik ist, kann ich nur sagen, schönen Dank, weiter so. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion.

Dr. Joachim Seeler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Michael Kruse, das ist ja heute wirklich eine emotionale Debatte vonseiten der FDP, aber nach wie vor immer noch nicht an der Sachlage orientiert auf den Punkt gebracht. Das Thema Infrastruktur ist, wie wir alle wissen, eines der Schlüsselemente, um den Hamburger Hafen wettbewerbsfähig zu halten und die Wachstumspotenziale zu nutzen. Kollege Hackbusch, wir haben das Thema Mittlerer Freihafen schon mehrfach diskutiert. Erstens werden die geplante Ausschreibung und die Neustrukturierung dazu führen, dass wir am Ende deutlich mehr gesicherte Arbeitsplätze im Mittleren Freihafen haben werden, als das zu Zeiten von BUSS der Fall war. Sogar BUSS selbst hat sich öffentlich darüber beklagt, dass die Struktur des Mittleren Freihafens aus den Fünfzigerjahren stammt. Da ist es doch die Pflicht und eine gute Politik zu sagen, dass diese Fläche aufgewertet werden muss. Das ist auf den Weg gebracht, nächstes Jahr im Sommer wird die Ausschreibung dazu beginnen und dann haben wir ein zukunftsfähiges Stück Hafen mit der Zuschüttung eines Hafenbeckens wiederhergestellt. Zukunftsfähige Flächen für den Hamburger Hafen gezielt fortzuentwickeln ist genau die richtige Politik und nicht etwa, an alten Flächen festzuhalten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Man wird langsam ratlos, wenn die Opposition das Thema Fahrrinne zu einem angeblichen Dissens im operativen Handeln zwischen Rot und Grün erklärt.

(*Katja Suding FDP:* Gucken Sie doch einmal in den Koalitionsvertrag, was da drinsteht!)

Da müssen Sie sich doch nur einmal den Zeitstrahl anschauen. Seit 2012 wird dieses Projekt beklagt. Man kann zu Recht bedauern, dass das am Ende das Projekt voraussichtlich um fünf Jahre verzögert. Damals hat ein rein SPD-geführter Senat alles dafür getan, den rechtlichen Anforderungen im Rahmen des Klageverfahrens zu entsprechen. Seit 2015 hat ein rot-grüner Senat alles dafür getan, um den rechtlichen Anforderungen, die zum Thema EuGH und zum Thema Bundesverwaltungsgericht in Leipzig neu aufgestellt worden sind, zu entsprechen. Deswegen können wir, glaube ich, mit einem gewissen Grundoptimismus auf den 19. Dezember 2016 blicken. Vor allen Dingen haben wir alles dafür getan, dass die Unterlagen so aufberei-

(Dr. Joachim Seeler)

tet worden sind, dass die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ergebnisses zumindest nicht gering ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Baumann: Ich fand es ein starkes Stück, dass faktisch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswasserstraßenverwaltung, der HPA, der Wirtschaftsbehörde, allen beteiligten Behörden schlechtes Handeln vorgeworfen wird, sie als linke oder rechte Spinner verschrien werden, inklusive der Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, inklusive des EuGH, die das alles angeblich verhindert hätten. Das ist schon ein starkes Stück. Ich hoffe, Sie werden niemals operative Verantwortung in dieser Stadt für den Hamburger Hafen haben, denn dann können wir gleich alle Schleusen dichtmachen. Das kann nichts werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch auf einen letzten Punkt will ich hinweisen. Neben dem Thema Infrastruktur ist das Thema Außenwirtschaftsbeziehungen von herausragender Bedeutung für den Hamburger Hafen; darauf hat auch Senatorin Leonhard hingewiesen. Die oder der eine oder andere von Ihnen war letzte Woche in der Handelskammer beim Treffen Europe meets China. Sehr interessant, sehr spannend, mit welcher positiven Grundstimmung der Standort Hamburg und der Hamburger Hafen hier eine Rolle gespielt haben. Das ist eben aktive Standortpolitik, auch solche Veranstaltungen in Hamburg stattfinden zu lassen, an der Vernetzung weiterzuarbeiten. Wir haben gestern im Ausschuss mit der HWF diskutiert, das Netzwerk weiterhin international mit anderen Institutionen zu schärfen und so für den Hamburger Hafen werbend auf der Welt unterwegs zu sein. So werden wir erfolgreich sein, da bin ich sehr zuversichtlich. Der Senat macht diesbezüglich einen guten Job. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich nach dem Wortbeitrag des Kollegen Hackbusch noch einmal gemeldet, denn DIE LINKE macht zum Schluss immer dasselbe Spielchen: Zuerst bewertet sie, was die Vorredner gesagt haben, dann kommt der Redebeitrag, wo alles sehr kritisch ist, kein Lösungsvorschlag dargelegt wird und die zentrale These vertreten wird, es gebe keine aktive Politik.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und die GRÜNEN sind schuld!)

– Ja, die GRÜNEN sind natürlich schuld, aber die GRÜNEN sind ein bisschen mehr schuld, weil sie

ein bisschen weiter links als die SPD sind, wie auch immer.

Ich möchte etwas zum Thema "keine aktive Politik" sagen – ich blicke mich einmal nach rechts um, dann, denke ich, können wir das vielleicht so stehen lassen. In den letzten vier Jahren wurde das Unternehmen Hapag-Lloyd, über das Sie, Herr Hackbusch, gesprochen haben, mit dem Unternehmen CSAV fusioniert; aktuell befinden wir uns in einem Fusionsprozess mit UASC. Ich kann nicht erkennen, wie zwei Großfusionen innerhalb von vier Jahren dazu führen sollen, dass Sie behaupten, es gebe keine aktive Politik in Bezug auf Hapag-Lloyd. Das ist doch ehrlicherweise schlicht und ergreifend dumm Tüch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch die Behauptung, 1 Milliarde Euro sei einfach verloren – ich habe schon viel zu der Frage Hapag-Lloyd und Geld gesagt –, ist doch in der Sache nicht richtig. In der Sache richtig ist, dass die Aktien gerade nicht da stehen, wo wir sie gern hätten. In der Sache richtig ist, dass wir uns im neunten Jahr der Schifffahrtskrise befinden und deswegen klar ist, dass dieses Unternehmen auch im Börsenwert momentan nicht so ist, wie wir das haben wollen. Aber verloren ist dieses Geld erst dann, wenn man die Aktien verkauft; das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Die Arbeitsplätze wollen wir und auch Sie, glaube ich, erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann kommen wir zum Thema HSH Nordbank. Sie regen sich häufig zu Recht darüber auf, was diesbezüglich, insbesondere von dieser Seite des Hauses, schiefgelaufen ist. Das ist ein großes Problem für unsere Stadt.

(Zurufe von Jörg Hamann CDU)

Die HSH Nordbank ist drei Wochen, nachdem Schwarz-Grün an der Regierung war, fast pleitegegangen. Ihr habt die ganze Zeit irgendwelche Sachen gemacht, die man nicht macht,

(André Trepoll CDU: Was ist denn das für Unfug?)

zum Beispiel Herrn Kortüm 2 Milliarden Euro Kredit zu geben, was ein Klumpenrisiko par excellence ist. Herr Hamann, Sie hätten einfach einmal zur Kenntnis nehmen müssen, dass in diesem Punkt die Politik nicht besonders gut war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Um das jetzt noch einmal zur anderen Seite zu sagen: Das ist ein schwieriger Prozess. Aber zu behaupten, wenn man einen Verkaufsprozess für die HSH Nordbank organisiert, der sicherlich das komplexeste Vorhaben ist, was dieser Senat momentan macht, man würde nicht aktiv Politik in Bezug auf die HSH Nordbank machen, halte ich in der Sache für total falsch. Es schadet der Vermögens-

(Dr. Anjes Tjarks)

position der Stadt Hamburg weniger, als wenn man Ihren Vorschlägen, die HSH Nordbank so oder so abzuwickeln, aus prinzipiellen Gründen gefolgt wäre. Dann wären nämlich alle Arbeitsplätze weg und wir hätten noch 12,5 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung zu tragen. Das ist der wahrlich schlechtere Vorschlag gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum letzten Thema, dem Thema HHLA: Ich kann nur erkennen, dass dieser Senat dafür gesorgt hat, dass es einen Neuanfang an der Spitze dieses Unternehmens gibt. Gestern haben wir vereinbart, dass Frau Titzrath nächstes Mal in den Ausschuss Öffentliche Unternehmen kommt. Auch das ist eine gute Botschaft und ein Zeichen aktiver Politik. Dasselbe gilt für den Containervorstand. Das Projekt HPA next, das wir realisieren und das eine große Reorganisation bedeutet, haben und werden wir weiterhin im Ausschuss beraten.

(Zurufe von *Ralf Niedmers* und *Birgit Stöver*, beide CDU)

– Auch für Sie, Herr Niedmers: Wir haben die Selbstbefassung im Ausschuss offengelassen, damit wir das noch einmal beraten können. Immer, wenn Sie im Ausschuss das Gegenteil von dem erzählen, was Sie hier erzählen, habe ich weniger Lust, diese Ausschussberatung offenzulassen. Herr Niedmers, die Frauenbeteiligungspartei CDU sollte sich bei dem Thema Beteiligung an dieser Stelle einfach ein bisschen zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden das so lange beraten, bis auch Sie es verstanden haben. Aber das werden wir in Ruhe im Ausschuss tun und dann können Sie Ihren Senf dazugeben. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Niedmers von der CDU-Fraktion bekommt zunächst das Wort, dann Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Leichtmatrose Hackbusch hier im Hause bekundet, dass er kein Interesse an einer vertiefenden Ausschussberatung hat, dann ist das sein Problem. Wir hatten dieses Interesse und wir haben es auch weiterhin; deswegen ist das Thema in der Tat offengehalten worden. Wenn die GRÜNEN irgendwann die Neigung haben sollten, das nicht mehr offenzuhalten, dann gibt es jede Menge andere Wege, um diese Beratung fortzusetzen. Wir sind geübt im Schreiben Großer und Kleiner Anfragen und dann müssen Sie sich nicht anschließend wieder beschweren, Herr Dr. Dresel, dass die Opposition so viele Anfragen stellt und das den Parlamentsbetrieb und den öffentlichen Betrieb so sehr lahmlegen würde.

(Beifall bei der CDU)

Um das schlaglichtartig für die, die heute anwesend sind und zuhören, zu verdeutlichen, was die Nebelkerzensenatorin Leonhard gerade gesagt hat, nämlich das seien alles Dinge, die wir zwischen den Ländern regeln müssten: Das stimmt nicht. Es gibt wesentliche Kernthemen, für die der Stadtstaat Hamburg ganz allein verantwortlich ist. Beispielhaft dafür möchte ich das große, 240 Millionen Euro teure Infrastrukturprojekt Hafenwesterweiterung und Erweiterung des Drehscheibes nennen. Da bekommt der Senat bis heute nichts auf die Kette, da werden wir weiter den Finger in die Wunde legen. Ein anderes Thema, das ich intergalaktisch zum Fremdschämen finde, ist, dass es in großen Teilen des Hamburger Hafens kein High-Speed-Internet gibt. In vielen öffentlich geförderten Wohnungen, die heute in Hamburg gebaut werden, haben Sie 200 MBit/s Downstream und Upload und im Hafen müssen die Mitarbeiter ihre Disketten beziehungsweise ihre Sticks mit nach Hause nehmen, weil die Firmen ihre Daten nicht richtig übertragen können. Diesbezüglich müssen Sie sich einmal an den Kopf fassen und fragen, was hier falsch läuft. Das zeigt schlaglichtartig noch einmal deutlich, dass die SPD mit ihrem grünen Anhängsel bei vielen Themen, die reine hamburgische Infrastruktur betreffend, nichts auf die Kette bekommt. Da werden wir wachsam bleiben und weiterhin sehr zu Ihrem Ärger den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf, angemeldet von der AfD-Fraktion.

Linke Gewalttäter demolieren die Messe und Hamburgs Ansehen!

Herr Nockemann von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dirk Nockemann AfD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Sonnabend gegen 23 Uhr versammelte sich im Bereich der Messehallen eine Horde von 30 bis 50 verummten Linkschaoten und sie zelebrierten das, was sie am besten können: Sie steckten Müllcontainer und Autoreifen in Brand und zerschlugen auf einer Länge von 100 Metern die Fensterfront in der Messehalle. Mit gelassener Professionalität verteilten die Täter daraufhin nach Ende ihrer Tat Nägel und Krähfüße auf der Straße, um Polizeibeamte an der Verfolgung zu hindern.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Waren Sie dabei, Herr Nockemann?)

(Dirk Nockemann)

Dieser Vorfall weckt in mir spontan Erinnerungen an die Rede von Herrn Münster, dem innenpolitischen Experten der SPD. Herr Münster, Sie sagten vor einigen Wochen, die innere Sicherheit sei bei Ihnen, der SPD, in guten Händen. Herr Münster – ich sehe gerade, Sie werden rot –, Hamburgs Sicherheit ist bei der SPD nicht in guten Händen, auch wenn Sie solche markigen Sprüche zelebrieren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Die Linkskriminellen vom Wochenende jedenfalls, Herr Münster, sind ganz anderer Auffassung als Sie. In dieser Stadt machen seit über 30 Jahren, seit den Zeiten von Herrn von Dohnanyi und den Hafenstraßen-Auseinandersetzungen,

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

die Linksautonomen das, was sie wollen, wann und wie sie es wollen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie waren doch auch einmal Innensenator, oder?)

Der allgegenwärtige Linksextremismus ist kein durch die AfD aufgebautes Phänomen in dieser Stadt, sondern eine reale Gefahr für das Zusammenleben der Menschen in der Stadt. Es besteht die reale Gefahr, dass dies erst der Auftakt weiterer Gewaltorgien war. Die Attacke auf den Tagungsort ist eine Attacke auf unsere Demokratie und auf die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Rechtsstaat darf keinen Jota zurückweichen. Staatsschutz und Verfassungsschutz müssen jedes in dieser Situation gebotene Instrumentarium an die Hand bekommen, das sie zur Bekämpfung dieser politextremistischen Subkulturen benötigen. Insbesondere brauchen wir zum Leidwesen der Links-Fraktion mehr verdeckte Ermittler. Und wenn ich dann einmal wieder im Innenausschuss von Ihnen, Frau Schneider, höre, diese verdeckten Ermittler würden auf harmlose Jugendliche gehetzt, dann kann ich nur sagen, hier muss sich eigentlich jeder deutlich davon distanzieren. Die Menschen in dieser Stadt erwarten neben polizeilichen Fahndungserfolgen aber auch, dass sich alle Politiker entschieden von derartigen Aktionen distanzieren. Ich bin einmal gespannt, wie das DIE LINKE nachher macht. Während es bei der Ächtung rechtsextremistischer Gewalt zu Recht einen überzeugenden parteiübergreifenden Konsens gibt, erfreuen sich Linksextremisten in bestimmten politischen Kreisen immer noch gewisser Sympathien. In einer verquastenen Form von Polithetorik wird davon gesprochen, dass linksextreme Gewalt im Namen und im Interesse internationaler Solidarität unter Umständen gerechtfertigt sein kann. Mit diesem Denken muss endgültig Schluss sein, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der AfD)

Dazu passt es nicht, wenn der AStA der HAW am kommenden Wochenende beispielsweise eine Konferenz zur Planung von Aktionen gegen den G20-Gipfel durchführt, denn zu den Organisationen gehören auch linksextreme Gruppen, die vom Verfassungsschutz als gewaltorientiert bezeichnet werden. Herr Jarchow von der FDP hat gesagt, solange jemand nichts Verbotenes durchführe, könne er diese Räumlichkeiten anmieten oder in Nutzung nehmen; so habe ich Sie verstanden. Was ist aber, wenn morgen die NPD kommt, die auch nicht verboten ist? Darf sie dann auch hinein? Für meine Fraktion darf ich erklären, nein, natürlich nicht. Die AfD erwartet von allen Parteien, auch von der Links-Fraktion, eine entschiedene Distanzierung von diesen Ereignissen.

Zum Bereich des Linksextremismus empfehle ich Ihnen allen im Übrigen die Lektüre des Verfassungsschutzberichts 2015. Besonders verheerend ist im Zusammenhang mit dem Anschlag auch, dass DIE LINKE den Gipfel als das eigentliche Übel ansieht und nicht diese Gewalttat. Die AfD-Fraktion fordert den Senat auf, das Thema Linksextremismus endlich überzeugend und erfolgreich anzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Arno Münster von der SPD-Fraktion.

Arno Münster SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Brandanschlag auf das Messegelände verurteilen alle demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und der FDP und bei *Stefan Jersch DIE LINKE*)

Falls diese Gewalttäter den Zweck verfolgen sollten, die Polizei zu provozieren, werden sie scheitern. Diese Menschen wollen in unserer Stadt verängstigen, die Polizeiarbeit skandalisieren, sie wollen die Atmosphäre für friedliche Proteste und Versammlungen beeinträchtigen, deren Inhalte sie leider nicht verstehen. Sie verschrecken die Anwohner, die sich bei solchen Anschlägen natürlich unwohl fühlen. Der Anspruch der Polizei ist und bleibt, die Menschen vor Ort vor solchen Krawallmachern zu schützen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Joachim Lenders CDU*)

Wir wiederholen das gern: Friedliche Proteste und kritische Diskurse sind in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft legitim und werden von den Versammlungsbehörden so weit wie möglich zugelassen. Das Versammlungsrecht gilt für alle, auch für Politiker. Klar ist auch, dass diese gewalttätigen Extremisten die absolute Minderheit unter

(Arno Münster)

den kritischen Protestzügen stellen. Das wissen wir und natürlich auch die Polizei. Auch wenn unsere Argumente die Täter vermutlich nicht erreichen werden: Die OSZE, gegen die sich der Anschlag wahrscheinlich richtet, ist in Zeiten des Kalten Kriegs als Ort des gegenseitigen Austausches in Europa entstanden und dieser bleibt wichtig, wie der politisch-militärische Konflikt in der Ukraine aktuell zeigt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kritische Nichtregierungsorganisationen werden Veranstaltungen wie das OSZE-Treffen oder den G20-Gipfel in Hamburg nutzen, um einige Treffen abzuhalten und kritische und wichtige Fragen zu stellen. Diese oft ehrenamtliche Arbeit der Initiativen wird durch diese Wirrköpfe beschädigt, welche mit ihren Gewalttaten das Klima prägen wollen, denen das Thema leider komplett egal ist und die ihren Nutzen aus dieser Gewalt ausleben wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Dennis Gladiator von der CDU-Fraktion.

Dennis Gladiator CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wieder einmal haben Linksextremisten ihr Unwesen getrieben und unseren Rechtsstaat angegriffen. Nachdem bereits vor wenigen Wochen das Privathaus eines Polizeibeamten angegriffen wurde, haben nun 50 Linksextremisten einen Brandanschlag auf die Messe verübt. Das war nicht nur ein Anschlag auf die Messe – das auch, was aus dem Bekennerschreiben erkennbar ist –, sondern ein Anschlag, der sich darüber hinaus gegen den bevorstehenden OSZE- und G20-Gipfel richtete. In ihrem Bekennerschreiben haben die linksextremistischen Gruppierungen klar erklärt, dass sie gegen beide Gipfel mit Gewalt und Zerstörung vorgehen wollen. Ihre Gewalt richtet sich also auch gegen die OSZE, somit gegen die Organisation, deren Hauptaufgabe die Friedenssicherung und der Wiederaufbau nach Konflikten ist. Das ist einfach nur armselig, das ist zynisch und auch schizophr.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das Problem sind nicht die Gipfel, sondern die linksextremistischen Gewalttäter. Deren Gewalt darf man nicht verharmlosen. Das ist keine Form von Protest, das ist auch kein spätpubertäres Verhalten. Nein, das sind eindeutig Ablehnung und Bekämpfung unseres Rechtsstaats, das ist der gewalttätige Bruch mit unserer Verfassung.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Hamburg darf sich das nicht gefallen lassen. Deshalb erwarten wir vom Senat, dass er mit aller Konsequenz gegen diese linksextremen Banden vorgeht. Hamburg ist eine weltoffene und demokratische Stadt. Deshalb wollen wir, dass sich die Außenminister der OSZE-Staaten und die Staats- und Regierungschefs der G20 in Hamburg treffen können. Sie sind uns herzlich willkommen, gerade auch, um über gefährliche Entwicklungen in Ländern wie der Türkei oder Russland sprechen zu können. Es ist wichtig, im Gespräch zu bleiben. Nicht willkommen hingegen sind uns diejenigen, die genau diesen so wichtigen inhaltlichen Diskurs mit Gewalt unterbinden wollen. Nicht willkommen sind diejenigen, die Anschläge verüben und unsere Stadt mit Gewalt terrorisieren wollen. Sie alle wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Deshalb sagen wir deutlich: Für Extremisten, die unseren Rechtsstaat ablehnen und ihn mit Gewalt bekämpfen, darf es keinen Platz in Hamburg geben, und wenn doch, dann nur in unseren Justizvollzugsanstalten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen wir all denen, die weitere Anschläge und Straftaten planen, eines ganz klar sagen: Ihre Gewalt bewirkt nichts außer die hoffentlich schnelle und konsequente Verurteilung der Täter. Darum erwarten die Bürger dieser Stadt vom Senat, dass er alles tut, um unsere Stadt und ihre Gäste zu schützen. Das hat der Bürgermeister angekündigt, hier steht er in der Verantwortung und hieran werden wir ihn messen. Es ist seine Verantwortung, dass die Polizei in der Lage ist, die Sicherheit und Ordnung rund um die Gipfel gewährleisten zu können. Es ist seine Verantwortung, dass die Stadt nicht weiter unter linksextremer Gewalt leiden muss. Das ist die Verantwortung des Ersten Bürgermeisters und seines Senats und dieser muss er gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die Hamburgerinnen und Hamburger sind diese Gewaltextesse leid. Deshalb muss Rot-Grün endlich aufwachen und aktiv gegen den zunehmenden Linksextremismus in unserer Stadt vorgehen. Rot-Grün darf nicht länger tatenlos zusehen. Ein wichtiger Anfang wäre ein Präventionskonzept gegen den Linksextremismus. Das haben wir mehrfach in diesem Haus beantragt, doch es ist mehrfach an Rot-Grün gescheitert. Insofern schauen Sie hier ein wenig auf die Scherben Ihrer eigenen Politik.

Rot-Grün muss auch handeln, um diejenigen zu schützen, die ihre Kritik friedlich und mit demokratischen Mitteln zum Ausdruck bringen wollen, denn das ist natürlich zulässig. Das gehört ja gerade zum Wesen unserer Demokratie und auch das ist

(Dennis Gladiator)

Ihre Verantwortung, Herr Bürgermeister, dass dieses ungestört in der Stadt möglich sein wird.

Hamburg ist eine weltoffene Stadt und ein freiheitlicher Rechtsstaat. Wir setzen auf die Werte unserer Demokratie, um das friedliche Miteinander gerade auch dort, wo inhaltliche Konflikte zutage treten, zu ermöglichen. Aus dieser Überzeugung heraus sagen wir all jenen, die genau diese Werte gewalttätig angreifen: Ihr helft niemandem, ihr schadet dem friedlichen Miteinander, ihr passt nicht zu Hamburg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Gladiator. – Als Nächste erhält das Wort Antje Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Gladiator, ich hoffe, ich habe Sie falsch verstanden.

(*André Trepoll CDU:* Das schaffen Sie oft!)

Wir als GRÜNE wollen jedenfalls auch in Justizvollzugsanstalten keine Gewalt, weder gegenüber Insassen noch durch Insassen.

(*André Trepoll CDU:* Sie haben uns schon wieder falsch verstanden! – Zuruf von *Dennis Gladiator CDU*)

– Herr Gladiator, ansonsten haben Sie mit einem Satz, den ich sicherlich nicht falsch verstanden habe, unterstellt, dass sich nicht eindeutig genug gegenüber Gewalt positioniert werde. Von diesem Mantra als Einstiegssatz sollten wir uns in unserem Parlament doch endlich einmal lösen. Was an der Messe passiert ist, ist ein Brandanschlag, ein gewalttätiger Anschlag, der auch aus unserer Sicht selbstverständlich kein Mittel politischer Auseinandersetzung ist. Hier werden Straftaten begangen und diese müssen verfolgt werden und werden auch verfolgt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Daraus aber ein sehr viel größeres Phänomen herbeizureden, das im Grunde die Bereitschaft zur friedlichen politischen Auseinandersetzung mit Gipfeltreffen sehr massiv beeinträchtigt, halte ich für den völlig falschen Weg. Politische Kritik an Gipfeltreffen hat eine lange politische Tradition. Sie wird schon viele Jahrzehnte geführt, solange es Gipfeltreffen gibt, und sie muss geführt werden. Hinsichtlich des OSZE-Treffens ist es auch für mich inhaltlich schwer nachvollziehbar. Trotzdem bietet unsere Demokratie den Raum dafür und wir sollten ihr auch den Raum geben und ihn nicht einschränken.

(Zuruf von *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

Kritik ist genauso wie Gentrifizierungsprotest oder von mir aus auch Protest gegen bestimmte Bauvorhaben essenzieller Bestandteil unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats. Proteste, Demonstrationen, kreative Aktionen und ziviler Ungehorsam haben viele Vorhaben verschiedener Regierungen in allen Bundesländern immer wieder begleitet und sind ein wichtiges Element der Weiterentwicklung unserer politischen Kultur. Gewalt gegen Sachen oder Gewalt gegen Menschen ist das allerdings eindeutig nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir diese Beschreibung teilen, sollten wir uns aber auch nicht zu kleinmachen mit unserer politischen Überzeugung und uns selbst immer wieder davon überzeugen, dass wir nicht, weil es öffentlichen oder privaten Druck gibt, voreilend unsere Grundrechte einschränken und damit denjenigen, die der Meinung sind, dass es nicht genügend Berücksichtigung der Freiheitsrechte in unserer Republik gibt, auch noch in die Hand hineinreden. Wir sollten immer wieder klug abwägen und uns in unseren Reaktionen überprüfen.

Die Polizei hat seit vielen Wochen beschrieben, wie das Sicherheitskonzept für das OSZE-Treffen aussehen soll. Ich sehe nicht, dass es durch diesen gewalttätigen Vorfall neu bewertet oder nachgesteuert werden muss. Meiner Einschätzung nach ist die Polizei auf das, was das OSZE-Treffen in diesem Fall begleiten will, gut vorbereitet und ich würde da auch nicht Zweifel schüren, obwohl Herr Nockemann das gern tut. Ich ahne, Herr Nockemann, in welcher Welt Sie leben,

(*Dirk Nockemann AfD:* Das können Sie nicht ahnen!)

aber ich möchte es wirklich nicht genauer wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich glaube, für die politische Diskussion, für das Handeln der Polizei und der Sicherheitskräfte in dieser Stadt bezüglich dieser Veranstaltung und für das Handeln und das Bewerten von uns allen ist es entscheidend, jeweils immer wieder über die Verhältnismäßigkeit der notwendigen Einschränkung von Freiheitsrechten um der Sicherheit willen zu reden, klug abzuwägen und uns nicht treiben zu lassen von populistischer Öffentlichkeit und ängstlichen Argumenten, sondern immer bei der klugen Entscheidung zu bleiben. Dieser Gipfel wird in dieser Stadt stattfinden. Er wird uns allen viele Unbequemlichkeiten verursachen, er wird die Freiheitsrechte einschränken, aber er muss auch ein Ergebnis offensichtlich und deutlich gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Christiane Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Ich glaube, vielen von uns ist bewusst, dass wir vor schweren Auseinandersetzungen stehen. Deshalb möchte ich mich zu einigen Fragen dieser Auseinandersetzung klar und deutlich äußern. Ich habe vor ziemlich genau sieben Jahren, nämlich am 10. Dezember 2009, an genau diesem Platz für die Fraktion der LINKEN Folgendes gesagt – ich zitiere –:

(André Trepoll CDU: Sich selbst brauchen Sie nicht zu zitieren!)

"Wir lehnen die Verfolgung politischer Ziele mit Mitteln der Gewalt ab. Das gilt ohne Wenn und Aber [...] wir als LINKE sehen uns in der Verantwortung dafür, Perspektiven friedlicher gesellschaftlicher Veränderungen aufzuzeigen."

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt damals wie heute. Und das gilt auch in der Auseinandersetzung um den OSZE-Gipfel, auch wenn wir die Kritik an der OSZE so nicht teilen, aber es gilt vor allem für den G20-Gipfel. Wer uns wie die AfD in ihrer Pressemitteilung – über die Rede will ich gar nicht sprechen, die war ja schwach –

(Beifall bei der LINKEN)

eine distanzlose Nähe zu Gewalt unterstellt und so tut, als müsse er von uns eine Distanzierung fordern, der verfolgt einen anderen, und zwar sehr düsteren Zweck.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wenn die AfD in ihrer Pressemitteilung Kritik an politischen Entscheidungen, konkret unsere Kritik am G20-Gipfel und an der Entscheidung, ihn hier in Hamburg durchzuführen, zum eigentlichen Problem erklärt, dann offenbart sie ein politisches Verständnis, das mit Demokratie nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Demokratie lebt von Kritik, von Widerspruch, von Meinungskampf und von politischer Auseinandersetzung. Sie versuchen, Kritik mundtot zu machen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Nicht der Widerspruch, nicht die Kritik, nicht das politische Argument vergiften die Atmosphäre, sondern die Hetze, der Hass, das Ressentiment, die sich im Zusammenhang mit der Erstarkung der AfD in dieser Gesellschaft ausbreiten und in der Tat das gesellschaftliche Zusammenleben vergif-

ten und für viele Menschen, für Muslime, Migrantinnen und Migranten, für Homosexuelle und andere Minderheiten zur Gefahr werden. Ich werde mich aber an Ihnen von der AfD nicht weiter abarbeiten, nicht an einer Partei, deren Führungsfiguren an den Grenzen schießen lassen wollen und deren Hamburger Bürgerschaftsfraktion sich zu keinem Zeitpunkt von dieser Gewaltfantasie distanziert hat.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und bei Daniel Oetzel FDP)

Mit Blick auf den G20-Gipfel sage ich ausdrücklich, weil es unser Selbstverständnis ist, dass wir diese Auseinandersetzung führen und uns an Aktionen, auch an kreativen Aktionen und, wenn es angemessen ist, auch an Aktionen des zivilen Ungehorsams immer strikt gewaltfrei beteiligen. Wir werden das Recht auf Kritik, auf Widerspruch, auf Protest und das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, erwarten und verlangen wir vom Senat, dass er sich nicht von der AfD vor sich hertreiben lässt, dass er die politische Auseinandersetzung zuallererst politisch führt und nicht mit Repression beantwortet und dass er das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit nicht nur akzeptiert, sondern schützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Gestern hat die HAW sehr kurzfristig einen schon vor Längerem abgeschlossenen Mietvertrag zu den Räumen für eine Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel am kommenden Wochenende gekündigt. Es wird sehr schwer sein, alternative Räume zu besorgen, und leider nicht ohne Beteiligung der Wissenschaftsbehörde, wie aus dem Kündigungsschreiben hervorgeht. Ich wiederhole deshalb: Wir werden das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen und wir werden auch das Recht verteidigen, diese Konferenz durchzuführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Versuch, das muss Ihnen klar sein, eines kalten Verbots einer Konferenz ist ein verheerendes Signal der Eskalation. Es soll keinen Raum für Kritik und Protest geben.

(Beifall bei Dennis Thering CDU – André Trepoll CDU: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

So kommt es an und das wissen alle, die beteiligt sind.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

– Herr Münster, Sie hatten das Wort.

Auch weitere Signale beunruhigen viele Menschen in dieser Stadt, übrigens nicht nur in dieser Stadt.

(Christiane Schneider)

Auch das Komitee für Demokratie und Grundrechte hat sich geäußert. So wurde nämlich zum Leiter des Vorbereitungsstabs und zum Polizeiführer der Einsätze ausgerechnet der eigentlich schon wegbeforderte Hartmut Dudde ernannt. Es ist gerichtsnotorisch, dass Herr Dudde in seiner Zeit als Gesamteinsatzleitung der Bereitschaftspolizei mehrfach Rechtsbrüche begangen hat, zum Beispiel rechtswidrige Einkesselungen von Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern oder rechtswidrige Auflösungen von Versammlungen.

Allen Vernünftigen unter uns dürfte wie gesagt klar sein, dass wir vor sehr schwierigen Auseinandersetzungen stehen. Da wir keine Eskalation wollen, sage ich: Lasst uns abrüsten, lasst uns Widerspruch aushalten und Grundrechte ernst nehmen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anna Gallina* und *Mareike Engels*, beide GRÜNE)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was mich bei diesen AfD-Debatten in der Aktuellen Stunde, wo ich ja regelmäßig das Glück habe, als Letzter zu sprechen, immer so fasziniert, ist, wie weit wir uns vom eigentlichen Thema wegbewegen und bei Themen landen, die gar nicht Teil dieser Debatte sind. Ich finde es ja ganz interessant, worüber wir hier reden, auch was Frau Schneider eben gesagt hat, nur ob Herr Dudde irgendeinen Einsatz leitet oder auch nicht, da vermag ich nicht sofort einen Zusammenhang herzustellen zu dem von den Kollegen der AfD angemeldeten Thema.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich gebe zu, für mich ist das, was wir gerade besprechen, kein Thema der Aktuellen Stunde, da bin ich bei Ihnen. Aber da es nun einmal so ist, werden wir uns kurz auch darum kümmern müssen. Ich stelle fest, dass meine Vorredner sich alle eindeutig distanziert haben von dem, was dort vorgefallen ist.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Vorrednerinnen auch!)

– Vorrednerinnen und -redner, ich lerne es hoffentlich noch, liebe Heike.

Auch die FDP-Fraktion verurteilt das natürlich ebenso wie die anderen Parteien. Aber trotzdem, wir bewegen uns in alle möglichen Richtungen, reden aber nicht darüber, wogegen diese vermeintlichen Demonstranten dort demonstrieren. Sie demonstrieren und protestieren gegen ein OSZE-Ministerratstreffen in Hamburg. Wenn man diesen Vorfall also mit der OSZE in Verbindung bringt,

sollte man sich einmal darum kümmern, was dieses OSZE-Treffen eigentlich ist. Wissen das die, die dort protestieren? Ich bezweifle es. Wissen es alle hier? Ich hoffe es. Die OSZE ist mit 57 Teilnehmern die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der alle europäischen Länder, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA, Kanada und die Mongolei vertreten sind, und hat den Ursprung in der KSZE, Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Wir alle wissen hoffentlich, was das bedeutet und was da geleistet worden ist – das kann man nicht von allen Konferenzen sagen, aber die KSZE hat sicherlich Bahnbrechendes bewirkt.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE)

Zu den wichtigsten Zielen der OSZE, ich nenne sie nur kurz, gehören die Schaffung von umfassender ungeteilter Sicherheit, Konfliktverhütung und Konfliktmanagement, der Schutz von Menschenrechten, demokratischen und rechtsstaatlichen Standards als Beitrag zur Sicherheit und Stabilität, Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen sowie Terrorismusbekämpfung. Wer dagegen protestiert, muss sich natürlich fragen lassen, wofür er eigentlich ist. Mir erschließt sich das nicht so ganz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hamburg bietet nun den Rahmen für dieses Treffen in der kommenden Woche. Welches Zeichen soll dann das In-Brand-Setzen von mehreren Müllcontainern, Reifen, Motorrädern oder die Beschädigung der Messefront bewirken? Das erschließt sich mir nicht. Veränderungen bewirken wir doch nur im Dialog, indem wir miteinander in den Austausch gehen, indem wir Vertrauen schaffen, Probleme gemeinsam angehen und Lösungen entwickeln. Nur damit können wir doch die Zukunft gestalten. Wir Liberale pflegen ein freiheitliches Weltbild, in dem jeder die Chance hat, gehört zu werden. Herr Nockemann, Sie haben mich mit dem zitiert, was heute in der Zeitung stand – allerdings wieder einmal nur auszugsweise. Ich habe in der Tat gesagt:

"Solange es sich um nicht verbotene Organisationen handelt, müssen auch diese die Gelegenheit haben, Räume zu bekommen, um ihre Konferenzen abzuhalten, solange gewährleistet ist, dass dies friedlich und nach unseren Gesetzen abläuft."

Das war das gesamte Zitat.

(Beifall bei *Katja Suding* FDP und bei der LINKEN)

Jeder sollte an der Meinungs- und Versammlungsfreiheit selbstverständlich teilhaben. Aber Proteste müssen gewaltfrei und friedlich verlaufen, das ist unser Credo. Das Beharren auf extremen Positionen darf niemals den Dialog verhindern.

(Carl-Edgar Jarchow)

Lieber Herr Nockemann, Sie lieben es, immer mit dem Finger auf die Linksextremen zu zeigen und sich dort sehr zu echauffieren. Ich frage mich manchmal, ob Ihnen auch auffällt, was auf der rechten Seite des politischen Spektrums stattfindet, was rechte Gewalttäter alles so unternehmen, wenn sie Flüchtlingsunterkünfte angreifen, wenn sie sich in Hasskriminalität im Internet verlieren.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Es wäre schön, wenn Sie auch dort die gleichen Grundsätze, die Sie hier vertreten, ebenso deutlich ansprechen und vertreten würden. Das ist mir bisher entgangen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN müssen sich hier Kritik gefallen lassen. Sie kennen die linke Szene, Sie wissen, dass gewaltbereite Gruppierungen gegen Staat und Andersdenkende teilweise mit radikalen Mitteln vorgehen. Als demokratisch legitimierte Partei müssen Sie als Vorbild vorangehen und derart sinnlose Aktionen ebenso vehement verurteilen. Frau Schneider hat dies getan. Dafür wie auch für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Mir liegen zwar noch Wortmeldungen vor, aber wir sind aufgrund Zeitablaufs für heute am Ende der Aktuellen Stunde angekommen. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 6 auf, Drucksache 21/6557: Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur 16. Bundesversammlung.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur 16. Bundesversammlung

– Drs 21/6557 –]

Nach dem maßgebenden Bundesgesetz ist eine Listenwahl durchzuführen. Hierzu liegt Ihnen ein oranger Stimmzettel vor. Dieser enthält fünf Vorschlagslisten. Jede Abgeordnete und jeder Abgeordneter hat eine Stimme. Sie können also nur bei einer Liste Ihr Kreuz machen oder sich enthalten. Stimmzettel mit mehr als einem Kreuz, mit Zusätzen oder Bemerkungen sind ungültig. Auch unaus-

gefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Stimmen werden jetzt ausgezählt. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.36 Uhr

Wiederbeginn: 16.49 Uhr

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Mir liegen jetzt die Ergebnisse der Wahl der von der Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur 16. Bundesversammlung vor. Ich gebe das Wahlergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen 120, gültige Stimmen 118, ungültige Stimmen zwei, keine Enthaltungen. Von den gültigen Stimmen haben erhalten die Liste 1 74 Stimmen, die Liste 2 20 Stimmen, die Liste 3 neun Stimmen, Liste 4 acht und Liste 5 sieben Stimmen. Nach Paragraph 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung werden die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstfallverfahren nach d'Hondt zugeteilt. Aufgrund des Wahlergebnisses entfallen auf die Liste 1 die Sitze 1 bis 9, das bedeutet neun Sitze, auf die Liste 2 die Sitze 1 und 2, also zwei Sitze, und auf die Listennummern 3 und 4 jeweils der Sitz Nummer 1, also je ein Sitz. Somit sind gewählt von Liste 1 die Bewerberinnen und Bewerber 1 bis 9, von Liste 2 die Bewerberinnen und Bewerber 1 und 2 und von den Listen 3 und 4 jeweils die erste Bewerberin oder der erste Bewerber.

Damit ist das Wahlverfahren abgeschlossen. Die Ratsdiener werden im Laufe des morgigen Sitzungstags die Annahmeerklärung an die gewählten Mitglieder dieses Hauses verteilen. Bitte geben Sie diese unterschrieben an die Mitarbeiter auf der Kanzleibank zurück.

Ich rufe jetzt auf die Punkte 2 bis 5 und 7, Drucksachen 21/631, 21/1466, 21/2316, 21/6339 und 21/6717, Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)

– Drs 21/631 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 21/2316 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde

– Drs 21/6339 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von vier Delegierten zur 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

– Drs 21/6717 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die fünf Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die fünf Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlungen. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.**

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 66 auf, Drucksache 21/6765: Sauberkeit aus einer Hand – Für eine gute Lebens- und Aufenthaltsqualität in Hamburg.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Sauberkeit aus einer Hand – Für eine gute Lebens- und Aufenthaltsqualität in Hamburg

– Drs 21/6765 –]

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der LINKEN, der FDP und der AfD an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion ist als Erste dran.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Sauberkeit in der Stadt ist ein Klassiker in Abgeordnetensprechstunden. In der Tat ist der Pflegezustand in der Stadt nicht überall zufriedenstellend. Es hat immer wieder Versuche von unterschiedlichen Senaten gegeben, dagegen anzugehen. Das Ergebnis war eher mau: zu wenig Geld, zu viele Zuständigkeiten, kurz, kein gutes Rezept für mehr Sauberkeit. Die Koalition will jetzt, dass der Senat ein ganzheitliches Maßnahmenkonzept erarbeitet, die Sauberkeitsqualität gewährleistet und die Finanzierung von Sauberkeit langfristig sicherstellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sauberkeit ist nicht nur eine Frage der Ästhetik, sondern vermittelt auch das Gefühl von Sicherheit und Wohlbefinden. Darum ist Sauberkeit eine Daueraufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss auch solide ausfinanziert und gut organisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei soll Sauberkeit nicht nur punktuell, wie vielleicht am Jungfernstieg, verbessert werden, sondern in allen Stadtteilen für alle Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen nachhaltig und anhaltend.

(Dr. Jens Wolf CDU: Dann legt los!)

Die Hamburger Stadtreinigung ist in Sachen Sauberkeit erfahren, kompetent und gut organisiert. Ihre Möglichkeiten stoßen aber da an die Grenzen, wo zu viele zuständig sind, wo bisher Dritte zuständig sind und wo vor allen Dingen Mittel und Personal nicht ausreichen. Darum wollen wir jetzt Sauberkeit aus einer Hand gewährleisten. Die Stadtreinigung soll künftig nicht nur Straßen und Plätze, sondern auch die öffentlichen Grünanlagen sauber machen. Entsprechend werden die Bezirke entlastet und haben mehr Geld für Pflege und Instandhaltung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer zusätzliche Aufgaben übernimmt, braucht mehr Personal, denn Sauberkeit ist eine Dienstleistung, bei der man anpacken muss. Darum wird die Stadtreinigung 400 neue Kräfte einstellen

(Zuruf von Birgit Stöver CDU)

und somit das Reinigungspersonal fast verdoppeln, Frau Stöver. Aber Sauberkeit gibt es auch nicht zum Nulltarif. Sie werden ja zu Hause auch

(Dr. Monika Schaal)

Ihrer Reinigungskraft mehr Geld zahlen müssen, wenn sie mehr arbeiten soll.

(Birgit Stöver CDU: Für zu Hause oder für öffentliche Parks?)

Darum ist es überhaupt keine Frage, dass die Stadtreinigung für mehr Leistung auch mehr Geld braucht. Die Mehrkosten der intensiveren Reinigung werden dann auf mehrere Schultern verteilt. Die Stadtreinigung wird mit fast 10 Millionen Euro ihren Eigenbeitrag fast verdoppeln. Bürgerinnen und Bürger werden ab Januar 2018 eine Straßenreinigungsgebühr zahlen,

(Birgit Stöver CDU: Pfui!)

wie sie in vielen Großstädten wie München, Köln oder Dresden bereits erhoben wird. Wir gehen auch davon aus, dass die Gebühr, die ab 2018 zu entrichten sein wird, nach Frontmetern und Reinigungshäufigkeit berechnet wird. Die ersten Vorüberlegungen gehen davon aus, dass sie 50 bis 60 Cent pro Meter betragen wird. Das heißt, Mieter im Geschosswohnungsbau werden dann am wenigsten belastet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Heike Sudmann DIE LINKE: Aber sie werden belastet!)

Die Stadt selbst wird natürlich außer dem, was sie bisher aus Haushaltsmitteln für die Sauberkeit aufbringt – das sind immerhin schon 20 Millionen Euro –, auch die Gebühren zahlen, die sie den Mietern und Eigentümern abverlangt. Dadurch wird die Stadt selbst einen erheblichen Anteil bei der weiteren Verbesserung der Sauberkeit übernehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist keineswegs so, dass alle mehr zahlen müssen, weil wenige Dreckspatzen in der Stadt Schmutz machen. Die Stadtreinigung wird künftig häufiger und intensiver reinigen und schneller auf die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Dafür soll es leichter werden, der Stadtreinigung Verschmutzungen per App oder Hotline zu melden. Ein Sauberkeitsteam von 25 bis 30 Männern und Frauen soll nicht nur den Dreck aufnehmen und Schmutzfinken abmahnen, sondern soll auch Ordnungswidrigkeiten ahnden können. Der Bußgeldrahmen von bis zu 8 000 Euro je nach Delikt soll ausgeschöpft werden. Jeder soll wissen, dass es kein Kavaliersdelikt ist, unsere Stadt zu verschmutzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da bekanntlich jeder seine eigenen Sauberkeitsstandards hat, soll sich die Stadtreinigung einem objektiven Qualitätsmanagement unterziehen und Rechenschaft darüber leisten, dass die Stadt auch wirklich sauber ist. Wir wollen aber nicht bis 2018 mit dem Saubermachen warten. Schon jetzt wer-

den 1 000 neue Papierkörbe aufgehängt – 500 davon konnten von den Bürgerinnen und Bürgern bereits standorttechnisch vorgeschlagen werden – und am Ende werden wir 10 000 Papierkörbe in der Stadt haben. Mit der Aufstockung des Reinigungspersonals, die nicht im Handumdrehen geschieht, und mit der Intensivierung der Reinigung soll bereits ab 2017 begonnen werden. Dabei geht es auch um so neuralgische Punkte wie Säuberung von Straßenschildern, Beseitigung von Wildplakatierung und Reinigung von Stromverteilungskästen. Das sind Probleme, bei denen viele mitzureden haben.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es geht auch um Bahndämme, Deiche, Ufer und Strände. Dazu müssen dann alle Beteiligten an einen Tisch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger bald über die Neuerungen informiert werden, denn es soll auch das Bewusstsein dafür geweckt werden, warum Sauberkeit wichtig ist und dass alle Bürgerinnen und Bürger selbst dafür verantwortlich sind, wie unsere Stadt letztlich aussieht. Im Einzelnen müssen die Gebühren berechnet und festgelegt werden. Vor allen Dingen muss auch die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden. Darum halten wir es nicht für sinnvoll, dass unser Ersuchen, wie es jetzt als Drucksache vorliegt, im Ausschuss diskutiert wird. Der Senat wird uns voraussichtlich im Sommer 2017 eine Drucksache vorlegen, die wir dann natürlich sehr gründlich im Ausschuss beraten können. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden:* Das Wort bekommt Herr Gamm von der CDU-Fraktion.

Stephan Gamm CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schaal, Sie haben eingangs sehr viel Richtiges gesagt, das ich voll unterschreiben kann.

(Hansjörg Schmidt SPD: Macht sie immer!)

Die Sauberkeit auf Hamburgs Straßen, den öffentlichen Wegen, Grünanlagen und Plätzen hat maßgeblichen Einfluss auf die Attraktivität und die Lebensqualität in unserer Stadt. Das ist nicht nur für das allgemeine Wohlbefinden von großer Bedeutung, sondern auch für das individuelle Sicherheitsempfinden eines jeden Einzelnen. Ja, es gibt bezüglich der vielerorts mangelhaften Sauberkeit in unserer Stadt einen erheblichen Handlungsbedarf. Daher begrüßen wir als CDU-Fraktion es ganz ausdrücklich, dass dieser Senat endlich sein Wahlversprechen aus dem Jahr 2011 umsetzen möch-

(Stephan Gamm)

te. Erstmals seit der Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdienstes unternimmt dieser rot-grüne Senat nun einen konzeptionellen Vorstoß, um für das Sauberkeitsproblem unserer Stadt eine strukturelle Lösung zu finden. So weit, so gut. Doch das, was wir bislang über das sogenannte Sauberkeitskonzept von Rot-Grün wissen, in dessen Zentrum die Einführung einer neuen Sauberkeitsgebühr für alle Hamburgerinnen und Hamburger steht, ist inhaltlich und methodisch an Dilettantismus kaum zu überbieten.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Dies zeigt sich neben inhaltlichen Unzulänglichkeiten auch in der Art und Weise, wie dieser Senat und insbesondere Senator Kerstan in den vergangenen Wochen dieses Vorhaben kommuniziert haben. Alles nahm seinen Anfang im Herbst dieses Jahres. Am 14. Oktober 2016 hat Senator Kerstan gegenüber dem NDR verlauten lassen, dass seine Behörde seit Monaten in enger Abstimmung mit der Senatskanzlei, der Stadtreinigung und anderen Behörden an einem Konzept zur Umstrukturierung der Reinigungsdienste arbeitet und eine neue Gebühr einführen möchte. Als wichtige Grundsatzentscheidung wurde die Zentralisierung der Stadtreinigung Hamburg angekündigt – das ist ja auch ein wesentlicher Gegenstand dieses Antrags, den wir hier debattieren. Doch wenn man hinterfragt: Gibt es Argumente, warum das sinnvoll sein soll? Fehlanzeige. Wie hoch die Gebühren sein sollen? Fehlanzeige. Wie viel Geld die Stadt einnehmen möchte? Fehlanzeige.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das stimmt doch gar nicht!)

Um etwas Licht ins Dunkel zu bringen, habe ich daraufhin eine Anfrage an den Senat gerichtet mit 14 Fragen zu diesem Konzept.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Fehlanzeige!)

Und sage und schreibe keine einzige Frage wurde daraufhin beantwortet.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Gamm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tjarks?

Stephan Gamm CDU (fortfahrend):* Nein, jetzt nicht. – Genau einen Monat später gab es eine rot-grüne Pressemitteilung, durch die wir auch nicht schlauer geworden sind. Diese wimmelte geradezu von Worthülsen und inhaltsleeren Aussagen. In einem Interview am 24. November 2016 mit der "Hamburger Morgenpost" verweigerte Senator Kerstan schlicht die Antwort auf die Frage, wie viele Millionen die Stadt denn durch diese neue Gebühr einnehmen möchte. Nur zwei Tage später bestätig-

te aber seine Behörde einen Bericht der "Bild"-Zeitung, dass er sehr wohl mit Einnahmen in Höhe von 25 bis 30 Millionen Euro rechnet. Diese Salami-taktik, Informationen nur auf Druck der Presse preiszugeben, zeugt eindeutig davon, dass Sie zum einen auch nach vielen Monaten Arbeit an diesem Konzept offenbar zu vielen wichtigen Sachverhalten überhaupt nicht aussagefähig sind und zum anderen offenbar den berechtigten Widerstand der Öffentlichkeit fürchten.

(Beifall bei der CDU)

Wenden wir uns doch einmal den verschiedenen Fragestellungen zu, die mit diesem Konzept zusammenhängen.

Es beginnt mit der offenbar bereits vom Senat getroffenen Grundsatzentscheidung, 400 zusätzliche Stellen bei der Stadtreinigung zu schaffen und diese durch die Hebung einer Straßenreinigungsgebühr zu finanzieren. Da haben wir schon den ersten großen Widerspruch. So heißt es in Ihrem Antrag, den wir hier diskutieren, unter Punkt 1 b sinngemäß, die Höhe der Gebühr richte sich nach den konkreten und nachweisbaren Bedarfen für eine saubere Stadt. Doch dann frage ich mich, wenn der Bedarf noch nicht feststeht, wieso Sie jetzt schon diese Zahl 400 in den Raum stellen. Warum sollen es genau 400 sein? Warum nicht 200 oder 800? Und einen Nachweis, was diese zusätzlichen Reinigungskräfte konkret tun sollen, sind Sie uns bis heute schuldig. Es ist hilfreich, sich die Zahl 400 einmal ein bisschen genauer anzusehen. 400 Reinigungskräfte können pro Jahr über eine Million Arbeitsstunden verrichten. Wenn wir jetzt einmal – das ist nur ein Beispiel, das ich nicht überprüft habe – von 250 Schmutzdecken in Hamburg ausgehen und jede Schmutzdecke von drei Reinigungskräften zwei Tage lang komplett gereinigt wird, dann kommen wir auf insgesamt 12 000 Arbeitsstunden. Das heißt aber, dass wir immer noch weit über eine halbe Million Arbeitsstunden zur Verfügung haben,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch super! Dann können wir überall sauber machen, auch die Schmutzdecken!)

über die Sie nicht sagen, was mit diesen verbleibenden Kapazitäten stattfinden soll. Damit ist im Übrigen auch nicht beantwortet worden, ob es wirtschaftlich nicht viel günstiger wäre, diese Aufgaben vollständig oder zumindest anteilig von privaten Reinigungsfirmen durchführen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Diese sind in der Regel bei der Erbringung von Reinigungsleistungen bei sehr hohen sozialen Standards im Durchschnitt nämlich 30 Prozent kostengünstiger als ein öffentliches Unternehmen. Das wird durch zahlreiche Studien eindeutig belegt.

(Stephan Gamm)

(Beifall bei der CDU)

Die maßlose Aufblähung der Stadtreinigung Hamburg und die damit einhergehende Ausweitung des Aufgabenspektrums sind daher auch noch mittelstandsfeindlich

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Oh bitte! Jetzt komm doch bitte nicht mit dem Argument! Das ist doch absurd!)

und setzen gerade auch die Hamburger Unternehmen, die sich ohnehin unternehmerisch laufend optimieren müssen, zusätzlich unter Druck.

Der nächste große Kritikpunkt betrifft Ihr angeblich konkretes Leistungsversprechen, das da lautet – wohlgemerkt, konkretes Leistungsversprechen –:

"Wir werden zukünftig häufiger und gründlicher reinigen."

Das ist Ihr konkretes Versprechen. Also unkonkreter geht es doch nicht. Solange Sie nicht in der Lage sind, präzise zu sagen, was das genau bedeutet, ein Leistungsverzeichnis diesem Versprechen zugrunde legen, ist diese Aussage völlig inhaltsleer. Daher hat mich die Stellungnahme des Kollegen Tjarks in Ihrer Pressemitteilung wirklich ein wenig amüsiert. Sie sprechen davon, dass Sie sich an der Erfüllung dieses Leistungsversprechens messen lassen wollen. Ich kann mich aber nicht messen lassen, wenn ich keinen Maßstab nenne oder den Gegenstand dessen, was gemessen werden soll, nicht benenne. Es bleibt dabei: Rot-Grün will eine Gebühr einführen, ohne die Gegenleistung zu spezifizieren. Dieses Vorgehen zeichnet sich durch ein Ausmaß an politischer Unzulänglichkeit aus, wie ich es bis dato kaum erlebt habe. Daher möchte ich nun zum Kern meiner Kritik kommen.

(Beifall bei *Franziska Grunwaldt CDU* – *Dirk Kienscherf SPD*: Na, da bin ich ja gespannt! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Dieser Senat will eine neue Gebühr einführen und alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zusätzlich belasten. Er möchte sich künftig die Wahrnehmung einer elementaren Grundaufgabe dieser Stadt, nämlich für Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung zu sorgen, von allen Hamburgerinnen und Hamburgern bezahlen lassen, völlig losgelöst davon, ob der Einzelne selbst Dreck verursacht hat oder nicht. Hamburg kann sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland seit 2011 fast durchgehend jedes Jahr über Steuermehreinnahmen freuen. Die Einführung dieser neuen Gebühr wird aber die Mieten für über 700 000 Wohnungen in Hamburg erhöhen. Das ist gerade in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen erbärmlich und ideenlos.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Da sind wir ja auf Ihre Haushaltsanträge gespannt!)

Gleichzeitig legen Sie aber auch nicht dar, ob dieser drastische Schritt wirklich alternativlos ist, so wie er hier dargestellt wird. Sind denn alle Möglichkeiten bei der Stadtreinigung durch Aufgabenkritik oder organisatorische Veränderungen geprüft worden? Wir können das nicht beurteilen, weil Sie sich dazu schlicht und ergreifend nicht äußern. Doch gerade wenn ein Senat eine solche folgenreiche Maßnahme durchsetzen möchte, steht er ganz besonders in der Pflicht, die Gründe dafür offenzulegen. Alles andere lässt entweder eigene fachliche Unkenntnis oder Arroganz vermuten. Beides ist nicht gerade eine Zier, die sich ein Senat an die Brust heften sollte.

(Beifall bei der CDU)

Dann sprechen Sie noch davon, die Belastung solle sozial verträglich sein. Noch immer ist unklar, wie hoch die Belastungen für den Einzelnen ausfallen werden, und es ist unklar, wie Sie Ihre Aussage sozial angemessen definieren. Wir wissen zwar auf der einen Seite, dass offenbar seit Monaten an dem Konzept gearbeitet wird, aber Frau Dr. Schaal, Sie haben eben gesagt, Sie möchten es nicht im Ausschuss diskutieren, weil Sie eigentlich noch nicht so weit sind.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Doch! Dann ja, wenn das Konzept da ist!)

Wie sollen diese Gebühren eingenommen werden? Welcher bürokratische Aufwand ist damit verbunden? Wie soll mit Menschen verfahren werden, die diese Abzockegebühr nicht bezahlen und so weiter und so fort?

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wollen Sie unter die Reichsbürger gehen?)

Es gibt ein ganzes Bündel unbeantworteter Fragen. Sie sehen alle, auf welch schwachen Beinen dieses vermeintliche Sauberkeitskonzept von Rot-Grün steht. Daher kündige ich hiermit an, dass dieses Thema mit der heutigen Debatte bei Weitem nicht beendet ist.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Nein, das hat auch keiner behauptet!)

Wir werden Sie als politisch Verantwortliche hierbei nicht aus Ihrer Pflicht entlassen und Sie dazu bringen, dass Sie uns Antworten liefern, weil Sie das den Hamburgerinnen und Hamburgern schuldig sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Frau Sparr von der GRÜNEN Fraktion.

Ulrike Sparr GRÜNE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Herr Gamm hat sich pflichtgemäß echauffiert. Er ist auch ein bisschen laut geworden, aber im Grunde genommen hatte ich den Eindruck, als hätte er gar nichts zu kritisieren gehabt.

(Birgit Stöver CDU: Dann haben Sie eindeutig nicht zugehört!)

Was blieb denn eigentlich übrig? Es gibt noch kein Konzept. Das ist richtig, die Senatsdrucksache steht noch aus. Wir sind jetzt in einem Stadium, in dem die Bürgerschaft einen Antrag verabschieden soll. Das ist formal ein anderer Schritt. Das hat Herr Gamm vielleicht nicht ganz realisiert.

Dann hat er kritisiert, dass wir möglicherweise viel zu viele Reinigungskräfte einstellen. Es fiel ihm aber nichts anderes ein als, ich glaube, es war Papierkörbe leeren oder irgendetwas. Die Aufgaben der Stadtreinigung und das, was wir uns vorgenommen haben, sind vielfältiger.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das werden wir dann sicherlich auch noch einmal im Ausschuss besprechen, wenn wir die Senatsdrucksache haben.

Dann fiel Ihnen wieder das Ding mit der Privatisierung ein. Tolle Idee. Wir haben neulich in einem Fernsehbeitrag sehen können, wie sich die Privatisierung der Müllabfuhr auf bestimmte Städte in Deutschland ausgewirkt hat, nämlich so, dass die Leute jetzt 30- und mehr-prozentige Erhöhungen der Müllgebühren haben. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Worüber reden wir denn eigentlich? Wir reden darüber, dass wir ein Umwelt- und Hygieneproblem bekommen werden, wenn wir nicht darauf reagieren, dass unsere Straßen, Parks und Wege stärker genutzt werden als in der Vergangenheit. Tag für Tag sind mit Touristen und Pendlern mehr als 2 Millionen Menschen in Hamburg unterwegs, Tendenz steigend. Uns allen dürfte klar sein, dass mehr Menschen auch mehr Müll machen. Hinzu kommt das veränderte Freizeitverhalten, besonders im Sommer. Darüber sollten wir uns eigentlich freuen, weil es die Stadt auch ein bisschen lebendig macht. Aber seit einigen Jahren werden die Parks nicht mehr nur von älteren Menschen zum Spaziergehen, sondern von allen Generationen zum Spaziergehen, Sporttreiben, Chillen und Grillen genutzt. Das bringt auch negative Begleiterscheinungen mit sich. Nicht jeder schafft den Weg bis zum nächsten Papierkorb und manchmal ist der auch schon ziemlich voll. Als Stadtgemeinschaft müssen wir darauf reagieren. Es ist jetzt an der Zeit, Verbesserungen bei der Sauberkeit und auch bei der Pflege herbeizuführen. Dabei geht es nicht nur um die Einwegbecher, die wir hoffentlich bald von den Straßen verbannen können. Alle

Hamburgerinnen und Hamburger wünschen sich, dass endlich auch wieder Mittel da sind, um unseren Parks und Grünanlagen etwas mehr als die Basispflege angedeihen zu lassen. Denn die steigende Nutzung hinterlässt auch Spuren an Wiesen, Büschen und Bäumen. Das alles gehen wir jetzt an.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dabei fangen wir nicht beim Geld an, sondern bei den Strukturen. Wir beenden den Zuständigkeitswirrwarr und sorgen dafür, dass Reinigungsarbeiten künftig aus einer Hand erledigt werden. Künftig wird die Stadtreinigung für die Reinigung aller öffentlichen Flächen zuständig sein. Damit entlasten wir die Bezirke erheblich, denn diese mussten in den letzten Jahren immer größere Anteile ihrer Grünpflegemittel dafür ausgeben,

(Franziska Grunwaldt CDU: Die haben ja keine Mittel mehr bekommen!)

den Müll aus Büschen und Wiesen zu klauben. Darunter haben die eigentlichen Aufgaben, nämlich die gärtnerische Pflege des Grüns, die Neuanpflanzung und die zeitgemäße Weiterentwicklung der Parkanlagen erheblich gelitten. Aufwendige Naturpflegemaßnahmen waren kaum noch möglich. Mit der Übergabe der Reinigungs- und Aufräumarbeiten an die Stadtreinigung entlasten wir die Bezirke von diesen Aufgaben. Ich bin stolz darauf, sagen zu können, dass die Bezirke dennoch die gleichen Mittel wie bisher zur Verfügung haben werden, die sie tatsächlich in die Pflege und Qualitätsverbesserung der Grünanlagen stecken können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn gerade eine wachsende Stadt braucht intaktes Grün in vielfältigen Formen und muss das Gleichgewicht halten zwischen den Ansprüchen von Erholungssuchenden und den Ansprüchen der Natur auf Erhalt von Biodiversität und Artenvielfalt. Beides wird jetzt besser möglich sein und von beidem werden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt unmittelbar profitieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Stadtreinigung ihrerseits wird ihr Reinigungspersonal beinahe auf ungefähr 800 Personen verdoppeln. Das ist mehr, als zur Reinigung der Grünanlagen nötig ist. Auch die 1 000 neuen Papierkörbe, die gerade aufgestellt werden, können problemlos geleert werden. Und vor allem wird die Reinigungsfrequenz in den Straßen selbst erhöht. Ja, das kostet Geld. Stadtreinigung und Umweltbehörde setzen dafür erhebliche eigene Mittel ein, aber das reicht nicht aus für dieses ehrgeizige Programm, das den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Mehrwert beschert. Bisher war es in Hamburg nicht wie in anderen Städten üblich, den Bürgerinnen und Bürgern die Straßenreinigung in

(Ulrike Sparr)

Rechnung zu stellen. Das galt immer irgendwie durch die Müllgebühren als abgegolten. Nun hat die Stadtreinigung – auch das muss einmal betont werden – sage und schreibe seit 2011 die Gebühren nicht mehr erhöht. Vor diesem Hintergrund halten wir die Einführung einer maßvollen Gebühr für die Straßenreinigung für vertretbar, denn die Bürgerinnen und Bürger bekommen auch etwas dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Schließlich handelt es sich um eine öffentliche Aufgabe, die dazu beiträgt, dass wir uns alle in unserer Stadt wohler fühlen. Diese soll dann auch von der Stadtgemeinschaft gemeinsam getragen werden. Die neue Gebühr ist ab 2018 zu entrichten, die ersten Verbesserungen sind schon 2017 vorgesehen. Die Gebühr wird nach der Straßenlänge der Grundstücke bestimmt, monatlich 50 oder 60 Cent pro Frontmetergrundstück. Das heißt, wie Frau Dr. Schaal schon gesagt hat, dass das für die Mehrzahl der Hamburger Haushalte, nämlich für diejenigen in den Mehrfamilienhäusern, die ja auch nicht immer zu den wohlhabendsten gehören, kaum zu Buche schlagen wird. Dort, wo Einzelhäuser auf größeren Grundstücken stehen, wird es etwas mehr. Es gibt dort aber auch einen gewissen Ausgleich, weil die Reinigungsfrequenz in den ruhigeren Wohnstraßen eine geringere sein wird als in der inneren Stadt.

Auch das wachsende Hamburg soll sich umweltfreundlich, ansehnlich und frei von Abfallbergen präsentieren. Dafür mobilisieren wir jetzt neue Ressourcen und erbringen neue Leistungen. Die Bürgerinnen und Bürger werden dafür um einen maßvollen Beitrag gebeten. Wer das so in Grund und Boden zu kritisieren versucht wie Herr Gamm, der setzt sich dem Verdacht aus, im Grunde keine Verbesserungen zu wollen, um weiterhin die Missstände anprangern zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Dr. Monika Schaal SPD: Ja!)

Da machen wir nicht mit. Die rot-grüne Koalition geht die Probleme an und löst sie zum Wohle aller in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

(*Sören Schumacher SPD: Zum Wohle aller, Stephan!*)

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mal sehen, ob ich mich jetzt auch einem Verdacht aussetze,

(*Farid Müller GRÜNE: Immer!*)

aber mit Blick auf die Stadtreinigungsgeschichte stellt man fest, dass die Taktung von Sauberkeits-

maßnahmen, von Initiativen seit 1560, als die erste auf den Markt geschmissen wurde, mittlerweile atemberaubend ist. Und ich habe angesichts dieser Initiative das Gefühl, dass die Regierungskoalition mittlerweile hyperventiliert. Wenn wir von der LINKEN immer mal wieder sagen, die Einnahmenseite der Stadt müsse verbessert werden, dann möchte ich Ihnen an dieser Stelle doch einmal sagen, dass Sie das völlig falsch verstanden haben.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Monika Schaal SPD: Warten Sie doch einmal die Gebührenordnung ab! – Dr. Andreas Dressel SPD: Seit wann wollt ihr die Grundeigentümer stützen?*)

Es geht hier auch um eine soziale Staffelung und natürlich um eine Staffelung, bei der letztendlich nicht jeder für den Müll des anderen bezahlen soll. Das, was Sie hier vorlegen, schlägt auch Hamburgs letzter Mülltonne den Boden aus. In diesem Bereich mit einer neuen Gebühr zu kontern und vor allen Dingen wieder die Zentralisierung in Hamburg hinterherzuschieben, sind altbekannte Mechanismen, die dieser Senat allzu gern macht. Dabei ist es doch wirklich eine Ursache, dass das Personal in den Bezirken seit Jahren ausgedünnt wird, dass Sie den BOD aufgelöst haben als Kraft,

(*Dr. Monika Schaal SPD: Trauern Sie ausgerechnet dem hinterher?*)

der auch für Sauberkeit gesorgt hat. Stattdessen wollen Sie 400 neue Kräfte für die Stadtreinigung einstellen, die in den Bezirken viel besser für den Zustand der Straßen und der Parks eingesetzt werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine absolute schlechte Leistung des Senats, die auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger geschieht.

Ich verstehe nicht, wieso Sie erst jetzt eine langfristige Finanzierung des Themas Sauberkeit sicherstellen wollen. Seit Jahren ist klar, dass die Positionen im Haushalt dafür nicht ausreichen. Sie wissen laut eigener Drucksache immer noch nicht, wie viel Sie dafür wirklich benötigen. Insofern ist das völlig aus dem hohlen Bauch von Ihnen für diese Stadt gegen die Bürgerinnen und Bürger geplant. Ich wage zu bezweifeln, dass das die einzige Position des Haushalts ist, bei der den Bezirken die finanzielle Luft ausgeht.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Die Bezirke kriegen so viel Geld!*)

Insofern würde mich schon interessieren, worin Ihr Leistungsversprechen für die Menschen in Altona, in Dvenstedt, in Rissen oder in Cranz besteht. Das ist mir ein Rätsel. Etwa darin, dass, wenn sie als Tourist nach Hamburg kommen, die Innenstadt sauber aussieht? Wir sollten erst einmal darüber diskutieren, wo die Hotspots sind und wer

(Stephan Jersch)

hier für wen zahlen soll. Dann können wir uns darüber unterhalten, wie so etwas zu finanzieren ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Stephan Gamm CDU*)

Augenscheinlich haben Sie die Finanzierung bereits komplett ausgeplant.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Eben hieß es noch, wir haben keine Ahnung! Ja, was denn nun?)

Das finde ich äußerst spannend, zumal es doch erst einmal eine entsprechende Drucksache gibt, dass das entsprechend vorbereitet werden soll. Vor allen Dingen nimmt die Stadt damit wirklich Abstand vom Verursacherprinzip. Das ist ein Versagen der Politik in dieser Stadt. Die Müllvermeidung wird hintangestellt. Stattdessen werden alle in Kollektivhaft genommen und müssen für all die zahlen, die sich nicht an Grundsätze des Zusammenlebens halten.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wo haben Sie das denn her?)

Dieser Paradigmenwechsel geht zulasten aller Hamburgerinnen und Hamburger. Das ist der Skandal, der dieser Drucksache der SPD-GRÜNEN-Koalition zugrunde liegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich empfehle Ihnen wirklich, noch einmal die Sustainable Development Goals der UN zu lesen. Ich glaube nicht, dass Sie diese großartig in Einklang bringen werden mit dem, was Sie hier beantragen. Da gibt es einige Differenzen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Was? Da steht Vermüllung der Landschaft, oder was?)

– Partnership for the goals.

Sie machen die einen zum Zahlesel und dieser Antrag gehört nur an einen Ort: nämlich in die blaue Tonne.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit falschem Ansatz, mangelnder Zielstrebigkeit und ohne nachhaltige Maßnahmen für die Umwelt riskieren Sie auch ein öffentliches Unternehmen und die Zukunft der Bezirke, weil Sie sie weiter ausdünnen, weil Sie Aufgaben aus den Bezirken wegnehmen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Was? Wir dünnen nicht aus, wir stärken die Bezirke!)

Mit dieser Gebühr wird Sauberkeit in Hamburg zu einer kostenpflichtigen Zusatzausstattung. Das geht so nicht. Sie verhalten sich wie ein Autohändler.

(Beifall bei der LINKEN)

Das jetzt durchzupeitschen, ohne vorher in den Ausschuss zu gehen, ist ein Skandal. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema als ersten Debattenbeitrag anzumelden bedarf einer großen Chuzpe, das muss ich ehrlich sagen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Wieso das denn?)

Meine Hochachtung für den Mut der SPD und der GRÜNEN. Ich komme jetzt gleich zu Ihrem Vorschlag. Ich finde es sehr gut, dass wir endlich einmal ein bisschen mehr Effizienz bei der Sauberkeitsfrage erhalten werden und die Stadtreinigung geprüft hat, wo sie Gelder in ihrem Haushalt noch besser umshiften kann. Aber vielleicht sollte man prüfen, ob man es dabei belassen kann oder ob man noch Geld braucht. Jetzt einfach zu sagen, man brauche mehr Geld nach dem Motto, die Stadt sei nicht hundertprozentig sauber, man habe im Haushalt keine 25 Millionen Euro, die das finanzieren würden, und für die Sauberkeit müsse die Bürgerin und der Bürger, in Anführungszeichen, aufkommen, bringt mich zu dem, was man als Verursacherprinzip ansehen sollte. Wie kommen Sie darauf, dass diejenigen, die in der Kundendatei der Stadtreinigung sind, diejenigen sind, die für die Sauberkeit der Parks und anderer öffentlicher Flächen zuständig sind und das bezahlen sollen? Worin besteht die Ursache? Dafür gibt es überhaupt keine Ursache. Dann könnten wir die Gebühren auch gleich anders umlegen. Man könnte zum Beispiel die üblichen Verdächtigen – Pendler, Autofahrer oder auch Einwegbechernutzer – belasten.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Pfandsystem ist auch doof, oder?)

Das wäre auch eine Möglichkeit. Ich sage Ihnen, weshalb wir unter anderem dagegen sind, eine Extragebühr einzuführen für etwas, das Kernaufgabe dieser Freien und Hansestadt Hamburg sein sollte und sein muss.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Detlef Ehlebracht AfD*)

Sie werden mir zustimmen, dass in Hamburg alles einigermaßen in Ordnung ist, aber hundertprozentige Ordnung ist es wahrscheinlich auch nicht. Den BOD und diverse andere Sachen haben wir abgeschafft. Da könnte doch jemand auf die Idee kommen, noch einmal 500 Leute einzustellen, und dann zahlen alle Mieterinnen und Mieter Ordnungsgebühr.

Wenn wir schon einmal dabei sind: Wir wissen, dass wir keine hundertprozentige Sicherheit haben – zum Beispiel Einbrüche. Dann müssten wir ei-

(Dr. Kurt Duwe)

gentlich auch noch mehr Leute bei der Polizei einstellen. Dann haben wir auch eine Sicherheitsgebühr. Und es geht dann immer so weiter. Nein, tut mir leid, das ist ordnungspolitisch ein Offenbarungseid. Wenn man es nicht schafft, aus einem Haushalt 20 Millionen Euro oder 25 Millionen Euro zu nehmen, die man angeblich braucht, dann kann ich sagen, dass die Sauberkeit bei diesem Senat unterste Priorität hat.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das machen Sie, oder? Ich warte auf Ihren Haushaltsantrag, Herr Dr. Duwe!)

– Nein, das brauche ich nicht zu sagen. Alle Posten in Ihrem Haushalt sind Ihnen wichtiger als 25 Millionen Euro im Jahr für Sauberkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben genügend Vorschläge zur Einsparung gemacht. Aber, Herr Dr. Tjarks, Sie als Lehrer wissen ja alles besser. Sie haben uns vorhin etwas über Schlick erzählt. Darüber habe ich zehn Jahre lang geforscht. Sie haben uns hier den größten Mist erzählt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Duwe, ich glaube, den letzten Satz sollten Sie im Hinblick auf die parlamentarischen Gepflogenheiten überdenken. – Das Wort bekommt Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die rot-grüne Regierungskoalition stellt zunächst einmal das Offensichtliche fest, das jeder sieht, der regelmäßig in der Stadt unterwegs ist. Die Sauberkeit im Straßenbild muss verbessert werden, damit Hamburg weiterhin eine lebenswerte und attraktive Stadt bleibt. Sauberkeit ist nicht nur eine Frage der Ästhetik, sondern vermittelt auch ein Gefühl von Sicherheit und Wohlbefinden und kommt den Menschen zugute, die die Parks und Plätze nutzen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Und wer hat das gerade gesagt?)

– Das haben Sie gesagt, aber es hätte auch von uns kommen können.

Die rot-grüne Regierungskoalition stellt weiterhin fest, dass eine der Ursachen die Unterfinanzierung der Bezirke im Bereich Pflege von Grün- und Erholungsanlagen ist. Schon wieder richtig. Das Problem ist also erkannt. Leider verschweigen Sie, dass es der SPD-Vorgängersenk war, der 2013 den Bezirklichen Ordnungsdienst abgeschafft hat, der im Wesentlichen diese Aufgaben wahrgenommen hat, die Sie jetzt der Stadtreinigung übertragen möchten. Sich nun dafür feiern zu lassen, ein Problem lösen zu wollen, das man selbst geschaf-

fen hat, ist etwas merkwürdig. Die Maßnahme selbst hingegen ist richtig. Es müssen mehr Ressourcen für Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt bereitgestellt werden und es muss der politische Wille formuliert werden, die ganze Stadt sauber zu halten. Dazu, dass Sie nun nach Jahren Desinteresses dazu bereit sind, beglückwünsche ich Sie ausdrücklich. Die Kernfunktion eines städtischen Ordnungsdienstes wollen Sie nun zentral bei der Stadtreinigung ansiedeln. Wenn man die Kompetenzen der Stadtreinigung nutzen will, ist diese Zentralisierung notwendig. Gut organisiert kann das funktionieren. Sie sehen uns also an Ihrer Seite, wenn es um ein sauberes, ein sicheres und ein schöneres Hamburg geht.

Doch wir sprechen auch Punkte an, wo Ihre Pläne Schwächen haben und wo Sie dringend nachbessern müssen. Sie legen in wohlklingenden Worten dar, wie sauber alles werden wird, und verstecken dann im Petition, wer das bezahlen soll. Die Zuweisungen an die Bezirke wollen Sie nicht kürzen. Das ist gut so, denn die Bezirke benötigen das Geld zur Pflege der Grünanlagen auch ohne den Stadtreinigungsauftrag. Nein, Sie wollen eine weitere Steuer einführen, die Sie Straßenreinigungsgebühr nennen. Ganz transparent möchten Sie das gestalten und sozial angemessen. An dieser Stelle glaube ich Ihnen nicht. An dieser Stelle burden Sie den einfachen Mietern und den Bewohnern eines Einfamilienhauses die Kosten für die früheren politischen Fehlentscheidungen auf.

Das Wohnen in Hamburg ist schon teuer genug. Gestiegene Energiepreise infolge der ideologisch motivierten Energiewende, höhere Grundmieten durch immer höhere Auflagen für das Dämmen, steigende Wasserpreise – alles zusätzlich zur starken Nachfrage nach Wohnraum. Und zu allem Überfluss werden Sie jetzt auch noch erfinderisch bei der Finanzierung von Kernaufgaben des Staats. Sie missachten die Zusammenhänge, auf die Sie erst noch wortreich hinweisen. Touristen aus aller Welt und Pendler aus dem Umland profitieren selbstverständlich auch von einer höheren Attraktivität öffentlicher Plätze. Warum Sie die Finanzierung über eine Straßenreinigungsgebühr gerade auch von Nichtanliegern anstreben, jedenfalls ohne erkennbare Kausalität zu den zu reinigenden Plätzen, das bleibt Ihr Geheimnis. Die Finanzierungspläne sind hochgradig ungerecht. Die Straßenreinigungsgebühr soll unabhängig davon anfallen, ob öffentliche Parks, Plätze oder touristisch interessante Anlaufstellen überhaupt in der Nähe vorhanden sind. Eine gute Grundidee und ein Anliegen, dem sich kaum jemand ernsthaft entziehen kann, ist im Detail noch kritisch zu bewerten. Sie tun diese Bedenken ab und versuchen, den Hamburgern Sand in die Augen zu streuen. Für jeden Kokolores ist Geld vorhanden. Wir leben in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger immer weiter

(Andrea Oelschläger)

schröpfen. Das sollte Ihnen aber nicht gelingen. Die Details Ihrer Pläne werden sich in der Öffentlichkeit nicht verbergen lassen. Dann wird deutlich klar werden, wofür dieser Senat steht. Er steht für Ungerechtigkeit, er steht für Intransparenz und auch für unsoziale Lösungen. Wir können Ihrem Antrag so nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Kerstan.

Senator Jens Kerstan: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Erst einmal freue ich mich über diesen Antrag, denn er zeigt eines sehr deutlich, nämlich dass die Regierungsfractionen, der Senat und die Behörde für Umwelt und Energie in die gleiche Richtung denken und arbeiten, um unsere Stadt schöner, lebenswerter und sauberer zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Jörn Kruse AfD: Tonne!)

Ich freue mich auch deshalb, zu diesem Antrag reden zu können, weil die Debatte deutlich gemacht hat, dass große Teile der Opposition noch nicht so richtig verstanden haben, was das bedeutet, und ich eine ganze Reihe von Missverständnissen und teilweise auch von bewusster Fehlinformation richtigstellen kann.

(Dirk Nockemann AfD: Es ist Ihnen nicht gelungen, dieses deutlich zu machen!)

Ich glaube, das ist bei einem so wichtigen Thema richtig, bevor Sie jetzt anfangen, eine sehr populistische Kritik in Richtung einer Initiative zu üben, die im Moment in großen Teilen der Stadt auf sehr große Zustimmung stößt. Denn die Sorgen und die Beschwerden der Menschen über Sauberkeit in unserer Stadt sind berechtigt und wir nehmen sie ernst. Als erster Senat seit langer Zeit werden wir dieses Problem strukturell, dauerhaft und an allen Orten in unserer Stadt lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Kruse FDP: Dass Sie die Bürger zusätzlich schröpfen, findet das auch ihre Zustimmung?)

Ich möchte auch gern mit dem Missverständnis aufräumen, dass es allein darum geht, Schmuttecken zu beseitigen, die es an vielen Stellen gibt, wo Leute sich nicht an die Regeln halten. Die Lebensverhältnisse und Lebensweisen der Menschen in unserer Stadt haben sich in den letzten Jahrzehnten, wie ich finde, positiv geändert. Die Menschen leben immer mehr draußen, auf Plätzen, Straßen und in den Parks. Im Sommer bringen wir Hamburgerinnen und Hamburger als Nordlichter es mit einem lebendigen Leben auf unseren Plätzen manchmal schon zu fast mediterranen

Abenden, gerade in den Parks. Die Menschen empfinden mittlerweile die Parks und Grünanlagen praktisch als ihre Wohnzimmer. Heute wird in den Parks nicht nur am Sonntag spazieren gegangen, sondern es wird dort gespielt, gepicknickt, gekickt und gegrillt. Das ist auch gut so und soll so bleiben. Aber zwangsläufig entstehen dort auch notwendige zusätzliche Aufgaben, die Parks nach solchen schönen Abenden sauber zu halten. Das war in den letzten Jahren unterfinanziert. Das werden wir in Zukunft ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen in der Tat nicht nur die Schaufenster in der inneren Stadt sauber machen, sondern gerade auch in allen Quartieren, weil die Menschen in ihrem Quartier, auf ihrem Platz, in ihrem Park vor der Haustür viel mehr leben. Dabei möchte ich betonen, dass das auch eine wichtige soziale Bedeutung hat. Die soziale Bedeutung der Grünanlagen und des öffentlichen Raums darf man nicht unterschätzen. Die Menschen in unserer Stadt sind zum Glück unterschiedlich und vielfältig. Sie begegnen sich im öffentlichen Raum, in öffentlichen Parks, und in der Regel wird dort Rücksichtnahme und Toleranz geübt; meistens funktioniert das auch ganz gut. Aber gerade für diejenigen in unserer Stadt ist es umso wichtiger, dass sie sich draußen auf Plätzen oder in Parks wohlfühlen, gerade diejenigen, die keinen eigenen Garten haben. Gerade diejenigen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, sind darauf angewiesen, dass die Aufenthaltsqualität in den Parks und auf den Straßen und Plätzen gut ist. Insofern ist das eine Maßnahme, die die Lebensqualität gerade der weniger Begüterten in unserer Stadt verbessert, und es ist deshalb auch eine wichtige soziale Aufgabe, die vielen Menschen in unserer Stadt zugutekommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gerade diese stärkere Nutzung des öffentlichen Raums und der Grünanlagen im Vergleich zu früher machen einen zusätzlichen Aufwand notwendig, um diese sauber zu halten. Dabei geht es nicht nur darum, Leuten etwas hinterherzuräumen. Es gibt mit der neuen Lebensweise neue Problemlagen, die es vor wenigen Jahren so noch nicht gab. Das Beispiel Coffee-to-go-Becher verdeutlicht dies sehr gut. Vor zehn Jahren ist in dem Bereich wenig Müll angefallen; mittlerweile sind es täglich Hunderttausende Becher in unserer Stadt. Frau Sparr hat gestern ihr Projekt vorgestellt, die Coffee-to-go-Wegwerfbecher nicht zu verbieten, sondern durch Mehrwegbecher zu ersetzen – also ein Angebot, das bequem ist, aber Ressourcen verbraucht und belastet, durch ein Angebot zu ersetzen, das immer noch bequem, aber gleichzeitig gut für die Lebensqualität, gut für die Ressourcen und auch gut für die Sauberkeit in unserer Stadt ist. Das ist eine sehr lobenswerte Initiative. Auch hier

(Senator Jens Kerstan)

zeigt sich, dass dieser Senat auf neue Problemlagen reagieren wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern endlich einen großen Wurf machen, mit dem wir dauerhaft und strukturell an allen Stellen für eine bessere Sauberkeit in unserer Stadt sorgen. Deshalb – Herr Gamm, hören Sie genau zu – wollen wir unsere Sauberkeitsinitiative mit einem ganz klaren Leistungsversprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verbinden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kruse?

Senator Jens Kerstan: Herr Kruse, aber immer.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Kruse, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Michael Kruse FDP: Vielen Dank, Herr Kerstan. – Ich habe vor zwei Wochen ein Kochbuch von der Stadtreinigung zugeschickt bekommen. Nun assoziiere ich persönlich niemanden mehr mit Kochbüchern als die Müllabfuhr, aber meine Frage lautet: Haben Sie tatsächlich alle Einsparpotenziale bei der Stadtreinigung überprüft, wenn ich Kochbücher von der Stadtreinigung zugeschickt bekomme?

(Christiane Blömeke GRÜNE: Das ist ein klimafreundliches Kochbuch!)

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Zur Finanzierung werde ich gleich noch kommen. In der Tat ist es so, dass die Stadtreinigung im Rahmen unserer Leistungs- und Sauberkeitsinitiative bis zu 9 Millionen Euro Eigenmittel in diese zusätzliche Aktion stecken wird. Wenn Sie wissen, dass wir gerade über eine Initiative von mehr als 30 Millionen Euro sprechen, ist es so, dass die Stadtreinigung davon einen beträchtlichen Betrag erbringt – aber natürlich nicht in der Größenordnung, wie wir sie am Ende brauchen, damit es sauber und sicher ist in unserer Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber deshalb versprechen wir, dass wir in Zukunft häufiger, intensiver und besser die Straßen und Plätze und Parks reinigen werden. Wir werden 1 000 zusätzliche Papierkörbe in der Stadt aufstellen.

(Michael Kruse FDP: Da schmeiß ich dann mein Kochbuch rein!)

– Die FDP interessieren Parkplätze. Ich glaube, die meisten Menschen in unserer Stadt interessieren

Sauberkeit und Papierkörbe mindestens genauso, Herr Kruse.

Von den 1 000 zusätzlichen Papierkörben werden jetzt bereits 500 aufgestellt und Bürgerinnen und Bürger konnten Vorschläge machen, wo sie aufgestellt werden. Sobald die Stadtreinigung dafür zuständig wird, werden weitere in den Grünanlagen aufgestellt, sodass wir in kurzer Zeit mehr als 10 000 Papierkörbe in unserer Stadt haben werden. Wir haben die Stadtreinigungs-App weiterentwickelt, sodass man dort, wo Dinge außer Kontrolle geraten sind, einfacher melden kann, wo die Stadtreinigung ansetzen soll. Das Ganze passiert dadurch, dass wir Kompetenzen bei der Stadtreinigung bündeln und den Bezirken das Geld überlassen, mit dem sie die Parks bisher gereinigt haben, damit sie diese besser pflegen können. Mit dieser Sauberkeitsinitiative verbessern wir nicht nur die Sauberkeit, sondern sorgen endlich auch dafür, dass die Grünanlagen nicht nur sauber, sondern auch gut gepflegt sind, sodass man sich dort wohlfühlt und sie gut nutzen kann. Sie alle wissen, dass das bisher nicht überall der Fall ist. Insofern schlagen wir mit dieser Initiative zwei Fliegen mit einer Klappe: mehr Sauberkeit und besser gepflegte Parks in unserer Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist aber auch klar, wenn man mehr leisten muss, dann gibt es das nicht umsonst. Da diese Leistung allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt, wollen wir auch, dass alle Bürgerinnen und Bürger bei der Finanzierung dabei sind und das solidarisch, aber auch sozial gerecht finanzieren. Die Lösung, die wir dafür vorschlagen, ist schon angesprochen worden, nämlich eine Straßenreinigungsgebühr, die in dieser Form in allen anderen Großstädten Deutschlands schon längst die Regel ist, mit Ausnahme von Stuttgart. Bremen führt sie gerade wieder ein.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal vom Abgeordneten Warnholz?

Senator Jens Kerstan: Herr Warnholz, ja.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Warnholz, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Karl-Heinz Warnholz CDU:* Herr Senator, ich kann mich daran erinnern, dass gerade unter diesem Senat die Mittel bei den Bezirken, was Umwelt und Reinigung betrifft, gekürzt wurden.

(Zurufe von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

(Karl-Heinz Warnholz)

Wir haben sprudelnde Steuereinnahmen. Ich frage Sie: Warum soll der Bürger mehr Geld bezahlen, wenn so viele Steuereinnahmen wie noch nie vorhanden sind?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Herr Warnholz, ich lasse mich gern für das kritisieren, was ich oder meine Behörde oder dieser Senat tun, aber ich lasse mich ungern für Dinge kritisieren, die nicht der Fall sind. Wir haben im grünen Bereich in diesem Doppelhaushalt, den Sie im Dezember 2016 beschließen werden, nichts gekürzt,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Vor Jahren gekürzt!)

sondern das ist der größte Umwelthaushalt, der in diesem Haus jemals beschlossen wurde, und zwar mit einem Volumen von mehr als 35 Millionen Euro zusätzlich. Insofern ist diese Kritik einfach nicht zutreffend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich freue mich, dass diese Kritik, warum wir das über Gebühren und nicht über Steuern machen, gerade vonseiten der Union kommt. Denn man muss sagen, ja, das ist richtig, wir haben im Moment hohe Steuereinnahmen, die dazu geführt haben, dass wir in diesem Jahr einen Doppelhaushalt vorlegen, zum ersten Mal ohne Schulden geplant, dass wir also zukünftige Generationen nicht mehr mit Zinsen und Tilgung belasten. Man kann einen Euro immer nur einmal ausgeben, Herr Warnholz. Und ich will Ihnen noch eines sagen: Deshalb ist eine Gebühr die wesentlich bessere und sicherere Finanzierungsart, denn Steuereinnahmen gehen hoch und runter, je nach Konjunkturlage. Aber wir wollen unsere Stadt doch nicht nur sauber halten, wenn die Steuereinnahmen gerade hoch sind, sondern wir wollen es immer tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Zu einer Zeit, als die Union den Bürgermeister in konjunkturell guten Situationen gestellt hat, wurden ohne jede Maßnahmen die Schulden auf null gesetzt und die Ausgaben ausgeweitet. Als die Steuereinnahmen wegbrachen, musste man Hunderte Millionen Euro an Einsparprogrammen mit sehr ungerechten Maßnahmen starten. Das ist das Gegenteil einer soliden Finanzierung. Darum bin ich nicht sehr gewillt, unser gerechtes und solides Finanzierungsgebilde gerade von Ihnen mit Ihrer Bilanz von Steuerpolitik kritisieren zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber da anscheinend noch nicht so richtig angekommen ist, welches die Eckpunkte und Grundsätze dieser Gebühr sind, Herr Gamm, versuche ich

das jetzt langsam zu machen, damit Sie mitschreiben können.

(Franziska Grunwaldt CDU: Ja, was soll man denn da mitschreiben?)

Wir werden diese Gebühr nach Frontmetern eines Grundstücks erheben und die Gebühr wird 50 Cent oder 60 Cent pro Frontmeter betragen. Das bedeutet, wir werden, je nachdem ob wir 50 oder 60 Cent nehmen, 25 oder 30 Millionen Euro einnehmen. Darauf kommen noch 25 Prozent Eigenleistung der Stadt aus Haushaltsmitteln und Eigenleistungen der Stadtreinigung.

(Michael Kruse FDP: Das ist doch keine Eigenleistung! Das haben die Bürger vorher doch auch schon bezahlt, Herr Kerstan!)

– Ja, meinen Sie, die würden die Steuern nicht bezahlen? Was führen Sie denn hier für eine absurde Debatte? Schulden und Steuern und Gebühren zahlen alles die Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb noch einmal: Es ist ja nicht so, dass nur die Bürgerinnen und Bürger zahlen, sondern aus dem Haushalt meiner Behörde kommen 25 Prozent der Mittel obendrein und noch einmal zusätzliche Mittel der Stadtreinigung. Im Übrigen sind Anlieger in dieser Stadt nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Hamburger Behörden, Schulen und Kitas; und die müssen diese Gebühr auch zahlen. Insofern ist der Eindruck, den Sie erwecken wollen, nämlich dass die Bürger einseitig belastet würden, falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Kruse FDP: Und das zahlen Sie auch davon, was die Bürger vorher eingezahlt haben!)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kerstan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gamm?

Senator Jens Kerstan: Das Parlament hat immer das Recht zu fragen.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Gamm, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Stephan Gamm CDU:* Herzlichen Dank. – Wir sind gerade bei Zahlen, Daten, Fakten. Können Sie uns etwas zu der Bemessungsgrundlage berichten, wie Sie zu diesen 400 neuen Mitarbeitern gekommen sind? Gab es da eine Ist-Analyse? Welche Grundlagen waren dort Basis? – Vielen Dank.

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Wir wollen öfter und häufiger Straßen und Plätze reinigen. Wir

(Senator Jens Kerstan)

wollen zusätzlich mobile Sauberkeitsteams einstellen, die an den Schmutzecken Blitzeinsätze machen können. Das werden im Moment nach unseren Berechnungen von diesen 400 Mitarbeitern 35 sein. Wie sich das dann auf die einzelnen Straßen aufteilt, Herr Gamm, das lassen Sie uns einfach einmal in Ruhe und solide aufarbeiten.

(Stephan Gamm CDU: Das müssen Sie doch vorher wissen!)

Sie wollen doch wissen, in welcher Straße wir wie oft reinigen und Ähnliches; das weiß ich. Auch das haben Sie doch alles in Ihren Anfragen schon berichtet. Wir wissen, welches Volumen wir brauchen. In welchen Straßen dann wie gereinigt wird, werden wir jetzt sehr genau klären. Wir werden auch mit anderen Institutionen klären, ob die Stadtreinigung zum Beispiel auf Flächen der Deutschen Bahn oder auf Flächen, die im Moment die HPA bewirtschaftet, nämlich Deiche und Ähnliches, und die alle in keinem guten Zustand sind, noch Leistungen übernimmt. Wenn wir das fertig haben, legen wir Ihnen eine Drucksache im März 2017 vor, in der alles steht, wonach Sie immer fragen, und dann lassen Sie uns einmal über Fakten und klare Daten diskutieren

(Dirk Kienscherf SPD: Das können die doch nicht! – Michael Kruse FDP: Ihre Fraktion hat doch die Debatte angemeldet!)

und nicht über wilde Befürchtungen, die Sie ohne jede Grundlage in den Raum stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zur Frage der sozialen Gerechtigkeit der Gebühr lassen Sie mich Folgendes sagen: Was bedeutet es für Eigenheimbesitzer, wenn wir pro Frontmeter 50 Cent Reinigungsleistung als Gebühr erheben? Das wird mit dem Faktor multipliziert, wie oft in der Straße gereinigt wird – wöchentlich, 14-täglich oder täglich. In den meisten Reihenhausbereichen wird 14-täglich gereinigt. Wenn Sie jetzt ein Grundstück von 11 Meter Frontbreite haben, mal 0,5, weil nur 14-täglich gereinigt wird, dann haben Sie dort sage und schreibe eine Belastung von 5,25 Euro. Auf das Jahr hochgerechnet liegen Sie dann bei 65 Euro. Das ist nicht wenig Geld. Ich glaube, das ist aber tragbar. Und die soziale Komponente, auf dem gleichen Grundstück, wo ein Mehrfamilienhaus mit zehn Wohnungen steht, auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt, wird eine Belastung von 65 Cent im Monat ergeben. Insofern sehen Sie auch dort schon, dass es eine klare soziale Staffelung gibt. Ich weiß, dass das auch Geld ist, aber ich glaube, dass diese Belastung das Ergebnis wert ist, nämlich eine saubere, gepflegte, grüne Stadt, wo sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht wohlfühlen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Warnholz zulassen?

Senator Jens Kerstan: Ich würde jetzt wirklich gern einmal zu Ende ausführen. Es wird ja noch mehrere Runden geben. Das ist gerade eine Aktuelle Stunde und keine Fragestunde, die wir ab Januar 2017 für den Senat haben.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Warnholz, ich interpretiere das als Nein.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Dieser Steuer- aufwand lohnt sich doch gar nicht! – Farid Müller GRÜNE: Gerade Ihre Wähler wollen diese Sauberkeit!)

Senator Jens Kerstan (fortfahrend): Aber eines ist auch klar: Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger mit Abgaben belasten, dann müssen wir verhindern, dass das Fehlverhalten Einzelner dieses System und die Gebühren über Gebühr belastet. Deshalb werden diese mobilen Sauberkeitsteams in Zukunft auch Ordnungswidrigkeitsverfahren und Bußgelder gegen diejenigen verhängen können, die unsere Stadt fahrlässig und gegen die Regeln verstoßend verschmutzen. Denn es kann nicht sein, dass normale Bürgerinnen und Bürger für das Fehlverhalten anderer brav zahlen. Das werden wir auch mit dieser Sauberkeitsinitiative verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Insofern sind das die Eckpunkte. Wir werden sämtliche Details, nach denen zu Recht gefragt wird, ausarbeiten. Sie werden im März 2017 von uns eine Drucksache vorgelegt bekommen, die dann im Detail diskutiert werden kann. Aber eines wird deutlich: Dieser Senat nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ernst. Er nimmt ernst, dass es Beschwerden über Sauberkeit in unserer Stadt gibt. Er will diese Sauberkeitsdefizite nicht nur in den Schaufenstern unserer Stadt, sondern vor Ort für alle Bürgerinnen und Bürger verbessern. Das ist das klare Ziel des Senats und der Regierungsfractionen. Wir wollen, dass unsere Stadt sauber, grün und gepflegt ist, damit die Menschen hier gern leben, sich wohlfühlen und eine hohe Lebensqualität haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

(Michael Kruse FDP: Wenn das schon nötig ist!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir über

(Dr. Andreas Dressel)

dieses Thema ausführlich reden und dass es Fragen dazu gibt. Ich finde das auch ganz normal. Zu diesem Zeitpunkt geht es uns darum, den Senat damit zu beauftragen, konkrete Eckpunkte zu benennen und dann ein Konzept vorzulegen, das wir hier und im Ausschuss diskutieren können. Dann werden alle Fragen beantwortet werden können, die Sie und auch die Bürgerinnen und Bürger haben. Aber ich halte es für richtig, dass wir heute in der Bürgerschaft den Startschuss für diese Diskussion geben und sagen, was wir uns vorstellen können. Wir werden das Konzept im Frühjahr 2017 in der Bürgerschaft und im Ausschuss beraten. Das ist, glaube ich, der richtige Weg, aber auch, dass wir als Parlament sagen, in die Richtung solle es gehen, weil das ein Thema ist, das alle angeht. Ich glaube, unser Vorstoß dazu kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben jetzt noch nicht so richtig gehört, welche Vorstellungen die Opposition dazu hat. Es gab nur einzelne Interventionen, zum Beispiel: Macht doch etwas mit den vielen Steuereinnahmen. Senator Kerstan hat es sehr klar benannt und das möchte ich auch für die Koalitionsfraktionen noch einmal betonen: Sauberkeit nach Kassenlage und nach Steuereinnahmenlage kann ja wohl nicht das sein, was wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt bieten, sondern es muss immer sauber sein, egal wie die Steuereinnahmen in dieser Stadt sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann die Frage: Nehmt doch Private dafür. Die Stadtreinigung ist ein tolles Unternehmen mit vielen sehr motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die einen tollen Job machen, auch jetzt unter teils nicht einfachen Bedingungen. Dass wir sagen, dieses städtische Unternehmen soll so gestärkt werden, dass es überall in der Stadt seinen Job noch besser machen kann, ist ein gutes Zeichen für einen guten Arbeitgeber dieser Stadt, nämlich unsere Stadtreinigung, auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit einer Privatisierungsfantasie als Alternativvorstoß zu kommen, fand ich schon eine etwas absurde Vorstellung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann das Thema: Machen wir das nur an den Hotspots? Wie sind die Größenordnungen? Herrn Gamms Rechnung fand ich ganz interessant. Aber gerade, als Sie diese Rechnung angestellt haben, hätten Sie feststellen müssen, dass es uns darum geht, viel mehr zu machen, als nur einmal zusätzlich die Mönckebergstraße zu reinigen, denn – das ist das, was wir auch als Wahlkreisabgeordnete überall merken –, es gibt in den Stadtteilen, in den Quartieren einen gesteigerten Bedarf und auch in

Altengamme, Allermöhe, Nienstedten und am Osdorfer Born muss es überall sichtbar sauberer werden. Das ist unser Versprechen und unser Anspruch. Genau deshalb ist es wichtig, dass man da nicht kleckert, sondern klotzt. Das, glaube ich, erwarten die Menschen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist schon gesagt worden, dass das auch andere Großstädte machen. Deswegen erstaunt mich der Vorwurf, wir würden uns jetzt eine neue Gebühr ausdenken. Es lohnt sich vielleicht, da genauer hinzugucken, ehe man das in Bausch und Bogen verdammt.

Auch das Thema Gerechtigkeit wurde angesprochen. DIE LINKE hatte ich bei diesem Thema anders in Erinnerung. Herr Kerstan hat vorgerechnet, dass wir die Mieterinnen und Mieter vermutlich irgendwo im Cent-Bereich zusätzlich belasten werden. Diejenigen, die große Grundstücke in dieser Stadt haben, sind für DIE LINKE nicht die im Kern zu schützende Personengruppe, wenn es darum geht, wie in dieser Stadt Gebühren gerecht verwaltet und gestaltet werden. Das fand ich eine abseitige Vorstellung von der LINKEN.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Stephan Jersch DIE LINKE*)

Es ist nun einmal ein anerkannter Gebührenmaßstab, das nach Frontmetern zu machen. Das alles ist überall rechtlich geprüft worden. Deswegen ist das ein vernünftiger Maßstab, das entsprechend zu berücksichtigen.

Dann vielleicht noch einmal das Thema grundsätzlich angesprochen. Es kam der Einwand, warum wir nicht erst einmal bei denen kassieren, die den Dreck machen. Eine völlig richtige Frage. Aber es ist nun einmal so, dass man nicht bei jeder weggeschmissenen Mülltüte gleich eine Adresse findet, an die man den Gebührenbescheid schicken kann. Das war ja eine Kritik an uns in der letzten Wahlperiode. Was haben Sie sich lustig gemacht über die Waste Watcher mit den Smarts und der Tonne.

(Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

– Ja, genau. Aber das Gute ist doch, dass wir daraus eine Konsequenz gezogen haben. Thilo, wenn du zugehört und den Antrag gelesen hättest, wüsstest du das auch.

Wir sorgen nämlich dafür, dass diese Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten können, damit es nicht ohne Konsequenz bleibt, wenn jemand etwas wegschmeißt. Wir brauchen mehr Leute mit mehr Kompetenzen,

(*Birgit Stöver CDU*: Dafür hätten wir einen Bezirklichen Ordnungsdienst gebraucht!)

um diejenigen als Erstes zur Kasse zu bitten, die Müll in der Stadt machen. Das, glaube ich, ist der Kernpunkt dieses Konzepts.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage durchaus selbstkritisch, dass das mit den Waste Watchern ohne Vollzugskompetenzen vielleicht noch nicht zu Ende gedacht war. Deshalb entwickeln wir das an der Stelle weiter. Als die CDU an der Regierung war, hat sie sich auch an dem Thema Sauberkeit versucht. Zuerst hieß es Sicherheits- und Ordnungsdienst – das war, glaube ich, noch eine Schill-Erfindung –, dann wurde das in BOD überführt, aber dass der BOD Müll weggeräumt hat, habe ich nicht so richtig in Erinnerung. Im Kern hat es nämlich alles nicht funktioniert. Das ist doch die Konsequenz, die wir gemeinsam daraus ziehen müssen. Im Prinzip haben viele Senate vorher sich an dem Thema Sauberkeit versucht und es hat nie das Ergebnis gegeben, das die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu Recht von uns verlangen. Deshalb sieht das Konzept, das wir heute mit unserem Antrag beschließen, einen großen Wurf mit einem Personalvolumen und einer Bürgerbeteiligung vor – auf die Beteiligung der Stadt hat Jens Kerstan schon hingewiesen –, der die Erwartungen erfüllt und überall in der Stadt für Sauberkeit sorgt

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Genau!)

und wo jeder sagt, er sei zwar nicht begeistert darüber, dass er sich daran finanziell beteiligen müsse, aber das Ergebnis überzeuge. Diesen Anspruch formulieren wir als Koalitionsfraktion und wissen uns mit dem Senat einig, dass er sich diesbezüglich auf den Weg macht. Das ist unser Maßstab. Und ich fürchte, dieses Gemecker der Opposition ist ein bisschen der Vorgeschmack darauf, dass Ihnen, wenn es nachher wirklich sauberer wird, 2017 und 2018 ein Thema an den Infoständen verloren geht. Aber es ist ein großer Gewinn für diese Stadt,

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

und deshalb machen wir uns heute auf den Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Dressel. – Jetzt haben Sie das Wort, Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duwe sagte, die Regierungsfractionen hätten Chuzpe, das hier anzumelden. Daher bin ich ein wenig überrascht, Herr Duwe, dass ich jetzt schon dran bin, denn wenn die Opposition es nicht einmal schafft, wenn sie Sturm läuft, einen zweiten Redner aufzubieten, dann zeigt das doch, wie saft- und kraftlos Sie eigentlich mit dieser Debatte umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP:* Wir sind nach Ihnen dran, Herr Tjarks!)

Man muss doch feststellen: Alle haben, glaube ich, gesagt, das gehe in die richtige Richtung. Wir finden es richtig, wenn Hamburg sauberer, gepflegter und grüner wird. Und man muss doch auch feststellen, dass Sie dazu in dieser Legislaturperiode noch nicht eine einzige Initiative in diesem Bereich unternommen haben. Das ist doch einfach ein bisschen wenig dafür, dass Sie hier nur meckern, Herr Kruse.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

– Ja, Sie dürfen aber Vorschläge machen, Herr Kruse. Es geht jedoch nicht um einen Wettbewerb der Vorschläge, und ich stelle nur fest, dass Sie nicht einmal einen Vorschlag zustande bekommen, während wir das hier machen und das Thema lösen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und dann muss ich Ihnen sagen ...

(Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

– Wollen Sie sich gleich melden oder wollen Sie jetzt dauernd dazwischenquatschen?

Sie sind an dieser Stelle nicht einmal in der Lage, das Thema richtig einzuordnen. Und, Herr Jersch, ich muss Ihnen schon sagen, die Behauptung beispielsweise als eine von mehreren, dass die Bezirke durch diesen Antrag belastet würden, ist doch völlig falsch. Wenn Sie den Antrag einfach einmal lesen würden, dann steht da unter 1.a.i.:

"Die Bezirke werden von der Zuständigkeit für die Reinigung der Grün- und Erholungsanlagen entlastet. Die Bezirke wenden dafür einen beträchtlichen Teil der ihnen für die Unterhaltung von Grün- und Erholungsanlagen zugewiesenen Haushaltsmittel auf. Diese Mittel sollen in vollem Umfang bei den Bezirksämtern verbleiben und für eine verbesserte Pflege der Grün- und Erholungsanlagen eingesetzt werden."

(*Farid Müller GRÜNE:* Sehr schön! und Beifall)

Wie Sie dann dazu kommen, dass wir die Bezirke belasten, ist mir völlig schleierhaft. Es ist sachlich falsch und es zeigt, Sie haben sich mit dem Thema überhaupt nicht auseinandergesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Bereich Soziales, Senator Kerstan hat es doch angesprochen. Natürlich reden wir über eine Gebühr. Und die Seite tut dann so, man müsse das irgendwie, wie der Zauberlehrling, aus Steuereinnahmen finanzieren. Ich bin dann auch gespannt

(Dr. Anjes Tjarks)

auf Ihre Haushaltsanträge und möchte nur an der Stelle anmerken, auch aus Steuereinnahmen wird das finanziert, und die Steuern zahlen Bürgerinnen und Bürger. Dann kommen Sie mit der Gebühr und sagen: Mensch, auch das ist total unsozial. Und auch da haben wir Ihnen schon vorher in der Presse gesagt – ein Interview aus der "Hamburger Morgenpost", das Herr Gamm zitiert hat, aber scheinbar nicht zu Ende gelesen hat –, wie es ausgestaltet werden soll

(Michael Kruse FDP: Das steht da mit drin!)

und dass es natürlich für uns klar ist, dass die Mieterinnen und Mieter pro Frontmeter ihres Hauses wesentlich weniger belastet werden als beispielsweise die Eigenheimbesitzer. Ich muss mich schon sehr wundern über Ihre Aussage, dass Sie jetzt die Eigenheimbesitzer als zu schützende Klientel in dieser Stadt bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was wollen wir erreichen und welches Versprechen geben wir ab? Das hier ist doch heute der Auftakt der Debatte. Der Auftakt der Debatte, in der wir sagen, wir wollen vom Senat im Frühjahr nächsten Jahres eine ordentliche große Drucksache auf diesen ordentlichen und großen Antrag hin bekommen, in dem wir sehr klar zum Ausdruck bringen werden, an welchen Stellen, und zwar in der gesamten Stadt und nicht nur an den Hotspots von Herrn Gamm, es sauberer wird, es ordentlicher wird, die Grünanlagen gepflegter werden und Papierkörbe aufgestellt werden. Das ist unser Ziel und genau das werden wir tun. Dieses Leistungsversprechen werden wir geben und wir werden es am Ende einhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die zentrale Botschaft, die auch die Regierungsfractionen aussenden wollten, und wir haben es bereits gesagt: Es geht darum, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen. Es geht darum, am Ende die Sache auch hinzubekommen. Es haben sich schon verschiedene Senate daran versucht, und wir werden das Problem am Ende mit 400 neuen Stellen bei der Stadtreinigung lösen. Dafür braucht man Personal, dafür braucht man auch ein bisschen Geld. Dieses Geld kommt zum erheblichen Teil von der Stadtreinigung aus dem Hamburger Haushalt. Wir werden das bereitstellen. Und dann werden wir es nicht nur schaffen, dass wir dieses Leistungsversprechen geben, wir werden es einhalten. Und ehrlicherweise sagen Sie auch alle im Herzen, wir würden das auch gern tun. Sie meckern jetzt ein bisschen herum, aber am Ende des Tages werden Sie froh sein, dass Hamburg sauberer wird, gepflegter und grüner, und dafür sorgen wir dann alle gemeinsam. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Jetzt erteile ich das Wort Herrn Gamm von der CDU-Fraktion.

(Hansjörg Schmidt SPD: Die CDU kann ja noch mal ihr Konzept zur Eisbeseitigung darlegen!)

Stephan Gamm CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss mich über diese Art der Debatte schon sehr wundern. Ich hätte mich nicht getraut, in so eine Diskussion einzusteigen, wenn ich keine einzige Frage zu Zahlen, Daten, Fakten beantworten kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube, es gibt schlicht und ergreifend ein Grundproblem. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es Frau Sparr oder Frau Dr. Schaal gesagt hat, man fange nicht beim Geld an, sondern bei den Strukturen. Völlig falsch. Man muss beim Bedarf beginnen. Wie hoch ist denn der Bedarf für Reinigung? Das muss man doch vorher quantifizieren und genau bemessen. Und deshalb war hier niemand von Ihnen, einschließlich Senator Kerstan, in der Lage, meine Frage nach den 400 Stellen zu beantworten. Wie kann man denn diese Zahl festschreiben, ohne auch nur ein einziges Argument dafür zu bringen, warum es eben 400 und nicht 300 oder 600 Stellen sind? Das, finde ich, ist ein relativ schräger Vorgang.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Kollege Dressel, ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie sich hier so ein bisschen über die doch sehr geringe Höhe dieser Gebühr lustig gemacht haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Lustig gemacht?)

Das, finde ich, ist nicht in Ordnung. Das mag für den einen oder anderen Mieter in Hamburg oder für Eigentümer eines Hauses vielleicht kein großes Thema sein, für andere aber sehr wohl. Insofern muss man das hier ein bisschen mit Augenmaß angehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wir haben doch jetzt verstanden: Wir haben hier mediterranes Klima, die Menschen leben immer mehr in Parks, deshalb muss auch mehr Reinigungsleistung erbracht werden, damit Hamburg eine lebenswerte Stadt bleibt. Ich glaube, das habe ich jetzt schon sechs- oder siebenmal gehört. Aber noch einmal: Sie müssen ein Leistungsversprechen, gerade wenn Sie eine neue Gebühr einführen wollen, so konkretisieren, dass Sie damit auch bei den Bürgern Glaubwürdigkeit erlangen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Machen wir!)

(Stephan Gamm)

Ganz ehrlich, Sie hätten uns die Debatte deutlich erschwert, wenn Sie hier klar mit Fakten argumentiert hätten. Das tun Sie aber nicht. Und ich habe die sehr große Befürchtung, dass Sie sich, obwohl an diesem Konzept wohl schon seit etlichen Monaten gearbeitet wird, mit diesem Thema gar nicht auseinandergesetzt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Oh doch!)

Die Zahl 400 ist stattdessen offenbar vom Himmel gefallen. Und die wird Ihnen, glaube ich, noch in den nächsten Monaten Kopfzerbrechen bereiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Kruse FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Es gibt genug zu tun!)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Gamm. – Jetzt hat das Wort Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann drängt es mich doch noch einmal, Herr Dr. Tjarks. Nach sechs Jahren Bezirksversammlung, denke ich, kann ich sehr gut beurteilen, wie die Bezirke in Hamburg aufgestellt sind. Und ich habe durchaus das Gefühl, dass das Senatskreuzworträtsel, das Sie des Morgens unter der Rubrik Sparschwein mit sechs Buchstaben spielen, mit "Bezirk" beantwortet wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Eigenheimbesitzerinnen und Eigenheimbesitzer kann man schützen, auch die haben natürlich wirklich Rechte. Aber nichtsdestotrotz ist das, was wir an dieser Stelle kritisieren, letztendlich, dass Sie doch schon ein Gebührenmodell fertig haben, das man eigentlich heute bereits als Drucksache einbringen könnte, so detailliert ist es aus Ihrer Koalition herausgekommen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Der eine sagt so, der andere sagt so!)

Sie wissen noch nicht einmal, wie die Bedarfe sind. Sie wissen noch nicht einmal, wie viel die Bezirke bisher aufgewendet haben. Sie wissen eigentlich in der Tat überhaupt gar nichts. Und dann kommen Sie uns mit einem fertigen Gebührenkonzept, in dem Sie schon wissen, wie viel Sie ungefähr pro Straßenmeter berechnen wollen. Ich halte das für undemokratisch, wie Sie hier vorgehen. Letztendlich sind es, und da haben Sie nichts anderes gesagt, die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die für dieses undemokratische Verhalten und für Ihr Versagen in der Müllpolitik aufkommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienschier SPD: Was ist denn daran undemokratisch?)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Jersch. – Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion, jetzt haben Sie das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn bei einer Debatte die beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien nach vorn gehen, dann heißt das normalerweise, sie wollen sichergehen, dass das Ding hier einigermaßen unfallfrei über die Bühne geht.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist nicht nötig!)

– Den Eindruck habe ich aber sehr stark.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei Dr. Joachim Körner AfD)

Und wenn Sie schon dabei sind, die Kosten für Grundeigentümer ein bisschen kleinzurechnen, denken wir doch einmal daran, was die Freie und Hansestadt Hamburg zum Beispiel in diesem Jahr mehr an Grunderwerbssteuer eingenommen hat und dass diese Einnahmen auch irgendwo wieder versickert sind. Das sollte man auch einmal betrachten.

Herr Kollege Tjarks, Sie fragen mich persönlich, was ich denn für die Sauberkeit dieser Stadt schon gemacht hätte. Ich habe zum Beispiel eine Schriftliche Kleine Anfrage nach Papierkörben gestellt.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh, Oh! und vereinzelter Beifall)

– Ja, genau, nach Papierkörben.

Und zwei Monate später kam die Stadtreinigung mit dieser tollen Anregung, sie würden 500 neue Papierkörbe aufstellen, wir sollten gern Vorschläge machen, wo sie hinkommen sollten. Herr Tjarks, was meinen Sie, was der FDP-Kreisverband Hamburg gemacht hat? Er hat die Bürgerinnen und Bürger gefragt, hat Vorschläge gesammelt und sie an die Stadtreinigung geschickt. Das ist normale Politik und nicht das, was Sie hier als heiße Luft verbreiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe. – Es scheint, dass jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, deshalb würde ich gern zur Abstimmung kommen und bitte um Ruhe. Ich kann mich schwer verständlich machen, wenn es so laut ist.

Wer möchte nun also die Drucksache 21/6765 an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider)

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/6765 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 59, Drucksache 21/6753, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Rechtliche Rahmenbedingungen für Ausbildung und Arbeit für Flüchtlinge verbessern – Integrationsbereitschaft der Wirtschaft unterstützen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Rechtliche Rahmenbedingungen für Ausbildung und Arbeit für Flüchtlinge verbessern – Integrationsbereitschaft der Wirtschaft unterstützen
– Drs 21/6753 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Schwieger von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Jens-Peter Schwieger SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion begrüßt die erfolgreichen Bemühungen des Senats, auf Bundesebene Hindernisse für eine gelingende Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung abzubauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vor allem den Wegfall der Vorrangprüfung und die sogenannte 3+2-Regelung, die eine aufenthaltsrechtliche Sicherheit für Auszubildende und Betriebe während der Ausbildung und zwei weitere Jahre schafft, sehen wir als wesentliche Verbesserung an.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die 3+2-Regelung ist, das will ich noch einmal besonders betonen, deshalb auch eine Chance für diejenigen Geflüchteten, die zwar de facto eine längere Zeit in Hamburg bleiben werden, deren Bleibeperspektive, Frau Prien, aber als offen bezeichnet wird. Ihre Pressemitteilung von heute, 16.11 Uhr, in der Sie unterstellen, wir würden Menschen ohne Bleibeperspektive in Arbeit bringen wollen, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Und wenn man böartig ist, dann könnte man Ihnen vorwerfen, dass Sie eine Gelegenheit genutzt

haben zu zündeln. Das will ich Ihnen nicht unterstellen, aber manchmal habe ich schon den Eindruck, dass Sie Ihr Niveau jedes Mal noch ein Stück unterschreiten wollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Allerdings sind aus unserer Sicht weitere politische Schritte notwendig, damit die deutsche Wirtschaft tatsächlich den zentralen Beitrag leisten kann, den sie zur Integration der Flüchtlinge leisten will.

Eine integrationspolitische Vernachlässigung der Geflüchteten mit, Frau Prien, offener Bleibeperspektive, kann und wird mittelfristig zu integrationspolitischen Problemen führen. Das sollten wir durch kluges und vorausschauendes Handeln verhindern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Was fehlt, sind aber immer noch Regelungen für Geflüchtete mit, Frau Prien, offener Bleibeperspektive. Auch für diese Menschen heißt es, sie für die Zeit, in der sie in Hamburg bleiben, in unsere Gesellschaft und in die Arbeitswelt zu integrieren. Ausreichende Deutschkenntnisse, berufliche Qualifizierung und Kompetenzaufbau, aber auch gute Kenntnisse der kulturellen und sozialen Lebenswelt in Deutschland sind zentrale Voraussetzungen für eine gelungene Integration in unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das Vorhaben des Bundes, ein Gesamtprogramm Sprache zu entwickeln, begrüßen wir ausdrücklich. Erstorientierung, Sprachförderung und Arbeitsmarktorientierung müssen eng miteinander verbunden werden, damit die Integration in Ausbildung, Studium und Arbeit frühzeitig gelingt. Auch hier sollte zeitnah die Förderung von Menschen mit, Frau Prien, offener Bleibeperspektive, stärker in den Blick genommen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir können nicht erwarten, dass sich Unternehmen, die Geflüchteten eine Chance geben wollen, mit den Feinheiten und manchmal auch Abgründen der asylrechtlichen Regelungen befassen. Wir müssen vielmehr, wie schon mit der 3+2-Regelung, dafür sorgen, dass es leicht ist zu helfen, und die Geflüchteten so unterstützen, dass Integration in Arbeit und Ausbildung auch tatsächlich möglich wird. Medienwirksame Gipfeltreffen mit der Wirtschaft, wie sie die Kanzlerin veranstaltet, reichen da nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

(Jens-Peter Schwieger)

Die SPD setzt hingegen auf klare integrationspolitische Maßnahmen und sachliche Arbeit. Zur Stärkung der Integrationsmöglichkeiten in Ausbildung und Arbeit ist es aus unserer Sicht daher erforderlich, dass modulare Qualifizierungsangebote ausgebaut und verbindliche Strukturen geschaffen werden, dass non-formale Kompetenzen auf der Basis von praktischen Verfahren und Qualifikationsanalysen so erfasst werden, dass daraus individuelle Qualifizierungsbedarfe und Maßnahmen abgeleitet werden können, und zwar auch für Flüchtlinge mit, Frau Prien, offener Bleibeperspektive, solange sie nicht aus sicheren Herkunftsstaaten stammen.

Wie wir aus Erkenntnissen des Programms W.I.R wissen, haben einige Geflüchtete keine oder nur geringe Basisqualifikationen. Auch für diese Menschen müssen modulare Angebote zur Qualifizierung bereitgestellt werden, denn sie erleichtern den schrittweisen Übergang in das berufliche Bildungssystem in Deutschland.

Die im Integrationsgesetz vorgesehene Wartezeit von sechs Jahren für den Zugang zu berufsvorbereitenden Maßnahmen steht aus unserer Sicht einer zügigen und nachhaltigen Integration in Ausbildung und Arbeit völlig entgegen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir setzen deshalb hier auf eine Absenkung dieser Wartezeit auf zwölf Monate. Damit würden die Wartezeiten für den Zugang zu berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitenden Hilfen und zu assistierter Ausbildung harmonisiert und ein systematischer Förderansatz ermöglicht werden. Unterstützen Sie den vorliegenden Antrag von SPD und GRÜNEN für verbesserte Rahmenbedingungen zur Integration von Geflüchteten. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Schwieger. – Frau Prien von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ihnen, Herr Schwieger, Frau Bekeris, Frau Möller, dankbar, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Nicht etwa, weil es ein guter Antrag wäre, das ist er nicht, aber ich finde, es ist eine gute Gelegenheit, einmal etwas trennschärfer darüber zu diskutieren, was uns eigentlich in den Positionen zur Integration von Flüchtlingen unterscheidet.

Ich würde mir wünschen, Herr Schwieger, dass Sie einmal die gute demokratische Tugend wiederentdecken, andere Meinungen nicht als niveaulos darzustellen. Es ist nun einmal so, es gibt Menschen

in dieser Stadt, die vertreten eine andere Meinung als Sie. Und die ist deshalb nicht schlecht, weil sie anders ist. Ich denke, damit müssen wir einmal anfangen.

(Beifall bei *Dennis Thering* CDU und bei der FDP und der AfD)

Spannend finde ich zunächst einmal, dass Sie sich wortreich über die Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Integration von Flüchtlingen mit offener Bleibeperspektive aussprechen, anstatt sich einmal mit der Arbeitsintegration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive zu befassen. Da hört man recht wenig von Ihnen. Und wenn ich bedenke, dass Sie es bisher nicht einmal geschafft haben, das Integrationskonzept der Stadt weiterzuentwickeln, dass Sie das in Aussicht stellen für die Mitte nächsten Jahres, obwohl wir es so dringend in der Stadt bräuchten, dann finde ich es doch recht wohlfeil, wenn Sie sich jetzt wieder mit neuen Forderungen zunächst einmal an den Bund wenden.

Ich finde auch, dass wir einmal ehrlich miteinander darüber sprechen sollten, über welche Gruppe von Flüchtlingen wir jetzt im Zusammenhang mit Ihrem Antrag reden. Wir reden bei uns in Hamburg im Wesentlichen über Menschen, die aus Afghanistan kommen. Und Tatsache ist, dass die Bundesregierung, und zwar die Bundesregierung, an der Sie mit der SPD beteiligt sind, Herr Schwieger, in umfangreichen Verhandlungen darum bemüht war, ein Rückführungsabkommen mit Afghanistan zu schließen und dafür Sorge zu tragen, dass sich nicht weiter so viele junge Menschen auf diesen mörderischen Weg machen, über Schlepperorganisationen nach Deutschland zu kommen. Das ist kein Weg für junge Afghanen, ihr Glück in Hamburg zu suchen. Das ist kein Weg, den wir propagieren sollten. Das ist kein Weg, den wir mit zusätzlichen Fluchtanreizen weiter attraktiv machen sollten.

(*Kazim Abaci* SPD: Was ist das denn?)

Und genau diesen Weg beschreiten Sie mit diesem Antrag. Deshalb halten wir diesen Antrag oder die Intention Ihres Antrags nicht nur für falsch, sondern auch tatsächlich für unverantwortlich. Lassen Sie uns doch nicht wieder falsche Signale nach Afghanistan, nach Nordafrika aussenden, sondern seien wir doch ehrlich gegenüber den Menschen. Die meisten von denen, die aus Afghanistan herkommen, werden bei uns in Hamburg nicht bleiben können. Die haben keine Aussicht auf ein besseres Leben in unserer Stadt. Das sollten wir auch deutlich sagen an dieser Stelle und keine falschen Hoffnungen schaffen. Es gibt in Afghanistan auch sichere Regionen und deshalb werden wir zunehmend, das ist erklärte Absicht der Bundesregierung, auch Menschen nach Afghanistan zurückführen müssen. – Herr Abaci, Sie können sich gern

(Karin Prien)

gleich melden. – Und deshalb finde ich Ihren Antrag auch unehrlich und ethisch bedenklich.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Ich würde trotzdem gern die Frage stellen, Frau Prien, ob Sie eine Zwischenfrage gestatten.

Karin Prien CDU:* Nein, Herr Abaci, Sie können sich gern gleich melden.

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Gut. Nein.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Also, an dieser Stelle von unserer Seite der dringende Appell an Sie: Schenken Sie den Menschen reinen Wein ein und versuchen Sie nicht durch solche Anträge den Anschein zu erwecken, dass es in Hamburg für viele derer, die Sie ansprechen, tatsächlich eine Perspektive gäbe. Kümmern Sie sich endlich darum, die viel zu laxen Duldungspraxis zu beenden, und kümmern Sie sich darum, dass nicht so viele Menschen zusätzlich zu uns kommen, die in Wahrheit bei uns nicht bleiben können.

Wenn es darum geht, über Erstorientierungskurse zu sprechen – denn die muss es tatsächlich für alle Flüchtlinge geben, da bin ich auch auf Ihrer Seite –, dann können wir darüber gern im Ausschuss diskutieren. Ich finde aber, Ihr Antrag, so wie Sie ihn heute gestellt haben, ist nicht verantwortungsvoll gegenüber den Menschen, denen Sie hier wieder falsche Anreize versprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Dennis Thering, Thilo Kleibauer, beide CDU, und Dr. Bernd Baumann AfD – Jens-Peter Schwieger SPD*: Nehmen Sie doch mal Ihre Falschaussage und Ihre Presseerklärung zurück!)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Prien. – Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, Sie haben mit Ihren ersten Sätzen eingefordert, dass man andere Meinungen ernst nehmen und mit Anstand und sehr viel Ernsthaftigkeit die Diskussion darüber führen soll, aber wie Sie dann Ihre Rede beendet haben mit Begriffen wie ethisch verantwortungslos, frage ich mich, wohin Sie eigentlich wollen in Ihrer vielleicht CDU-internen, aber auch vielleicht CDU-bundesweiten Debatte zur Integration von Geflüchteten, die sich in diesem Land aufhalten. Das ist meine große Frage. Denn alles, was Sie an Entwicklung von der Bundesebene her in Gang setzen, dient immer dazu, in eine Abwehrpose zu verfallen, statt sich tatsächlich ernsthaft um die Menschen zu

kümmern, die schon lange hier sind und die auch noch länger hier bleiben werden. Und das aber tun wir zum Beispiel mit diesem Impuls an die Große Koalition, an die Bundesebene noch einmal, denn es ist dringend notwendig, dass man dort einmal ein bisschen politische Hilfestellung gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Problem ist doch, dass wir so etwas wie eine ständige Konkurrenz erleben zwischen Änderungen in Richtung repressiveren Umgangs mit Geflüchteten beim Ausländerrecht und gleichzeitig aber einem großen Drängen bei Industrie und Handwerk, Menschen in Arbeit bringen zu können beziehungsweise Arbeitsplätze besetzen zu können. Und es ist keine rot-grüne Idee gewesen, zum Beispiel auch für junge Erwachsene aus sicheren Herkunftsländern hier eine Duldung zur Ausbildung zu ermöglichen, sondern das ist, ich nenne es einmal so, das Ergebnis eines Denkprozesses der Großen Koalition. Sehr zu begrüßen im Übrigen, aber es ist nicht die Idee von Rot-Grün, die besagt, wir wollen sehr viel öffnen für diejenigen, die hier keine Chancen haben. Es ist stattdessen die Erkenntnis, dass hier Menschen über viele Jahre leben werden aufgrund langer Prozesse, während derer ihre Anträge behandelt werden, und dies aufgrund individueller Gründe, die eine Ausreise, auch eine Abschiebung verhindern. Diese Menschen wollen wir integrieren und ihnen bei der Integration in diese Gesellschaft helfen.

(Beifall bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Und das ist dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Möller, ich möchte die Redner im Saal bitten, wenigstens leise zu sprechen. Am besten, Sie hören zu. Schönen Dank. – Sie können weiterreden.

Antje Möller GRÜNE (fortfahrend): Forderungen an den Bund sind also dringend notwendig, denn das, was der Bund an Programmen entwickelt, passt zum Beispiel in den einzelnen Modulen nicht wirklich ineinander. Deshalb muss man an der Stelle immer wieder sagen, es geht auch um eine Harmonisierung der verschiedenen Modelle. Es geht auch um eine Harmonisierung von Wartezeit. Man entmutigt die Menschen sofort wieder, wenn sie von der einen Maßnahme nicht in die nächste kommen, sondern lange Wartezeiten haben.

Natürlich ist der Weg, der für diejenigen mit guter Bleibeperspektive oder einem vielleicht schon entwickelten Asylantrag entwickelt wird, relativ einfach; ihnen stehen alle Förderwege offen. Aber genau bei denjenigen, bei denen die Verfahren sehr

(Antje Möller)

lange dauern, hakt es. Der Begriff offene Bleibeperspektive ist vielleicht auch ein bisschen verwirrend, denn erst einmal sind sie da, und sie sind auch in der Regel für mehrere Jahre da. Und all das, was man dort an Weg in die Gesellschaft hinein und an Weg auf den Arbeitsmarkt anbieten kann, ist gut und richtig. Es hilft den Menschen hier weiter und es hilft ihnen in der Regel, wenn sie ins Heimatland zurückkehren müssen, dann auch dort weiter. Das ist eines der wichtigen Ziele. Das bringt nämlich eine völlig andere Situation für die Menschen, die wissen, sie müssen lange warten, aber sie können wenigstens etwas tun. Sie können sich qualifizieren, sie können etwas lernen und sie können sogar auch Geld verdienen.

Deshalb braucht es diese Impulse in Richtung der Bundesebene. Wir wissen, und darüber haben wir schon oft diskutiert, Hamburg tut mit dem Programm W.I.R. sehr viel, aber im Bereich des SGB II zum Beispiel kann man natürlich immer nur so viel tun, wie der Bund uns ermöglicht und wie der Bund es vorgibt, und deshalb braucht es hier zusätzliche Entwicklung.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Gerade für das Element der Sprachförderung muss man doch einmal sagen: Auch der Deutsche Städtetag zum Beispiel empfiehlt dringend, grundsätzlich allen Geflüchteten und Asylbewerbern, auch mit unklarer oder fehlender Bleibeperspektive, doch wenigstens Sprachförderung zugutekommen zu lassen. Ihr Ansatz ist so ein bisschen in den Zeiten verhaftet, wo wir jemandem, der mit einer Duldung hier gelebt hat und wohlweislich auch schon vor zehn oder 15 Jahren sehr lange mit einer Duldung hier gelebt hat, erst nach vier Jahren überhaupt die Arbeitsaufnahme ermöglichen. Diese Zeiten sind zum Glück lange vorbei, denn die Erkenntnis, wie wichtig es ist, ihnen die Möglichkeit zu geben, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, ist zum Glück bei allen Fraktionen inzwischen eingezogen.

(Zuruf)

– Doch, das nehme ich jetzt aber einmal an.

Zum Thema Afghanistan: Sie haben gesagt, diese Debatte gebe uns die Möglichkeit, einmal ein bisschen breiter zu diskutieren. Wie Sie die Situation in Afghanistan und vor allem die Situation der Menschen, die dorthin zurückgeführt werden sollen, hier diskutieren haben, finde ich völlig unangemessen gegenüber der realen Situation in Afghanistan.

Und solange Herr de Maizière als derzeitiger Innenminister Werbemaßnahmen an die Länder formuliert, schiebt doch bitte nach Afghanistan ab, aber die Länder, wie ich finde, aus einer ernst genommenen Verantwortung heraus äußerst vorsichtig sind, diese Maßnahmen überhaupt in Gang zu

setzen, können wir hier nicht darüber reden, dass man davon ausgehen kann, dass die vielen afghanischen Staatsangehörigen, die wir in Hamburg, aber auch in anderen Bundesländern haben, kurzfristig oder auch mittelfristig dieses Land werden verlassen müssen. Ich sehe das aufgrund der politischen Situation in Afghanistan nicht, und ich sehe das nicht aufgrund der Debatte, die wir hier in der Republik führen. Und darüber bin ich froh.

Wir wollen vom Bund etwas, das dazu führen wird, dass die hamburgischen Maßnahmen besser greifen können, dass wir die Geflüchteten in Hamburg eher erreichen mit sprachlichen Angeboten und Qualifizierungsangeboten. Ich glaube weiterhin, dass dies der richtige Weg ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Möller. – Jetzt hat das Wort Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, ich hatte ein bisschen das Gefühl, Sie stellen den Antrag so dar, als würde er, wenn er beschlossen ist, eine Sogwirkung auslösen und als würden Menschen in Afghanistan, vor allem junge Männer, die Mitteilung bekommen, in Hamburg habt ihr gute Chancen, kommt bloß her.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Genau!)

Ich bin nicht Ihrer Auffassung, vor allem, wenn es darum geht, Afghanistan als ein sicheres Herkunftsland zu bezeichnen, und Sie meinten doch, es gebe sichere Regionen. Da würde ich Sie gern fragen, wie Sie eigentlich sichere Regionen definieren. Denn die Menschen, die hierher kommen, tun dies im Endeffekt nicht aus Spaß, sondern weil die Situation in Afghanistan wirklich eine sehr schwierige ist und die Menschen sich immer noch nicht von dem Krieg und den immer noch fortwährenden Konflikten erholt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagten auch, dass Sie es nicht verantwortlich fänden, mit diesem Antrag eine sogenannte Message zu senden. Ich finde es eher verantwortungslos, Menschen wieder zurück in ein unsicheres Gebiet zu schicken, wo eben auch sehr deutlich ist, dass Frauenrechte nicht eingehalten werden und wo gerade auch Frauen und Kinder immer wieder bedroht sind in dieser Situation.

Wir finden den Antrag und die Forderungen richtig und eben auch wichtig, dass die Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit offener Bleibeperspektive nun verbessert werden. Es ist immer noch so, dass die Möglichkeiten für diese Gruppen nicht so gut sind. Das liegt daran, dass es hier eine Unterteilung der Geflüchteten in ver-

(Cansu Özdemir)

schiedene Gruppen mit angeblich unterschiedlichen Perspektiven gibt, was wir sehr problematisch finden. Dieses System wurde von Schwarz-Rot eingeführt und von Rot-Grün in Hamburg umgesetzt. Das muss auch erwähnt werden.

Eine besonders problematische Auswirkung dieser Unterscheidung ist auch, dass Menschen aus sicheren Herkunftsländern – ich sage das einmal in Anführungsstrichen –, auch wenn sie im Besitz einer Duldung sind, von Arbeit und Ausbildung weitgehend ausgeschlossen werden.

Der vorliegende Antrag schließt auch wieder bestimmte Gruppen aus, zum Beispiel Abgelehnte, Geduldete, die zum Teil seit Jahrzehnten wirklich am Rande dieser Gesellschaft leben, weil ihnen einfach keine Rechte zuerkannt werden. Es gibt immer noch viele Menschen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, die aber aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Das Problem gibt es seit vielen, vielen Jahren. Gerade auch bei den Menschen muss man natürlich ansetzen, und da finde ich es, ehrlich gesagt, auch etwas enttäuschend, dass diese Gruppe nicht mit eingeschlossen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir können sagen, dass die Zielrichtung des Antrags richtig ist und auch von uns unterstützt wird. Uns hat die Formulierung unter 1 ein bisschen stutzig gemacht, wo von einer – in Anführungsstrichen – Harmonisierung der Wartezeiten die Rede ist. Wir befürchten, dass das eben bedeutet, dass Gruppen, die heute nicht lange warten, zukünftig länger warten müssen. Ich hoffe, dass Sie das noch einmal aufklären können.

(Kazim Abaci SPD: Falsch verstanden!)

– Herr Abaci, Sie können es gleich noch einmal aufklären.

Dieser Punkt wäre von uns nicht zu begrüßen, aber ansonsten können wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller* und *Antje Möller*, beide GRÜNE)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Schönen Dank, Frau Özdemir. – Jetzt hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP: * Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal, um der Legendenbildung vorzubeugen, eine Bemerkung zur Präambel des Antrags. Rot-Grün stellt es hier so dar, als ob sich die Koalition aus eigener Initiative heraus für einen Abbau von Hürden bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen eingesetzt hätte. Dabei haben wir Freidemokraten bereits im August letzten Jahres einen Antrag zur Abschaffung des dreimonatigen

Beschäftigungsverbots und der 15-monatigen Vorrangprüfung vorgelegt.

Wir Freidemokraten haben für die Dauer einer Ausbildung einen sicheren Aufenthalt gefordert, und wir Freidemokraten wollten die starre Altersgrenze bei der Aufnahme einer Ausbildung abschaffen. Sozialdemokraten und GRÜNE haben diesen Antrag abgelehnt. Ein paar Monate später ist Rot-Grün dann mit einer Initiative um die Ecke gekommen, die unseren Vorschlag zur Grundlage hatte.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Freuen Sie sich doch!)

Und nun wollen Sie die Gesetzesänderung auf Bundesebene, in deren Prozess Sie sich nicht getraut haben, Flagge zu zeigen, als Ihren eigenen Erfolg verkaufen.

(*Kazim Abaci SPD:* Wie bitte? – *Jens-Peter Schwieger SPD:* Das ist doch Legendenbildung!)

Das ist zumindest amüsant.

(Beifall bei der FDP)

Aber nun zum Petitum selbst. Nach dem Dritten Sozialgesetzbuch, Paragraph 132, Sonderregelungen für die Ausbildungsförderung von Ausländern, gehören geduldete Ausländer zum förderungsfähigen Kreis für Leistungen. Ausbildungsbegleitende Hilfen und eine assistierte Ausbildung können bereits nach 12 Monaten eines rechtmäßigen Aufenthalts in der Bundesrepublik in Anspruch genommen werden. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen können erst nach sechs Jahren des ununterbrochenen rechtmäßigen Aufenthalts in Anspruch genommen werden.

Herr Schwieger, da möchte ich doch auf Ihren Begriff der offenen Bleibeperspektive eingehen, denn offene Bleibeperspektive ist bis dato ein Begriff, der einfach juristisch nicht definiert ist. Wenn Sie über offene Bleibeperspektive sprechen, dann sprechen wir auch über eine offene Bleibeperspektive beispielsweise eines Geduldeten, der keine Ausweispapiere hat und bei dem man eben nicht weiß, ob und wenn ja, wann er bei der Klärung seiner Identität mitwirkt.

Eine Duldung ist eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von ausreiseverpflichteten Personen, nicht mehr und nicht weniger. Wenn im Antrag nun als Grund für eine Harmonisierung der Wartezeiten für den Zugang zu unterschiedlichen Maßnahmen nach SGB III eine zügige Integration in berufsvorbereitende und ausbildungsbegleitende Hilfen angegeben ist, so widerspricht dieser Grund explizit der Bedeutung einer Duldung.

Es ist außerdem fraglich, ob Alphabetisierungskurse für alle offenstehen sollten, deren Bleibeperspektive unklar ist, ohne hier wenigstens eine soli-

(Jennyfer Dutschke)

de Schätzung des deutschlandweit betroffenen Personenkreises anzugeben.

(*Martin Dolzer DIE LINKE*: Die sollen dann perspektivlos weiterleben, oder wie?)

Wenn Sie diese Regelungen aufweichen, setzen Sie damit weitere Migrationsanreize nach Deutschland und wecken vor allen Dingen auch falsche Erwartungen bei den Betroffenen. Außerdem, und da muss ich an dieser Stelle auch einmal auf die Einwände der Kollegin Prien hinweisen, haben wir in der Flüchtlingsfrage ein Thema, das unsere Gesellschaft zu spalten droht und das schon Gesellschaften anderer Nationen gespalten hat. Es ist wirklich nicht der richtige Zeitpunkt, hier jetzt weitere Migrationsanreize zu setzen, weil wir nämlich alle gemeinsam daran mitwirken müssen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von rechts nach links hin gestärkt wird und wir nicht solche Debatten befeuern.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU* und *Dr. Bernd Baumann AfD* – (Glocke))

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Dutschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dolzer?

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Nein. – Ich stimme Ihnen zu, Herr Schwieger, dass sich nach sechs Jahren des geduldeten Aufenthalts Problemlagen verfestigt haben. Der Ehrlichkeit halber müssen Sie aber auch einräumen, dass eine Duldung in der Regel über Monate und nicht über Jahre erteilt wird und dass es sich bei sechs Jahren des geduldeten Aufenthalts bereits um mehrfache Verlängerungen handelt.

Im Jahr 2015 lebten nach Auskunft der Bundesregierung 27 000 Geduldete bereits länger als acht Jahre in der Bundesrepublik. Für genau diese Betroffenen wurde mit dem Paragraf 25b des Aufenthaltsgesetzes jedoch eine Möglichkeit geschaffen, bei hinreichender Integration zu partizipieren.

Sie sollten also nicht einfach so das Aufenthaltsgesetz aufweichen und Sinn und Zweck einer Duldung untergraben. Setzen Sie sich stattdessen auf Bundesebene endlich für ein richtiges Einwanderungsgesetz ein, das klare Kriterien abbildet.

(*Kazim Abaci SPD* und *Jens-Peter Schwieger SPD*: Das machen wir doch!)

Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Der Verbleib in der Bundesrepublik auf Basis einer Duldung, der de facto eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung aus rechtlichen und tat-

sächlichen Gründen bedeutet, sollte nicht zu einer Einwanderung durch die Hintertür werden.

Alles in allem unterstützen wir grundsätzlich die Intention des Antrags, doch lassen Sie es mich mit den Worten des Kollegen Schwieger ausdrücken, der auch für unseren, anfangs von mir erwähnten FDP-Antrag so passende Worte aus seiner Perspektive gefunden hat:

"Allerdings ist der uns vorliegende Antrag in seiner jetzigen Form zu pauschal, zu undifferenziert und wird den tatsächlichen Anforderungen unserer Meinung nach nicht gerecht. Der Antrag nennt Menschen mit Duldung, ohne auf deren Bleibeperspektive einzugehen."

Das trifft es sehr gut. Da neben dem pauschalen Inhalt des nun hier vorliegenden rot-grünen Antrags auch die Zahl der Betroffenen und vor allen Dingen auch die daraus resultierenden finanziellen Bedarfe pauschal offengelassen werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als den Antrag, so wie er ist, abzulehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU* – *Jens-Peter Schwieger SPD*: Das macht nichts!)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Deutschland hat mit rund 80 Millionen Einwohnern kaum mehr als 1 Prozent der Weltbevölkerung. Aber dieses Deutschland, dieses eine Prozentpünktchen der ganzen großen Menschheit, hat nach den neuesten Zahlen des BAMF, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, in diesem Jahr 2016 bereits mehr Asylanträge angenommen als die ganze übrige Menschheit zusammen.

(*Kazim Abaci SPD*: Das ist eine Lüge!)

Mehr als alle Staaten Europas plus Kanada plus USA plus Australien plus alle anderen. Dieses eine kleine Prozentpünktchen Deutschland hat mehr Asylanträge als die ganze Welt angenommen.

Welche gigantische Fehlsteuerung muss da unterwegs sein, welche riesigen Fehlanreize sind da nötig, um solche Millionenwanderungen über Tausende Kilometer durch zahllose sichere Länder in das eine kleine Deutschland hereinzuholen?

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Armes kleines Deutschland!)

Ich kann Ihnen sagen, welche Fehlanreize das sind. Das sind Fehlanreize von der Art wie der Antrag der rot-grünen Landesregierung, wie sie ihn uns heute wieder vorzulegen wagt.

(Dr. Bernd Baumann)

Dieser Antrag setzt im Grunde die Mentalität der unseligen Willkommens- und Grenzöffnungspolitik von CDU und SPD im Bund fort – die in der Welt keiner sonst mitgemacht hat –, als wäre nichts geschehen. Er betreibt immer weitere Ausweitung von Gruppen der jüngsten Masseneinwanderung, die man sofort mit allen Mitteln dauerhaft integrieren will, auch weit jenseits rechtlich anerkannter Fluchtgründe.

Zunächst galt die bundesweite Definition des BAMF, es sollten Migranten integriert werden, die über generell gute Bleibeperspektive verfügen. Integrationsprogramme sollten demnach nur die anerkannten Flüchtlinge durchlaufen und sonst nur Menschen aus Herkunftsländern mit Schutzanerkennungswerten über 50 Prozent. Nur auf diese sollten sich die Integrationsbemühungen richten. All die teuren Sprach- und Orientierungskurse, all die aufwendigen beruflichen Qualifikationsmaßnahmen und Ausbildungshilfen, dazu noch ein verfestigter Aufenthaltsstatus.

Dann begann aber das rot-grüne Hamburg, diese deutschlandweit gültige Definition stark aufzuweichen. Man erkannte einfach zunächst weiteren Gruppen gute individuelle Bleibeperspektive zu, vor allem Afghanen, deren größte Konzentration innerhalb Deutschlands sich in Hamburg befindet.

Heute nun, mit dem neuen Antrag von Rot-Grün, geschieht sozusagen die ultimative Aufweichung. Dauerhaft integriert werden sollen nun auch gleich all jene ohne gute Bleibeperspektive, bis vielleicht auf die aus sicheren Herkunftsländern. Also auch alle, deren Antrag endgültig abgelehnt ist, die aber mit irgendwelchen Hinderungsgründen ihre Abschiebung zu verzögern verstehen.

(Martin Dolzer DIE LINKE: Das ist menschenfeindlich, was Sie hier machen!)

Auch alle, deren Anerkennungsverfahren sich in die Länge zieht. Das zu bewirken gibt es viele Möglichkeiten. Der Antrag von Rot-Grün öffnet damit praktisch allen Flüchtlingen, die das wollen, offiziell die Tore beschleunigter Integration und ewigen Hierbleibens. Rückführungen fallen, wir wissen das doch, zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Es reicht – und das ist leider faktisch so, wir müssen dem ins Auge sehen nach dem Antrag von Rot-Grün –, um das Asylverfahren geschickt in die Länge zu ziehen. Das reicht schon aus. Es reicht auch aus, sich nach Ablehnung gegen Abschiebung zu wehren.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Reden Sie eigentlich zum Antrag?)

Für beides gibt es einen ganzen Katalog von Möglichkeiten, den eine neu entstandene Anwaltsindustrie – wir kennen das, beides zumeist auf Kosten einheimischer Steuerzahler – bewirkt. Sie setzen hier völlig falsche und unverantwortliche Signale.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Reden Sie eigentlich zum Antrag?)

Greller können Sie die Schaufensterauslagen für das weltweite Schleppermafia-Geschäft gar nicht ausleuchten als mit solchen Maßnahmen.

(Beifall bei der AfD)

In Hamburg sind doch bereits über 50 000 Menschen aus der jüngsten Flüchtlingswelle, die der rot-grüne Senat jetzt allergrößtenteils in die Arbeitsmärkte integrieren will, ob sie rechtliche Asyl- oder Bleibegründe haben oder nicht. Zugleich aber, und bitte denken Sie doch auch daran, daran in Hamburg bereits 50 000 Menschen, die schon so lange arbeitslos sind, dass sie Hartz IV beziehen. Davon haben bereits 60 Prozent einen Migrationshintergrund. Und diese Menschen leben schon lange hier bei uns, sind meist hier geboren, aufgewachsen, beherrschen vollständig die Sprache, die Schrift, haben Schule und Berufsausbildung hier durchlaufen, anders als die 50 000, die jetzt noch dazukommen.

(Kazim Abaci SPD: Woher wissen Sie das?)

Hier scheitern Sie schon seit Jahren. Darum müssen Sie sich erst einmal kümmern. Das müssen Sie erst einmal schaffen, bevor Sie weitere Zehntausende ohne rechtlich anerkannte Fluchtgründe hier dauerhaft ansiedeln wollen.

(Beifall bei der AfD)

Und noch eines: Werden Sie sich endlich klar, dass Sie die Geisterfahrer in der weltweiten Migrationspolitik sind und nicht die anderen 99 Prozent.

(Beifall bei der AfD – Dr. Alexander Wolf AfD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Baumann. – Frau Güçlü, Sie haben das Wort.

Nebahat Güçlü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich, finde ich, hat Frau Möller schon alles dazu gesagt, aber nach der Rede von Herrn Baumann möchte ich doch noch einmal zwei Sachen erwähnen.

(Ksenija Bekeris SPD: Das muss man nicht kommentieren!)

Herr Baumann, dass Sie immer große Überfremdungsängste haben, selbst in Bundesländern, in denen es weit weniger als 1 Prozent Migrantinnen und Migranten gibt, das kennen wir alle schon, da haben Sie uns heute nichts Neues erzählt. Aber Sie haben uns viel Falsches erzählt, wie so oft leider, das muss man immer wieder ins richtige Licht rücken. Sie haben erzählt, Deutschland habe weit mehr Flüchtlinge aufgenommen als die ganze Menschheit. Was ist die ganze Menschheit?

(Nebahat Güçlü)

(Dr. Bernd Baumann AfD: Sie verstehen das nicht! Asylanträge!)

Ich weiß nicht, mit welchen Zahlen Sie operieren. Dann schauen Sie einmal in die Welt, es geht vielen Ländern weit schlechter als uns, wenn das mit schlecht zu bezeichnen ist.

Der Versuch, der mit diesem Antrag zugrunde liegt, ist ein höchst menschlicher Versuch. Ich finde, es ist ein mutiger und ein richtiger Antrag, der hier zugrunde liegt. Unabhängig davon, welche Bleibeperspektive Menschen bei uns in Hamburg haben werden, sollen sie nicht weiterhin jahrelang zur Untätigkeit gezwungen werden. Wir wissen, was dies mit Menschen macht. Sprechen Sie mit den Beraterinnen und Beratern in den ganzen Beratungsstellen, die mit Flüchtlingen, aber auch mit anderen Menschen arbeiten, die über lange Zeit keine Beschäftigung haben, keine Perspektiven entwickeln können. Sie können sich an der Hand abzählen, was das bedeutet. Insofern ist das ein guter Antrag,

(Beifall bei Martin Dolzer DIE LINKE)

der zumindest den Rahmen verbessert für Integrationsangebote. Ich finde, es steht uns wunderbar zu Gesicht, da brauchen wir uns nicht zu schämen, sondern können sehr stolz darauf sein.

Die Frage, die sich mir aber stellt, ist, warum nach 12 Monaten? Das scheint mir eine willkürliche Zahl. Es ist schön, dass die Zeit reduziert wird, aber warum ausgerechnet 12 Monate? Es könnten doch auch 6 Monate sein. Genauso wichtig ist, dass man auch noch einmal sehr genau schaut, wie diese Angebote abgestimmt werden mit den Bundesangeboten. Denn das ist, glaube ich, das Problem, das wir in Hamburg haben, dass nämlich viele Angebote irgendwie so nebenher gewachsen sind, aber sie sind nicht aufeinander abgestimmt. Deswegen erzielt es manchmal auch nicht die Wirkung, die es haben sollte.

Vorhin wurde – ich weiß gar nicht, von wem, ich glaube, es war die Kollegin von der FDP – das Stichwort Signal erwähnt. Es ist ein richtiges Signal, das Hamburg hier aussendet, und ich finde, dieser Antrag zeigt unsere menschliche Seite. Und er zeigt, dass uns nicht egal ist, was die Menschen machen, wenn sie hier jahrelang warten, sondern dass wir daran interessiert sind, dass sie etwas erlernen, selbst für den Fall, dass sie zurückgehen. Was ist so falsch daran, Menschen zu unterstützen, eine Sprache zu lernen, auch eine berufliche Perspektive zu entwickeln, unabhängig davon, ob sie bleiben oder nicht? Ich finde den Antrag richtig und werde ihn auch unterstützen. – Danke.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Martin Dolzer DIE LINKE und Antje Möller GRÜNE)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Güçlü. – Frau Senatorin Leonhard, Sie haben nun das Wort.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir geht es nur darum, noch einmal zwei, drei Dinge einzuordnen, von denen ich glaube, dass sie sinnvoll sind und dabei helfen können, den Antrag in dem Licht zu betrachten, in dem er wahrscheinlich auch zu verstehen ist. Hier geht es nicht um die Frage, ob man mit einem Alphabetisierungskursangebot oder einem Orientierungskursangebot womöglich einen zusätzlichen Fluchtanreiz bietet. Wer flüchtet denn unter lebensgefährlichen Bedingungen über das Mittelmeer, um an einem Orientierungskurs teilzunehmen? Das spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN – Gabi Dobusch SPD: Sehr gut!)

Hier geht es stattdessen konkret um die Frage, wie wir die Menschen, die bereits hier sind, mit angemessenen Qualifizierungsangeboten und Möglichkeiten zum Zugang zum Arbeitsmarkt versorgen. Sie sollen nicht, wenn sie am Ende ihres Asylverfahrens – zum Beispiel die Afghanen, 50 Prozent derer, die doch anerkannt werden, wenn sie zu dieser Gruppe gehören – 18, 20, 24 Monate gewartet haben, dann dequalifiziert sein, bevor es überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt gibt.

(Beifall bei der SPD und bei Nebahat Güçlü fraktionslos)

Die Erfahrung, was dann passiert, hat dieses Land in den 1990er-Jahren bereits gesammelt. Das ist integrationsfeindlich, das dürfen wir nie wieder machen. Daraus haben wir gelernt. Es ist am Ende immer so, dass man in der Zeit, die die Menschen ohnehin hier sind, während sie auf den Abschluss ihres übrigens rechtsstaatlichen Verfahrens warten – das, wie wir wissen, lange dauern kann –, ihnen Zugang zu Qualifizierung und Arbeitsmarkt gewährt, denn sie müssen oder sie sollen Arbeit aufnehmen. Es ist für die gesellschaftliche Akzeptanz immer besser, wenn sie Arbeit aufnehmen, denn sonst haben wir die gleiche Debatte wie Mitte der 1990er-Jahre, warum nämlich so viele ehemalige Geflüchtete noch im Sozialleistungsbezug sind und nicht für ihr Geld arbeiten. Das können wir alle nicht ernsthaft wiederholen wollen an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es steht also im Grunde in dem gleichen Kontext wie die erfolgreiche Umsetzung im Bund, der Forderung 3+2, drei Jahre Ausbildung und zwei Jahre Arbeitserfahrung für Geduldete zu ermöglichen, und die Abschaffung der Vorrangprüfung, wo wir in der Tat Seite an Seite mit der FDP und mit vielen Arbeitgeberverbänden der Meinung waren, dass das dringend abgeschafft gehört an dieser Stelle.

(Senatorin Dr. Melanie Leonhard)

Darüber hinaus ist es so, dass das alles überhaupt gar nicht die Bemühungen um ein ordentliches Einwanderungsgesetz ersetzt. Die muss man trotzdem unternehmen. Hier geht es darum, die Weichen so zu stellen, dass man Menschen, die ohnehin hier sind, die warten, die zum Teil sechs bis zwölf Monate Wartezeit haben, bis sie von einem Sprachkurs in eine Qualifizierungsmaßnahme dürfen – was nicht gut sein kann, weil sie in der Zeit weiterhin im Sozialleistungsbezug sind –, adäquat etwas anbietet, um Integration in Arbeit und damit selbstständigen Lebensunterhaltserwerb zu ermöglichen. Das hat nichts mit Zuzugsmöglichkeiten zu tun. Das hat nichts damit zu tun, irgendwie eine Sogwirkung aufzubauen. Das ist Pragmatismus und vernünftig und es hilft, insgesamt die gesellschaftliche Akzeptanz bei uns für Zuwanderung zu erhöhen und nicht wieder die gleichen Zustände wie in den 1990er-Jahren zu produzieren. Es hilft andererseits den geflüchteten Menschen, ihren Alltag sinnvoll zu verbringen, keine Dequalifizierung einsetzen zu lassen und wenigstens an dem Grundlagenangebot, das wir ohnehin haben, was aber besser aufeinander abgestimmt sein dürfte, den Maßnahmen des Bundes und der Länder, zu partizipieren.

In diesem Sinne steht dieser Antrag. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist Pragmatismus in der Sache. Wir müssen diese Zuwanderung zu einem gesellschaftlichen Erfolg machen, eine andere Wahl haben wir gar nicht.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Senatorin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/6753 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/6753 in der Sache ab.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 21/6729, Antrag der CDU-Fraktion: Öffentlicher Nahverkehr auf der Außenalster – Pilotprojekt auf der Strecke Mühlenkamp-Jungfernstieg einrichten.

[Antrag der CDU-Fraktion:**Öffentlicher Nahverkehr auf der Außenalster – Pilotprojekt auf der Strecke Mühlenkamp–Jungfernstieg einrichten****– Drs 21/6729 –]**

Die Fraktionen der LINKEN und der AfD möchten diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Thering von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg und das Wasser, das gehört seit Stadtgründung untrennbar zueinander. Hamburg ist eine Hafenstadt, Hamburg ist eine Brückenstadt und Hamburg ist eine Wasserstadt. Um das zu verstehen, muss man sich einfach nur ein beliebiges Fahrzeug mit Hamburger Kennzeichen ansehen. Es war die Hanse, die mit ihrem Handel auf den Wasserwegen maßgeblich zur Größe der Freien und Hansestadt Hamburg beigetragen hat. Groß ist mittlerweile auch die Zahl eben jener Fahrzeuge mit den Kennzeichen HH; knapp 900 000 Hamburger Fahrzeuge fahren täglich auf Hamburgs Straßen. Die Zahl ist weiter deutlich steigend.

Es ist für jeden von uns, der auf Hamburgs Straßen unterwegs ist, offensichtlich: Die Mobilität und die Verkehrspolitik in unserer Stadt stehen dadurch vor immensen Herausforderungen. Ein Blick in den morgendlichen Berufsverkehr zeigt es uns immer wieder: Stau, Stau und noch einmal Stau. Das wirkt sich auch sehr massiv auf den öffentlichen Personennahverkehr aus. Der ist nämlich das Rückgrat unserer Mobilität in Hamburg.

Nehmen Sie zum Beispiel die Metrobuslinie 6. Diese ist insbesondere im Streckenabschnitt zwischen Mühlenkamp und Innenstadt vollkommen überlastet. Zusätzliche Fahrten zur Erhöhung der Beförderungskapazität sind dort notwendig, aber sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und am Ende des Tages extrem kostspielig. Doch auch die größtmögliche Taktverdichtung stößt irgendwann an ihre Grenzen, denn Busse tun im Stau nichts anderes als die Autofahrer, sie stehen und kommen nicht voran. Verspätungen sind die Folge und genervte Kunden obendrein.

Machen wir uns nichts vor, der Verkehrsraum ist schlicht und ergreifend ein begrenztes Gut. Das gilt für Autos, Busse, Bahn und Fahrradfahrer gleichermaßen. Da muss der Senat jetzt endlich herangehen und handeln.

Darüber hinaus haben wir in der Bürgerschaft auch schon viel darüber gesprochen. Ich nehme mich da überhaupt nicht aus. Diese Gelegenheit aber ist

(Dennis Thering)

es, die uns alle gerade dazu zwingt, bei der Gestaltung der Mobilität nach Alternativen zu schauen. Es zeichnet doch auch gerade unsere CDU-Fraktion aus, dass wir nicht nur meckern, sondern dass wir Alternativen aufzeigen. Hier haben wir eine auf dem Tisch, und da erwarten wir jetzt von der Regierungskoalition, dass man sich damit ernsthaft auseinandersetzt.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Dann muss das aber auch ein ernsthafter Antrag sein!)

Denn nach unserer festen Überzeugung bezieht ein zeitgemäßer Mobilitätsmix nicht nur Autos, Busse, Bahn und Fahrräder mit ein, sondern auch Fahren und die Schifffahrt insgesamt. Dies gilt vor allem auch für die Pendlerbewegung im morgendlichen und abendlichen Berufsverkehr. Diese sind von elementarer Bedeutung für Wohlstand und Wirtschaftskraft in unserer Stadt und müssen gerade deshalb intelligent und effizient gesteuert werden. Genau hier kommt Hamburgs eingangs skizzierte Rolle als Wasserstadt ins Spiel. Während wir uns alle an den von der HADAG betriebenen Fährverkehr auf der Elbe gewöhnt haben, so ist die Alster der letzte weiße Fleck im Hamburger öffentlichen Personennahverkehr.

Wir schlagen daher vor, den öffentlichen Nahverkehr auf der Alster wiederzubeleben und dafür ein zweijähriges Pilotprojekt einzuführen auf der Strecke Mühlenkamp–Jungfernstieg im morgendlichen Berufsverkehr von 6 Uhr bis 9.30 Uhr. Der Clou an der ganzen Sache ist, dafür sollen die bereits vorhandenen Schiffe der Alster-Touristik GmbH erhalten. Die sind nämlich bis 10 Uhr morgens nicht in Betrieb, und daher kann man hier neue Möglichkeiten schaffen.

Ich zitiere einmal eine SPD-Anfrage, die vor Kurzem vom Senat beantwortet worden ist:

"Eine Nutzung der Schiffe ist vormittags bis gegen 10 Uhr möglich."

Das ist eigentlich der Freifahrtschein dafür, dass man hier endlich ein Pilotprojekt macht, und da erwarten wir von SPD und GRÜNEN jetzt endlich auch einmal ein bisschen Mut.

(Beifall bei der CDU)

Eine Wiederbelebung ist es deshalb, weil in den Achtzigerjahren das Ganze schon einmal stattgefunden hat. Leider wurde es 1983 eingestellt, weil man damals der Meinung war, der Bus sei das Mittel der Zeit und es sei alles super. Heute wissen wir, dass der Bus auch an seine Kapazitätsgrenzen stößt und dass damals die Stilllegung des Linienverkehrs ein Fehler war. Das Ganze müssen und können wir jetzt beheben. Der öffentliche Raum wird, wie Sie wissen, immer enger. Die Zahlen im ÖPNV steigen und daher muss man hier neue Ideen entwickeln. Ganz so neu sind sie nicht,

weil es sie schon einmal gab. Von daher haben wir die Möglichkeit. Genau das bietet uns auch die Chance, nämlich dieses intelligente Verkehrssystem, die Alsterschifffahrt, wieder als weitere Möglichkeit der Mobilität in Hamburg zu integrieren.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist eine Schnaps-idee von Ihnen!)

Ich möchte Ihnen das kurz an sechs Punkten aufzeigen. Dass wir damit auf einem guten Weg sind, zeigt auch die Resonanz auf die Presseberichterstattung in den vergangenen Wochen. Ein Kollege vom "Hamburger Abendblatt" sagte mir, sie hätten nur auf wenige Berichte so viel positive Resonanz wie auf diesen. Es gibt also ein Interesse der Hamburgerinnen und Hamburger. Das, lieber Herr Kienscherf, dürfen Sie nicht ausblenden.

(Beifall bei der CDU)

Sehen wir uns als Erstes einmal die Fahrzeiten an. Wir brauchen vom Mühlenkamp bis zum Jungfernstieg mit der M6-Linie 24 Minuten, das Alsterschiff braucht 20 Minuten – wir haben 4 Minuten gespart. Das macht das Alsterschiff zu einem Alstersprinter, klarer Punktgewinn also für den Alstersprinter.

Zweiter Punkt – es kommt noch besser, warten Sie ab: Diese Alstersprinter fahren absolut planmäßig. Genau das ist der Unterschied zu den Bussen, die ständig im Stau stehen, ständig zu spät kommen. Die Alstersprinter sind pünktlich, weil es keinen Stau auf der Alster gibt. Ganz klar 2:0 für den Alstersprinter.

Dritter Punkt: Das ist die verspätungsfreie Fahrt der Alstersprinter mit einem besonderen Nebeneffekt. Wir haben nämlich nicht ständig den Stop-and-go-Betrieb, der dafür sorgt, dass das Fahrvergnügen in der Metrobuslinie M6 nicht wirklich ein Fahrvergnügen ist, und vor allen Dingen ist der Energieverbrauch bei den Alsterschiffen deutlich geringer als bei den Metrobussen, somit also geringere Treibstoffkosten. Auch hier ein ganz klarer Punkt für den Alstersprinter – 3:0.

Vierter Punkt, bei dem Sie mich bitte mit einem der am weitesten verbreiteten Vorurteile aufräumen lassen. Man hört ja immer, die Alsterschiffe seien so schadstoffbelastet. Alle Alsterschiffe entsprechen der Euronorm 6, also nicht zu vergleichen mit irgendeinem Hochseeschiff, mit einem Containerschiff, was auch von den GRÜNEN in der Bezirksversammlung Nord immer wieder angeführt worden ist. Das ist völliger Quatsch. Wir haben wenig Lärmemission bei der Wohnbevölkerung, also auch hier ein klarer Punkt für den Alstersprinter.

Sehen wir uns noch einmal die Kapazitäten an. Das Alsterschiff hat etwa 80 Sitz- und 60 Stehplätze, macht zusammen 140 Plätze. Ein normaler Gelenkbus bietet Platz für maximal 105 Fahrgäste. Auch hier sehen wir, dass 35 Menschen mehr auf diesen Alstersprinter passen als in einen Bus.

(Dennis Thering)

Auch hier ein klarer Punktgewinn für den Alstersprinter – Ergebnis 5:0.

Der sechste und vielleicht beste Punkt: Die Alsterschiffe sind bereits vorhanden und müssen nicht für teures Geld angeschafft werden. Das ist das Charmante an der ganzen Geschichte. Das Gleiche gilt auch für die Fähranlagen aus den Achtzigerjahren. Der Betrieb ist ganzjährig möglich, weil wir diese Schiffe bei einer Eisdicke bis zu 15 Zentimeter nutzen können. Auch die anfallenden Wartungskosten steigen nicht. Sie betragen umgerechnet auf 1 Kilometer beim Alsterdampfer 69 Cent und beim Metrobus 1 Euro. Die Alsterschiffe sind am Ende des Tages also deutlich günstiger als die Metrobusse. Dieses klare Ergebnis von 6:0 zeigt uns, dass die Alstersprinter ein absoluter Gewinn für den Nahverkehr in Hamburg sind, auch wenn Sie uns vielleicht gleich das Gegenteil berichten wollen. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Alstersprinter in den dreieinhalb Stunden Betriebszeit zwischen 6 Uhr und 9.30 Uhr aufs Jahr gerechnet 400 000 bis 600 000 Fahrgäste befördern können. Zum Vergleich: Ein Metrobus schafft es auf 1,4 Millionen Fahrgäste pro Jahr. Man sieht somit, welche Entlastungschance das Comeback der Alsterschiffe hat. Darum müssen wir uns jetzt dringend kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen: Sie merken wahrscheinlich, dass dieses Thema uns als CDU-Fraktion und insbesondere mir extrem am Herzen liegt. Sie merken auch, dass wir bewusst auf die Attacke verzichten, die Sie insbesondere von mir im Verkehrsbereich gewohnt sind. Wir denken, dies ist ein Thema, bei dem wir alle gemeinsam etwas bewirken können. Deshalb haben mein Kollege Christoph Ploß, Mitglied in der Bezirksfraktion Nord, und ich Anfang November 2016 allen verkehrspolitischen Sprechern die Hand ausgestreckt und gesagt: Lassen Sie uns dieses Thema gemeinsam angehen; es ist eine Möglichkeit, den ÖPNV in Hamburg deutlich attraktiver zu machen. Dieses Angebot besteht nach wie vor und ich hoffe inständig, dass Sie sich vor der Abstimmung über diesen Antrag die Frage gestellt haben, was wir zum Wohle der Betroffenen gegen die Überfüllung und Verspätung, insbesondere der Buslinie M6, tun können und wollen. Ich bin mir sicher, dass wir bei den Antworten nicht weit auseinanderliegen. In diesem Sinne geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie uns gemeinsam das Pilotprojekt Alstersprinter wagen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Koeppen von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort. – Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Debatte.

(*André Trepoll CDU:* Das Spiel ist doch schon längst abgewickelt; es steht 6:0!)

Martina Koeppen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Thering, das war ja ein Feuerwerk.

(*André Trepoll CDU:* Das war ein Feuerwerk an Argumenten!)

In der Vorweihnachtszeit besinnen wir uns immer gern auf die Tradition. Genauso ist es mit Ihren parlamentarischen Initiativen in der Bürgerschaft, denn über das Thema haben wir auf Antrag der FDP – Herr Dr. Schinnenburg hat es damals eingebracht – bereits im September 2013 diskutiert. Sie hätten eigentlich nachsehen müssen, wie wir damals abgestimmt hatten. Etwas abgewandelt und mit der Begründung zusätzlicher Kapazitäten beantragt nun die CDU eine Fährverbindung vom Mühlenkamp bis zum Jungfernstieg in der Zeit zwischen 6 Uhr und 9.30 Uhr. Ich finde es schön, dass in Ihrer Rede deutlich geworden ist, dass Sie jetzt die Busbeschleunigung verstanden haben.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Richtig! – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Einen Moment. – Meine Damen und Herren, ich versuche es noch einmal: Dieser Plenarsaal ist relativ leer – Frau Kollegin Sudmann, jetzt spreche gerade ich – und ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. Frau Koeppen, vielleicht versuchen Sie, etwas gezielter ins Mikrofon zu sprechen.

Martina Koeppen SPD (fortfahrend): Dann mache ich das jetzt einmal ganz gezielt.

In Ihrem Antrag behaupten Sie, die planmäßige Fahrzeit sei beim Alsterschiff kürzer als beim Bus und Verspätungen würde es nie geben.

(*Dennis Thering CDU:* Richtig!)

Entgegen Ihrer Aussage, Herr Thering, ist allerdings Tatsache, dass die Fahrzeit auf der Alster vom Mühlenkamp zum Jungfernstieg etwa 28 Minuten in Anspruch nimmt. Die Metrobuslinie 6 hingegen benötigt nur 21 Minuten bis zum Rathausmarkt.

(Heiterkeit bei der CDU)

In der Hauptverkehrszeit, Herr Thering, werden mit der Metrobuslinie 6 morgens stadteinwärts und abends stadtauswärts alle drei bis vier Minuten Fahrten angeboten. Sie können ja einmal überlegen, wie viele Schiffe Sie einsetzen müssen.

(*André Trepoll CDU:* Mit der Begründung brauchen wir auch keine Fahrradwege!)

(Martina Koeppen)

Außerdem ist in der Winterzeit mit einer längeren Betriebseinstellung zu rechnen. Ihre Behauptung, die Fahrzeit sei kürzer und Verspätungen kämen so gut wie nie vor, läuft daher komplett ins Leere.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der Winterzeit ist die Zahl der Nutzer des ÖPNV überaus hoch und die Menschen sind auf verlässliche Verbindungen angewiesen.

(*Dennis Thering CDU*: Weil die Alster auch immer zugefroren ist!)

Ein weiterer Punkt ist die Barrierefreiheit der Schiffe und der Anleger. Von den 18 Schiffen der Alsterflotte sind lediglich sieben barrierefrei zugänglich. Auch die Zugänge zu den Anlegern Winterhuder Fährhaus, Mühlenkamp, Mundsburg und Rabenstraße sind nicht barrierefrei. Erlauben Sie mir, sehr geehrter Herr Thering, einen Redeausschnitt des CDU-Abgeordneten Stemmann aus der Debatte vom 12. September 2013 zum damaligen FDP-Antrag vorzutragen:

(*Dirk Kienscherf SPD*: Na, das war noch ein Abgeordneter!)

"Lassen Sie mich zurückschauen. In der Zwischenkriegszeit hatten wir 6 Millionen Passagiere, später nur noch 4 Millionen. 1950 lagen die Fahrgastzahlen bei 3,4 Millionen, 1969 bei 1,5 Millionen und 1983 bei 690 000, verbunden mit einem Verlust von 1 Million D-Mark. Daraufhin wurde 1984 der Linienverkehr eingestellt und das war auch richtig so."

Diese Zahlen und Fakten, mein sehr geehrter Herr Thering, sprechen für sich. In den Jahren vor der Einstellung des Linienverkehrs hatte der Alsterverkehr lediglich einen Kostendeckungsgrad von 10 Prozent. Im Vergleich zu dem sonstigen Deckungsgrad der Hamburger Hochbahn, der bei 90 Prozent liegt, ist dieser Wert sehr gering und würde enorme Kosten für die FHH bedeuten.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Schlimm!)

Daher ist Ihre Behauptung im CDU-Antrag, der Zuschussbedarf der Stadt sei nicht höher als bei zusätzlichen Bussen, nicht korrekt.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Richtig! – *Dennis Thering CDU*: Was kostet denn so viel daran? – Gegenruf von *Dirk Kienscherf SPD*: Habt ihr zu viel Glühwein getrunken bei dem Antrag? Ihr könnt doch auch einen Ruderbootverleih aufmachen!)

Die Zahlen und Fakten sprechen für sich. Eine Wiederaufnahme des Linienverkehrs auf der Alster ist weder aus verkehrs- noch aus haushaltspolitischer Sicht vernünftig. Wir beschäftigen uns in der Verkehrspolitik mit leistungsfähigen und zügigen ÖPNV-Verbindungen für alle Hamburgerinnen und Hamburger.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Koeppen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Thering?

Martina Koeppen SPD: Herr Thering kann sich gleich noch einmal für die zweite Runde melden.

Vizepräsidentin Antje Möller: Also nein, Herr Thering. – Frau Koeppen, fahren Sie bitte fort.

Martina Koeppen SPD (fortfahrend): Es werden vom Hamburger Senat die U5, die S4 und die S21 geplant, die U4 wird verlängert, die Busse werden beschleunigt und die Haltestellen barrierefrei ausgebaut. Mit dem Verweis auf die nächste Debatte wird auch über die Kapazitäten der S-Bahn diskutiert. Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen und freuen uns, in zwei Jahren darüber wieder debattieren zu können. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Martin Bill GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit den Herbstferien führen wir diese Diskussion, die im Kern nicht neu ist. Wir führten sie in den Jahren zuvor schon einmal und führen Sie jetzt gleichzeitig auf zwei Ebenen, nämlich auf Bürgerschaftsebene und auch in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Mich wundert, dass die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte nicht eingebunden wurde, denn am Jungfernstieg sollte eigentlich die Linie dann auch ankommen.

Einmal vorweg: Natürlich ist das eine sympathische Grundidee. Ich stelle mir das so vor: Ich steige morgens ganz entspannt in die Fähre ein, habe vielleicht meinen Kehrwieber-Becher dabei und möchte einen Kaffee trinken, ich lese auf dem Handy die aktuelle Zeitung und dann habe ich noch diese tolle Alsterkulisse, vor der ich den Jungfernstieg dahinfahre.

(*Christiane Blömeke GRÜNE*: Das ist doch entspannt!)

Und wenn ich dann so ins Träumen komme, hat man fast das Gefühl, man sei in Venedig angekommen. Wenn ich dann aber die Augen aufmache, merke ich, dass ich in Hamburg und nicht in Venedig bin.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Dann merken Sie, Sie sind im Mühlenkamp und sehen ein Plakat von Thering!)

Das merkt man natürlich einerseits gerade jetzt im Winter am Wetter, aber auch daran, dass man in

(Martin Bill)

Venedig aufs Wasser angewiesen ist, in Hamburg aber auch an Land schnell und gut an sein Ziel kommt.

(Dennis Thering CDU: Und das gerade in Hamburg!)

Ich finde, man sollte Politik nicht auf Gefühle aufbauen, sondern bei solchen Debatten eher auf die Fakten blicken.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn man bei meinem skizzierten Bild auf die Fakten blickt, dann habe ich keinen Anleger in fußläufiger Entfernung. Das ist jetzt aber auch erst einmal egal. Grundsätzlich möchte ich damit sagen, dass man sicherlich nicht mit dem Bus, mit dem man auch zum Ziel fahren könnte, zum Anleger fahren wird, um in ein Fährschiff umzusteigen. Das Fahrgastpotenzial einer solchen Alternative erübrigt sich aus der fußläufigen Entfernung rund um den Anleger. Denn wir haben in Hamburg eine sehr gute Erschließung, insbesondere eine sehr gute Erschließung der sternförmigen Verbindungen in die Innenstadt. Daraus folgt am Ende, dass im Grunde nur eine Direktverbindung, beispielsweise im Mühlenkamp zum Leben, am Jungfernstieg zum Arbeiten, interessant für Pendlerinnen und Pendler wäre. Genau das ist der Unterschied zur HADAG. Bei der HADAG haben wir ein Angebot über die Elbe, wo es keine gute Alternative an Land gibt, um über die Elbe zu kommen.

(Dennis Thering CDU: Das gibt es hier auch nicht! Sind Sie einmal von Winterhude in die Stadt gefahren?)

Hier können wir mit sehr vielen Verkehrsmitteln sehr gut in die Innenstadt kommen.

Das zweite Argument ist die Fahrzeit. Natürlich mag es entspannt sein, mit dem Schiff zu fahren. Aber bei dem täglichen Arbeitsweg zählt jede Minute. Entspannung gibt es dabei meistens nicht so sehr und das Schiff zu nehmen bedeutet meistens eine wesentlich längere Fahrzeit.

(Dennis Thering CDU: Das ist doch Bullshit! Sie haben sich mit dem Thema nicht befasst!)

Sie können die Situation nicht mit der Vergangenheit begründen, von wegen, das war ja schon einmal, sondern müssen sich fragen, warum es damals eingestellt wurde. Dieses Angebot wurde nicht mehr angenommen, weil es hinsichtlich der Fahrzeit für den täglichen Verkehr unattraktiv ist. Wie Frau Koeppen richtig gesagt hat, betrugen die Fahrgeldeinnahmen nur noch 10 Prozent der Kosten, als der HVV-Tarif der Alsterschiffahrt eingestellt wurde. Wir sollten diesbezüglich kein Credo betreiben, sondern dafür sorgen, wirtschaftliche Verbindungen herzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dann kann man sich auch einmal ansehen, wann Fahrgäste einen öffentlichen Personennahverkehr attraktiv finden. Der öffentliche Personennahverkehr wird umso attraktiver, je höher die Taktzahlen sind.

(Dennis Thering CDU: Es soll keine Alternative sein, sondern eine Ergänzung! Sie verstehen es nicht, Herr Bill!)

Der Bus fährt alle 3 bis 4 Minuten; Ihr Schiff würde wahrscheinlich alle 20 Minuten fahren. Wenn ich mir aussuchen könnte, ob ich einfach aus dem Haus gehe und der nächste Bus in spätestens 3 Minuten kommt oder ob ich genau auf den Punkt am Anleger sein muss, dann würde ich mich für meine täglichen Wege immer dafür entscheiden, die Verbindung mit der hohen Taktfrequenz zu nehmen. Denn das ist ein entscheidender Qualitätsfaktor und auch da haben wir eben kein Prä bei den Schiffen.

Und das letzte Argument bei der Wahl eines Verkehrsmittels ist schlicht die Verlässlichkeit. Wie Frau Koeppen eben schon angesprochen hatte, können diese Schiffe bei Eisgang im Winter nicht fahren.

(Dennis Thering CDU: Wann haben wir denn mal so eine Situation, dass die Alster zufriert?)

– Ja, wir hoffen immer, dass die Alster zufriert, und das ist dann auch immer sehr schön. Die Alster friert auch schon zu, bevor man sie betreten darf.

(Dennis Thering CDU: Bis 15 Zentimeter! Habe ich doch gesagt!)

Es gibt eine gewisse Zeitspanne davor und eine gewisse Zeitspanne danach. Da sieht man doch beispielsweise bei der Fähre Crantz–Blankenese ganz genau, was passiert, wenn sich eine Pendlerin oder ein Pendler nicht darauf verlassen kann, dass diese Fähre auch wirklich an dem Ort abfährt, der im Fahrplan aufgeführt ist. Dann wird die Fähre nämlich schlicht nicht benutzt. Also insgesamt eine charmante Idee, die die Fakten leider nicht untermauern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE bekommt nun das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Vorab möchte ich eines sagen: Ich teile die Begeisterung vieler Hamburgerinnen und Hamburger, sich auf dem Wasser fortzubewegen.

(Gerhard Lein SPD: Stand-up Paddling!)

(Heike Sudmann)

– Von mir aus auch Stand-up Paddling, aber es ging jetzt mehr um öffentlichen Personennahverkehr.

Ich glaube, das Problem bei Rot-Grün ist, dass Sie nicht dazu bereit sind, über diesen Ansatz zu reden. Es ist sehr lobenswert, dass Herr Thering sich überlegt, wie man den öffentlichen Personennahverkehr stärken kann, dass Herr Thering sogar sagt, die Busse stünden im Stau. Wir nähern uns langsam dem Punkt, Herr Thering, an dem Sie sagen werden, es gebe eine Lösung für den Stau der Busse, nämlich Busspuren. Wir kommen der Sache langsam näher. Aber ich hege große Sympathien dafür, dass wir gemeinsam überlegen, weswegen die Alsterfähren damals eingestellt worden sind. Es war ein sehr großes Defizit. Was kann man tun, damit das Defizit nicht mehr entsteht? Ich glaube, es kann nicht in Ihrem Interesse sein,

(Dennis Thering CDU: Machen Sie es doch als Pilotprojekt!)

dass höhere Defizite dazu führen, dass die Fahrpreise des HVV weiter steigen. Es kann auch nicht in Ihrem Interesse sein, dass wir über einen öffentlichen Personennahverkehr reden, der vielleicht einen 20- oder 30-Minuten-Takt hat, denn es ist völlig klar, dass das nicht attraktiv ist. Heute streiten wir uns schon um jede Minute, die man vielleicht umsonst warten muss; es muss also ein kürzerer Takt sein.

Es gibt also sehr viel, worüber wir gern im Ausschuss diskutieren würden. Folgendes geht jetzt an Rot-Grün: Es ist mir ehrlich gesagt ziemlich egal, ob es im Ausschuss Hamburg-Nord diskutiert wurde. Ich möchte es auch in der Bürgerschaft diskutieren und verstehe nicht, warum Sie sich dieser Diskussion nicht stellen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dennis Thering CDU)

Wir können prüfen, was in Hamburg-Nord gewesen ist, welche Ideen man dort hatte, was dort gesagt wurde. Aber jetzt einfach zu sagen, ach nein, das komme alle drei Jahre wieder, ist mir ehrlich gesagt zu billig. Dann kann Herr Thering im Ausschuss noch einmal darstellen, wie es im Winter ist. Im Winter ist das Angebot auf einmal eingestellt. Dann können Sie auch darstellen, was eigentlich passiert, wenn das Angebot so attraktiv ist, dass zig Hunderte fahren wollen und die Schiffe überfüllt sind, aber man 20 Minuten lang warten muss. Das alles sollten wir vernünftig im Ausschuss diskutieren und nicht einfach heute Nein dazu sagen. Da es wahrscheinlich keine Ausschussüberweisung gibt, Herr Thering, werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten. Aber wir würden gern einmal sehen, ob wir darüber im Ausschuss zu einer vielleicht weitergehenden Verständigung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist natürlich Zufall, aber bezeichnend. Ausgerechnet an dem Tag, an dem sich endgültig herausstellt, dass Hamburg deutsche Stauhauptstadt ist und im europäischen Vergleich an vierter Stelle steht – nur London, Paris und Rom sind noch schlimmer –, kommt heraus, dass die Hamburger rot-grüne Verkehrspolitik völlig versagt hat, die Autofahrer quält und Kosten von mehr als 7 Milliarden Euro verursacht. Genau an dem Tag sagt uns Rot-Grün, das sei eine neue Idee, die sie nicht im Ausschuss besprechen wollten. Das ist nichts anderes als ein Zeichen dessen, dass man nicht bereit ist, auch nur ein kleines bisschen darüber nachzudenken, was man besser machen könne. Ihre Ablehnung der Ausschussüberweisung ist ein Armutszeugnis; das kann man nicht anders sagen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der AfD und bei Dennis Thering CDU)

Man kann lange über alle Details diskutieren, aber in der Verkehrssituation, in der Hamburg sich befindet, muss es möglich sein, über jede nur denkbare Möglichkeit nachzudenken und im Ausschuss zu diskutieren, wie man die Verkehrssituation in Hamburg verbessern kann. Wer das verweigert, verweigert sich irgendeiner kreativen Lösung und macht nichts anderes als nicht produktive Verkehrspolitik.

Wir sind der Meinung, dass jede Art von Verkehrsweg genutzt werden muss, um den Menschen das Los zu erleichtern. Was bietet sich besser an als der Wasserweg, gerade in einer Stadt wie Hamburg? Darum ist es in der Tat richtig, den CDU-Antrag wie auch die Überweisung an den Ausschuss zu unterstützen und dort wenigstens über ein Pilotprojekt zu diskutieren, um auch die Alster zu nutzen, um Busse und Bürger zu entlasten. Das ist vom Ansatz her ein völlig richtiger Antrag.

Allerdings würden Juristen – das hatte Frau Koepen schon angedeutet – sagen, das sei ein Minus gegenüber dem, was wir schon in der Tat vor drei Jahren beantragt hatten. Ihr Kollege Stemmann von der CDU, der der Bürgerschaft nicht mehr angehört, hat zu unserem Antrag gesagt, dieser Vorschlag sei rückwärtsgewandt. Ich freue mich, dass die CDU nun dazugelernt hat und unseren Vorschlag von vor drei Jahren in abgespeckter Form aufgreift. Wir hatten damals nicht nur eine Verbindung zwischen Mühlenkamp und Jungfernstieg beantragt, sondern dass die gesamte Alsterkreuzfahrt dem HVV zugerechnet werden solle. Wir hatten dies damals, übrigens auch in finanzieller Hinsicht, schon einmal durch Anfragen vom Senat erfragt. Wenn ich jetzt höre, das alles sei zu teuer, man

(Dr. Wieland Schinnenburg)

könne es sich nicht leisten, dann schauen wir uns doch die Zahlen an, nicht für den CDU-Vorschlag, der ein kleiner Vorschlag ist, sondern für das Thema insgesamt. Die gesamte Alsterkreuzfahrt per HVV-Ticket zugänglich zu machen, wird etwa 1,1 Millionen Euro kosten, so der Senat laut Drucksache 20/8700. Umgekehrt würden Einnahmen über 570 000 Euro entstehen, also Gesamtkosten über 500 000 Euro, und zwar für die gesamte Nutzung. Bei den drastischen HVV-Tarifierhöhungen, die Sie jedes Jahr dem HVV oder für Ihre alberne Weiße-Farbe-Pinselei auf Hamburgs Straßen ermöglichen, die viel mehr Geld kostet, wären diese 500 000 Euro ohne Weiteres machbar. Das Finanzargument ist kein Argument.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wie ich schon sagte, werden wir dem CDU-Antrag und auch einer Ausschussüberweisung zustimmen. Ansonsten sehen wir das mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit einem weinenden Auge, weil es Schicksal der FDP ist, programmatisch immer weit voraus zu sein, auch der CDU weit voraus zu sein, und es braucht immer ein paar Jahre, damit auch die CDU aufschließt.

(Beifall bei Jennyfer Dutschke FDP)

Wir hoffen, dass auch Rot-Grün in weiteren drei Jahren aufschließt. Sie können sich darauf gefasst machen: Wir als FDP werden immer konstruktive, zukunftsweisende Vorschläge machen und nach und nach kommen die anderen Parteien auch auf die Idee. Wir kämpfen dafür. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn Herr Thering mir schon verbale Schläge androht hat für den Antrag, den wir zur U4 gestellt haben, möchte ich ihm an dieser Stelle für die Initiative und für sein Vorgehen danken, dass er nämlich die Wiederaufnahme des Linienverkehrs der Alsterschiffe offen diskutieren wollte, entsprechende Schreiben herumgeschickt und dazu eingeladen hat, Ideen zu sammeln und sich konstruktiv damit zu beschäftigen. Ich hatte gedacht, das sei ein Vorgang, der gang und gäbe ist. Nach wenigen Wochen hat mir die rot-grüne Regierung aber ganz schnell den Zahn gezogen, dass es eben doch die Ausnahme ist oder gar nicht stattfindet, und Herr Thering hat gezeigt, dass es geht, wenn man will und unvoreingenommen den Meinungsaustausch sucht.

Zu Ihrem Antrag: Wir wissen, dass es in der Vergangenheit bereits mehrfach den Versuch gab,

diese Linienschiffahrt wiederzubeleben. Er scheiterte oft an den Bedenken, die es dort insbesondere in finanzieller Hinsicht gab. Aber Dinge wandeln sich, unterliegen Veränderungen und mit den Veränderungen verändern sich die Menschen und auch ihr Nutzungsverhalten und Nachfrageverhalten.

Wer sagt denn, dass heute nicht vielleicht auch 1 Million Fahrgäste diese Linienschiffahrt nutzen würden? Warum denn nur diese 700 000, die im Jahr 1983 während der Stilllegung festgehalten wurden, oder vielleicht auch 1,5 Millionen Fahrgäste? In den Spitzenzeiten, jetzt nicht die direkten Nachkriegsjahre mitgerechnet, wurden 3,4 Millionen Fahrgäste mit der Alsterflotte transportiert. Aber warum sollten denn mehr Menschen dieses Verkehrsmittel nutzen? Vielleicht weil Busse und Bahnen insbesondere in den Verkehrsspitzen Jahr für Jahr voller und überlasteter sein werden, weil der Ausbau des ÖPNV nicht Schritt hält mit den gewünschten Zuwachsraten der Fahrgastzahlen? Oder vielleicht auch, weil in der Staustadt Nummer 2 in Deutschland nach Stuttgart auch die Busse weitestgehend im Stau stecken – wobei wir schon gehört haben, dass Schiffe nicht die einzige Lösung sind; ist schon klar. Vielleicht aber auch, weil weiterhin die Autofahrstreifen ohne sachliche Begründung von Rot-Grün durch Radfahrstreifen ersetzt werden und der Stau daher zunehmen wird? Weil Betriebsstörungen oder Wartungsarbeiten zu langen Wartezeiten für die Fahrgäste führen? 18 geplante Betriebsunterbrechungen mit 139 Tagen Ausfallzeit bei der S-Bahn im Jahr 2016, die einen Umstieg auf den Schienenersatzverkehr erzeugen?

Beide Zahlen sind jetzt schon Spitzenwerte der letzten fünf Jahre und das, obwohl wir November und Dezember 2016 noch nicht einmal mit dabei haben. Der Alsterdampfer hingegen bietet Reisekomfort und Zuverlässigkeit. Reisekomfort, ein Aspekt, der in stehplatzoptimierten Bussen, so O-Ton HVV, wirklich immer sehr kleingeschrieben wird, wird hier einmal großgeschrieben. Die Zuverlässigkeit entwickelt sich daraus, dass es keinen Stau auf der Alster gibt – daher absolute Verlässlichkeit in den Fahrplanzeiten. Obwohl schneller als der Metrobus 6 – hier widerspreche ich Frau Koeppen, ich habe eben gerade noch einmal im HVV-Infosystem nachgeschaut – entschleunigt dieser Dampfer das Leben und das bei einmaliger Aussicht. Mein Eindruck ist, dass die Anzahl der Menschen, die das zu schätzen wissen, im Wachsen ist – zum Glück. Ausgerüstet mit einem Anlegemagnet ist dadurch ein kostenoptimierter Einmann-Betrieb möglich. Dazu gehört, dass die Alsterdampfer eine der meist fotografierten Sehenswürdigkeiten sind. Ich glaube, hierzu könnte man auch einmal einen Gedanken an lukrative Werbeeinnahmen verlieren. Und dann, glaube ich, ist die eben angesprochene Klientel, die Reisekomfort

(Detlef Ehlebracht)

und Zuverlässigkeit zu schätzen weiß, vielleicht auch dazu bereit, irgendeinen Zuschlag für Schnellbus oder Dampfer zu bezahlen. Das sind alles Dinge, über die man sprechen kann, über die man sich einmal Gedanken machen kann. Aber wir haben ja schon gehört, dass die SPD das nicht nötig hat.

Die verschiedenen Argumente gegen diesen Dampfereinsatz, die wir jetzt gerade gehört haben, scheinen manchmal ein bisschen vorgeschoben zu sein. Das kann man zum Beispiel an der Schriftlichen Kleinen Anfrage von Herrn Buschhüter festmachen. Für die Verbindung Mühlenkamp–Jungfernstieg wurde die Alsterkreuzfahrt im Zickzack zugrunde gelegt, die 28 Minuten braucht. Gut, wenn ich jetzt die streckenoptimierte Fahrplanlinie von 1977 nehme, die 21 Minuten dauerte, zeigt diese einseitige und vorurteilsbehaftete Vorgehensweise, dass man das einfach nicht will. Es ist nicht die eigene Idee, also muss sie schlecht sein – glauben Sie mir, das kenne ich zur Genüge – und wird abgelehnt.

Ein Pilotprojekt, mit dem untersucht werden soll, ob die Linienfahrt, wie im Antrag gefordert, mit dem Alsterdampfer wieder aufgenommen werden kann, unterstützen wir selbstverständlich. Wenn dabei herauskommt, dass nur 700 000 Fahrgäste damit fahren, dann sind das 700 000 Fahrgäste, die nicht die Busse, nicht die Bahn, nicht die Straße belasten, und wir müssen uns fragen, was uns das wert ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt nun Herr Thering von der CDU-Fraktion.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns in einer Debatte befinden und die diversen Gesprächsrunden doch vielleicht außerhalb des Plenarsaals fortgesetzt werden, auch Gesprächsrunden auf der Senatsbank. – Herr Thering, Sie haben das Wort.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Koeppen, Ihre Unwissenheit ist wirklich erschreckend. Sie hätten sich einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Bezirksversammlung Hamburg-Nord unterhalten müssen. Dort haben wir nämlich aufgezählt, wie gut das Ganze funktioniert und wie groß die Unwissenheit dort war. Das gehört zu einer vernünftigen Debattenvorbereitung dazu. Hätten Sie das gemacht,

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Nicht so lehrerhaft!)

dann hätten Sie sich unseren Antrag und vor allem auch das penibel ausgearbeitete Konzept angesehen. Unser ausdrücklicher Dank gilt Herrn Doege

und Herrn Kühl vom Fahrgastverband und dem Verkehrsplaner, die viel Zeit hineingesteckt haben und im Gegensatz zu Ihnen viel Know-how mitbringen und zeigen, wie es in unserer Stadt auch anders gehen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Frau Koeppen, wenn Sie jetzt versuchen, das Busbeschleunigungsprogramm ins Spiel zu bringen und wenn es Ziel Ihrer Busbeschleunigung war, die Busse im Stau stehen zu lassen und sie zu entschleunigen, dann haben Sie vieles falsch gemacht. Dann hätte man die 250 Millionen Euro auch anders investieren können. Da hätten wir nämlich ordentlich etwas mit den Alsterfähren machen können. Sie haben wieder einmal auf das falsche Pferd gesetzt und das zeigt, wie ineffektiv Ihre SPD-Verkehrspolitik ist.

Sie haben es offensichtlich nicht verstanden, dass die Schiffe die Busse nicht überflüssig machen sollen, sondern eine sinnvolle Ergänzung dazu sein sollen. Dass die SPD und die GRÜNEN in Teilen bei der Verkehrspolitik ziemlich wenig innovativ sind, war uns bekannt. Aber dass Sie versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen, ist peinlich. Die anderen Fraktionen, ob LINKE, AfD oder FDP, haben verstanden, wie es funktioniert, dass wir eine deutliche Fahrzeitverkürzung haben. Sie sind nämlich von ganz falschen Grundannahmen ausgegangen. Die Alstersprinter sind deutlich schneller, sie sind komfortabler, sie haben keine Verspätungen, sie haben weniger Schadstoffe, sie sind ganzjährig zu benutzen. Herr Bill, wenn Sie uns irgendetwas von der zugefrorenen Alster erzählen, dann sagen Sie mir, wann in den letzten Jahren die Alster mehr als 15 Zentimeter dick zugefroren war. Das wäre schön, meine Tochter würde sich freuen, wenn das einmal wieder der Fall ist. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass das kaum der Fall ist. Daher läuft auch dieses Argument wieder einmal mehr ins Leere.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Über den Platzaspekt müssen wir nicht reden. Es sind alles Punkte, die für den Alsterdampfer und gegen die M6 sprechen. Von daher zeigt es einmal mehr, dass Sie hier nicht mutig genug sind. Wir haben ein Pilotprojekt über zwei Jahre gefordert. Hätte man dann festgestellt, dass das alles nicht funktioniert, wie die CDU sich das vorgestellt hat, dann hätten wir über alles reden können. Aber das Mindeste wäre gewesen, das haben meine Vorredner auch gesagt, dass man sich der Diskussion im Ausschuss gestellt hätte, dass man sich dort Experten dazugeholt hätte. Und wenn die Experten gesagt hätten, Herr Thering, Sie liegen mit Ihrer Rechnung völlig falsch, dann ist das auch in Ordnung und eine Erkenntnis. Aber sich überhaupt nicht mit dem Thema zu beschäftigen und zu sagen, das passe Ihnen nicht, liegt einmal mehr daran, dass Sie im Ausschuss nicht darüber reden

(Dennis Thering)

wollen, weil Sie wissen, dass Ihr Kartenhaus dann zusammenfallen würde und die Opposition und in dem Fall unser Antrag recht bekommen würden. Das ist einmal mehr ein peinliches Schauspiel dieser Koalition. So bringen Sie unsere Stadt nicht voran.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Dabei sind wir hier alle mehr Experte als du! – *Dirk Kienscherf SPD*: Sie können doch gar nicht sachlich!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – und ich sehe keine weiteren –, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen und den Antrag aus Drucksache 21/6729 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen dann über den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 21/6729 in der Sache ab.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 64, Drucksache 21/6763, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung frei zugänglich machen – Forcierung der Umsetzung einer "Open-Access-Strategie" für Hamburg!

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung frei zugänglich machen – Forcierung der Umsetzung einer "Open-Access-Strategie" für Hamburg!

– Drs 21/6763 –]

Hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, auf die Debatte zu verzichten.

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen.

Wer stimmt also einer Überweisung der Drucksache 21/6763 an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte dem Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/6763 seine

Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 53, Drucksache 21/6747, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Refinanzierung Tarifierhöhung zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienst 2016 sicherstellen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Refinanzierung Tarifierhöhung zur Aufwertung
des Sozial- und Erziehungsdienst 2016 sicherstellen**

– Drs 21/6747 –]

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Refinanzierung der Tarifierhöhung zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes muss für 2016 gesichert werden. Die Finanzierung von Tarifierhöhungen ist ein generelles Problem in Hamburg. Die Refinanzierung dieser Erhöhung in voller Höhe ist regelhaft bei Zuwendungsempfängern nicht vorgesehen. Die sogenannten Tarifverstärker reichen nicht aus. Oft werden in den Bezirken Restmittel benutzt. Die Stadt Hamburg nimmt den niedrigsten TV-L zur Grundlage, aber nicht den für Kommunalfinanzierung und höhere Finanzierung geltenden TVöD. Ebenso ein Problem ist die Begrenzung der Refinanzierung auf 1,5 Prozent im Haushaltsplan.

Dagegen ist die Refinanzierung der Kita-Träger für die normalen jährlichen Tarifierhöhungen gut geregelt. Bei Kitas werden Tarifierhöhungen und Preissteigerungen des Jahres in Folgejahren mit einer daraus resultierenden Steigerungsrate refinanziert. Im Fall der Finanzierung der Tarifierhöhungen, die sich aus der Umsetzung einer neuen Entgeltordnung zur Aufwertung des Berufs ergeben, verhält es sich allerdings anders. Die Arbeitsvereinigung Hamburg, AVH, in der die Elbkinder, die Rudolf-Ballin-Stiftung, der Hamburger Schulverein, der ASB und das Studentenwerk tarifliche Vereinbarungen getroffen haben – das sind etwa 40 Prozent der Beschäftigten im Bereich der Kita –, bekommt diese Erhöhung. Die Refinanzierung in Form der Steigerung der Personalpauschalen folgt dem Kita-Gutscheinsystem, aber nur entweder für alle oder für keinen. Das heißt, wer Tarif zahlt, bekommt diese Erhöhung nicht, sondern jeder kriegt das Gleiche, wenn das vereinbart wird. Das bedeutet de facto, dass die Träger aus ihrer eigenen Kasse zahlen.

Vor dem Hintergrund, dass in diesem Bereich eine sehr gute Arbeit geleistet wird und Träger in der Regel entweder durch mehr Kinder in der Gruppe oder durch zusätzliche Pauschalen für Sachkosten

(Mehmet Yildiz)

ermöglichen müssen, ihre Tarife zu finanzieren, ist die Folge – da die Rahmenbedingungen auch im Bereich der Kita leider noch tagtäglich verschlechtert werden –, dass auch der Krankenstand im Bereich der Kita steigt. Im Bundesdurchschnitt hat Hamburg den größten Krankenstand im Bereich Kita; nur bei der Vereinigung sind das etwa 10 Prozent.

Da meine Rednerkolleginnen und -kollegen mich gleich darauf ansprechen werden, dass ich wieder Geschichten erzähle,

(Beifall bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

möchte ich, ohne den Namen der Kita zu nennen, aus einem Elternbrief zitieren, der zu diesem Antrag und zu diesem Thema sehr schön passt:

"Seit Langem beobachten wir den Erziehernotstand Kita. Nun hat es unsere Krippe erwischt. Zur Situation unserer Gruppe: Derzeit besteht sie aus 16 Krippenkindern. Das hat auch Folgen für die Beschäftigten. Wenn wir tatsächlich wollen, dass im Bereich der frühkindlichen Bildung die Qualität in den Vordergrund gestellt wird, Kolleginnen und Kollegen vernünftig entlohnt werden und wenn der Träger mehr Personal für die Qualität einstellen kann, sodass Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit machen können, damit unsere Kinder gut betreut und unterstützt werden, muss der Hamburger Senat den Schritt machen, dass in der Vertragskommission auf die Forderungen der Träger eingegangen wird."

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir damit auch die Abwanderung der Fachkräfte in Nachbarbundesländer verhindern wollen, darf das nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern der Senat muss da den Schritt nach vorn wagen. Außer Hamburg sind Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf diese Forderungen eingegangen. Nach dem bundesweiten Abschluss dieses Entgelts bezahlen sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem geltenden Tarif. Nur so lässt sich die Aufwertung des Berufs und damit die Gewinnung weiterer Fachkräfte, was wir alle wollen, umsetzen. Nur so lässt sich die drohende Abwanderung von Fachkräften ins Hamburger Umland vermeiden. Ich kann Ihnen viele Beispiele nennen,

(*Arno Münster SPD*: Eines würde uns reichen!)

wo Kollegen wegen der Arbeitsbedingungen, die in Randgebieten besser sind, nicht in Hamburg, sondern zum Beispiel in Quickborn arbeiten.

Der Senat sollte auf die Forderungen der Träger eingehen, damit wir eine Refinanzierungsregelung nicht nur für 2016, sondern auch für 2017 und 2018 bekommen. Wir bitten darum, dem Antrag

zuzustimmen und dass der Senat in diesem Bereich den Schritt wagt, die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall bei der LINKEN)

2010 gab es eine ähnliche Situation in Hamburg. Es gab eine Vereinbarung auf Bundesebene und diese Vereinbarung wurde von Schwarz-Grün weiter verschoben. Das hatte zur Folge, dass es immer mehr Widerstand in der Stadt gab. Später ist Herr Wersich darauf eingegangen, diese Forderungen wurden übernommen und die Kolleginnen und Kollegen konnten nach Tarif bezahlt werden. Da im Kita-Bereich nicht nach Tarif, sondern nach Personalpauschalen finanziert wird, sollten wir irgendwann einmal darüber diskutieren, ob wir nicht die tatsächlichen Kosten im Personalbereich ansetzen, zumindest die Tarifkosten, sodass jeder das Gleiche bekommt. Das hat de facto folgenden Effekt: Wer nach Tarif zahlt, hat wenig – das ist auch richtig, dass sie nach Tarif zahlen –, aber wer nicht nach Tarif zahlt, hat viel Geld in der Kasse. Sie können natürlich auch mehr Personal einstellen. Aber es kann nicht sein, dass in dem Bereich, in dem am meisten Frauen in Teilzeitarbeit beschäftigt sind, Altersarmut erwartet. Wenn wir das tatsächlich vermeiden wollen, müssen wir dafür sorgen, dass alle das gleiche Geld bekommen und davon leben können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Stoberock von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Tim Stoberock SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Links-Partei, zu Ihrem Antrag ist zum einen zu sagen, dass wir es weder für notwendig noch für besonders hilfreich halten, die derzeit laufenden Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag mit einem Antrag in der Bürgerschaft zu begleiten.

(Beifall bei der SPD)

Der Landesrahmenvertrag behandelt nämlich hochkomplexe Themen mit einer Vielzahl von Faktoren und Stellschrauben. Insofern ist das Petitum in Ihrem Antrag mit der Aufforderung an den Senat, die Gespräche – ich zitiere –

"[...] zu einem Abschluss zu bringen",

leider etwas schlicht und vor allem auch sehr einseitig. Für den Abschluss von Verträgen – dafür muss man kein Jura studiert haben – braucht man mindestens jeweils zwei Partner.

Auf der anderen Seite gibt Ihr Antrag mir aber auch erst einmal die Möglichkeit zu sagen, wie froh wir alle darüber sind, dass die sehr strapaziöse Tarifaufeinandersezung im Frühsommer 2015, an

(Dr. Tim Stoberock)

die sich viele noch eindrücklich erinnern können, einvernehmlich beendet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Ein Streik, der mit wochenlangen Kita-Schließungen sehr viele Hamburger Familien an den Rand des Nervenzusammenbruchs gebracht hat. Nun aber gilt es, das Ergebnis der Tarifauseinandersetzungen klug in die derzeit laufenden Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen einzubringen, denn Gegenstand der Verhandlungen ist natürlich auch die Refinanzierung des Tarifabschlusses für den Sozial- und Erziehungsdienst.

Daneben streben die Verhandlungen über den Landesrahmenvertrag aber auch an, den Schlüssel in den Kitas wesentlich zu verbessern, indem wir die Betreuungsquote im Krippenbereich schrittweise auf 1:4 verbessern. In diesem Bereich haben wir schon sehr viel erreicht. So haben wir als ersten Schritt für den Krippenbereich bereits ab 1. April letzten Jahres – übrigens auch direkt nach Untersuchungsende der sehr oft zitierten Bertelsmann-Studie – für die Kinder bis einschließlich 24 Monaten, also zwei Jahren, den Personalschlüssel um 10 Prozent verstärkt. Der nächste Schritt erfolgte dann am 1. August dieses Jahres; da wurden die Personalwochenstunden für das Erziehungspersonal bei allen Leistungsarten für die Kinder von 25 Monaten bis 36 Monaten, also für die zwei- bis dreijährigen Kinder, um 10 Prozent angehoben. Da in dieser Altersgruppe die Besuchsquote von den Kindern um einiges höher ist, hat diese Verbesserung eine noch deutlich größere Zahl an Kindern erreicht. Darüber hinaus haben wir schon Anfang des Jahres das Kita-Plus-Programm auf die Krippen ausgeweitet und in rund 320 Kitas die Personalausstattung um immerhin 12 Prozent erhöht. Ich glaube, dass wir damit sehr viel tun, um die Nachteile von Kindern aus sozial schwachen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund bestmöglich zu kompensieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit tun wir sehr viel. Ich denke, dass diese Herausforderung auch Gegenstand der Verhandlungen um den Landesrahmenvertrag sein wird. Wir alle wissen, dass diese Aufgabe gesamtgesellschaftlich eine der wichtigsten ist. Als Vater von drei kleinen Kindern, die teilweise in den Kindergarten gehen, spreche ich im Namen sehr vieler Eltern in dieser Stadt, die sagen, die Betreuungssituation sei entscheidend. Diesbezüglich haben wir, wie ich eben dargelegt habe, schon einiges erreicht und noch einiges vor.

Wir haben aber nicht nur Schritt für Schritt die Betreuungsqualität verbessert, sondern auch die Rechtsansprüche ausgeweitet und umgesetzt sowie die weitgehende Beitragsfreiheit geschaffen. Auch dafür möchte ich Ihnen noch ein paar Bei-

spiele nennen. Eine Bekannte von mir wohnt in einer Kommune in Schleswig-Holstein und muss für ihr Kind 500 Euro monatlich für sechs Stunden Betreuung bezahlen. Ich muss bei ungefähr gleichem Einkommen für meinen Sohn für die gleiche Betreuungszeit 115 Euro zahlen. Mit dieser weitgehenden Beitragsfreiheit entlasten wir gerade Familien massiv und sorgen dafür, dass es sich gerade auch für Frauen tatsächlich wieder lohnt, arbeiten zu gehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig machen wir Hamburg für junge Familien attraktiver, weil man außerhalb Hamburgs monatlich oft sehr hohe Beiträge für die Kinderbetreuung einkalkulieren muss. Ein kleines Beispiel dafür: Ein Fraktionskollege von mir wollte mit seiner Frau und seinem Sohn ins Niedersächsische ziehen. Nachdem er sich die dortigen Betreuungskosten angesehen hatte, war das einer der Gründe, davon Abstand zu nehmen. Lieber Arno, ich bin froh, dass du jetzt noch näher an deiner Enkelin dran bist. Ich bin mir sicher, du bist ein toller Opa.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Abgesehen von den Kosten hat man außerhalb Hamburgs oft nicht die Gewähr, dann auch tatsächlich einen Kindergartenplatz in der eigenen Nachbarschaft zu finden. Ich glaube, dass wir in Hamburg sehr gut darin sind, für nahezu jedes Kind in der Nachbarschaft einen Kita-Platz finden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass die Verhandlungsergebnisse, die die BASFI derzeit aushandelt, bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen sehr viel helfen werden. Aber natürlich sind es auch komplexe Verhandlungen, bei denen eine Vielzahl von Interessen gebündelt werden muss. Das sind natürlich auch Interessen wirtschaftlicher Art. Bei diesen doch sehr komplexen Verhandlungen ist es sicherlich nicht hilfreich, dem Senat noch während der Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag einen mangelnden Willen zur Refinanzierung der gestiegenen Personalkosten zu unterstellen – nicht nur nicht hilfreich, man kann auch fast sagen, böswillig. Nein, die Vertragsverhandlungen sollten konstruktiv weitergehen und abgeschlossen werden, wenn ein wirklich gutes Verhandlungsergebnis vorliegt, das trägt und weiterhin ermöglicht, was wir seit 2011 umgesetzt haben und in den nächsten Jahren weiterhin umsetzen werden, nämlich unseren Dreiklang, bestehend aus erstens Ausweitung und Umsetzung der Rechtsansprüche, zweitens der Schaffung weitgehender Beitragsfreiheit und drittens der Verbesserung der Betreuungsqualität für die frühe Bildung und die Betreuung. Ein wirklich schöner Dreiklang, der von uns als Bürgerschaft, übrigens teils auch mit den Stimmen der

(Dr. Tim Stoberock)

Opposition, verbindlich beschlossen wurde und den wir mit dem Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN noch wesentlich beschleunigt haben.

Abschließend, denke ich, sollten wir der BASFI bei den weiteren Vertragsverhandlungen keine Stöcke zwischen die Beine werfen. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dora Heyenn fraktionslos)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt weder Beispiele noch Geschichten mitgebracht. Grundsätzlich möchte ich vorab sagen – da gebe ich dem Kollegen Stoberock völlig recht –, dass auch wir den Antrag ablehnen werden, weil wir der Meinung sind, dass den Verhandlungsergebnissen nicht vorweggegriffen werden sollte – aber mit dem großen Unterschied, dass ich den Antrag der LINKEN nicht unter Bösartigkeit subsumiere, sondern unter: Wehret den Anfängen.

Bekanntermaßen bin ich keine Kita-Expertin und muss Ihnen jetzt auch nicht viel zum Thema Betreuungsschlüssel erzählen; das wissen Sie alle. Aber eines weiß ich: Wer A sagt, muss auch B sagen. Bei der Tarifautonomie geht es immer wieder darum, dass sie nicht hinterrücks ausgehebelt wird, sondern dass das, was zwischen den Sozialpartnern vereinbart wird, auch praktisch von allen mitgetragen wird. Wir wissen auch – das kennen wir alle aus den langen Debatten, Beispiel Stadtteilkulturhäuser, Bürgerhäuser –, dass der Senat sich manchmal etwas schwer damit tut, die Tarifsteigerungen bei den Trägern auszugleichen. Das geht natürlich nicht. Denn wenn man sich zum Thema Tarifautonomie vorn bekennt – was wir alle tun und sehr gut ist –, dann muss man natürlich auch in der vollen Konsequenz dazu stehen. In der letzten Zeit war das immer so. Deshalb ist dieses mahnende Signal unter dem lang anhaltenden Druck der Fraktion DIE LINKE gar nicht so schlecht. Auf der einen Seite hü, auf der anderen Seite hott – das ist einfach scheinheilig.

Frühkindliche Bildung ist für uns alle ein wichtiges Thema. Zu Recht heben wir es alle auf ein hohes Podest. Es ist sicher kein Anreiz für die Erzieher, wenn wir die Tarifsteigerungen nicht berücksichtigen, und sicherlich auch kein besonders gutes Signal der Wertschätzung.

Wie dem auch sei, Sie könnten sich jetzt zu Recht fragen, warum wir wie schon angekündigt den Antrag ablehnen. Zwei Gründe sprechen dafür. Zu Ziffer 1, ich bin Pragmatikerin: Zu den Gesprächen im Interesse aller Beteiligten – großes Ausrufezeichen: aller Beteiligten – sollte eine gute Lösung

gefunden werden. Ein künstliches Ende der Verhandlungen zu schaffen wäre kontraproduktiv. Ziffer 2 lehne ich vollen Herzens ab, weil ich nicht der Meinung bin, dass es Aufgabe des Senats ist, die Träger abzufragen, wie viel Geld sie benötigen und ob sie mit ihren finanziellen Mitteln zurechtkommen. Dem kann ich leider nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Anna Gallina GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Yildiz, manchmal, glaube ich, haben Sie das Vergütungsmodell im Kita-Bereich immer noch nicht so richtig verstanden. In der Eckpunktevereinbarung hat die Stadt den Kita-Trägern eine bestimmte Vergütung zugesagt und dafür wiederum die Zusage erhalten, dass unsere Kitas zukünftig einen besseren Betreuungsschlüssel bekommen – Herr Stoberock hat ausgeführt, wie weit wir in diesem Bereich schon gekommen sind. Aber es muss doch auch klar sein, dass Kern des Kita-Gutscheinmodells ist, dass nicht jede Erzieherinnen- und Erzieherstelle mit der Stadt einzeln abgerechnet wird, sondern dass die Träger für die Zahl der zu betreuenden Kinder eine Pauschale erhalten, mit der sie autonom wirtschaften können.

Nun haben die Tarifparteien sich auf Tarifsteigerungen geeinigt, die die tarifgebundenen Träger vor die Aufgabe stellen, mit diesen zur Verfügung stehenden Mitteln so zu wirtschaften, dass sie die tarifgemäße Bezahlung leisten können. Natürlich bedeutet das dann auch, dass diese Tarifsteigerungen in den aktuellen Verhandlungen zwischen Trägern und Stadt für die zukünftige Kostenerstattung berücksichtigt werden müssen. Wir haben oft genug an dieser Stelle über den Landesrahmenvertrag gesprochen; ich finde es schade, dass er noch nicht fertig verhandelt ist. Auch mir dauert es manchmal etwas zu lange, aber es ist eben so. Die Verhandlungen dauern an und wir wissen, dass wir uns von diesen Verhandlungen Verbesserungen in der Qualität der Betreuung versprechen, sei es zum Beispiel bei der Flexibilität der Öffnungszeiten – das ist auch schon Thema im Haus gewesen – oder in Sachen Qualitätskontrolle. Ich glaube, es macht jetzt tatsächlich keinen Sinn, wie hier mehrfach schon beschrieben, noch einmal eine Verhandlungsseite mit guten Ratschlägen zu bedenken. Es geht in einem Verhandlungsprozess immer um das gegenseitige Austarieren von Positionen. Ich finde, da sollten wir uns tunlichst nicht einmischen. Wir werden den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Oetzel von der FDP-Fraktion das Wort.

Daniel Oetzel FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Einstieg möchte ich zunächst noch einmal betonen, dass wir als FDP-Fraktion die angefangene Aufwertung des Erzieherberufs ausdrücklich begrüßen und es auch gut finden,

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

dass in den letzten anderthalb Jahren endlich deutlich Bewegung in diese Sache gekommen ist.

(Beifall bei *Wolfgang Rose SPD*)

Grund ist natürlich, dass die Anforderungen an das Berufsfeld sich in den letzten Jahren oder auch in den letzten Jahrzehnten, könnte man sagen, stark weiterentwickelt haben. Erzieherinnen und Erzieher tragen die Verantwortung dafür, dass die kommende Generation möglichst gut ins Leben startet, und haben schon immer einen wertvollen Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet. Heute übernehmen sie aber mehr und mehr die Verantwortung dafür, dass von Geburt an ungleich verteilte Bildungs- und Teilhabechancen ausgeglichen werden. Das ist nach meiner Überzeugung eines der wichtigsten Ziele, die wir als Politiker verfolgen müssen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben allerdings darüber hinaus in Hamburg einige stadtsspezifische Baustellen, die auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angeklungen sind. Die alte Arie vom schlechtesten Betreuungsschlüssel aller westdeutschen Bundesländer ist leider immer noch aktuell und nicht ausgesungen. Nachdem der Senat in den letzten Jahren stark einseitig auf die Steigerung der Quantität gesetzt hat, haben wir in Hamburg in der Folge ein Spannungsfeld in den Kitas aus drei Zielen, die alle wichtig sind, die leider aber nur sehr schwer gleichzeitig zu erreichen sind. Wenn wir viele Kinder haben, die von deutlich besser bezahlten Fachkräften betreut werden, dann wird es schwierig, kurzfristig einen guten Betreuungsschlüssel hinzubekommen. Wenn wir aber viele Kinder mit einem guten Betreuungsschlüssel betreuen, dann macht es das schwieriger, die eingangs angesprochene Aufwertung des Erzieherberufes schnell umzusetzen. Und deutlich besser bezahlte Erzieher bei einem starken Betreuungsschlüssel zu haben, ist kurzfristig nur realisierbar, wenn die Anzahl der betreuten Kinder stark zurückgeht. Damit können wir nun wirklich nicht rechnen. Ich will damit nicht sagen, dass der Zustand, den wir uns alle wünschen, nämlich dass gut bezahlte Fachkräfte bei einem guten Betreuungsschlüssel viele Kinder betreuen, in Hamburg niemals erreicht wird. Er wird

aber vermutlich mehr Zeit brauchen, als DIE LINKE es sich wünscht. Der vorliegende Antrag macht konsequenterweise keinen Vorschlag zur Gegenfinanzierung, weil das sehr teuer werden würde.

Dennoch ist es ein Problem. Wir haben in den letzten Monaten über den Haushalt beraten, auch im Familienausschuss, und es ist durchaus ein Problem, dass im rot-grünen Haushaltsplan-Entwurf zu wenig Mittel für die versprochenen Qualitätsverbesserungen eingestellt sind, die die Kollegen von Rot und Grün eben noch einmal vorgetragen haben. Man läuft hier, das muss man so deutlich sagen, sehenden Auges in einen Fehlbetrag im achtstelligen Bereich, weil der Status quo quasi fortgeschrieben wird. Mit den Mitteln, die der Senat der Bürgerschaft zum Beschluss vorschlägt, wird der Status quo fortgeschrieben. Das heißt: Da ist noch kein Cent ausgegeben für weitere Qualitätsverbesserungen. Ich frage mich also wirklich, von welchem Geld das, was uns immer so groß und blumig angekündigt wird – im Koalitionsvertrag und auch heute wieder in der Debatte –, eigentlich bezahlt werden soll. Auf jeden Fall nicht aus dem Geld, das im Haushaltsplan-Entwurf für den Bereich Kita eingeplant ist. Der Senat muss sich hier ehrlich machen und sagen, wie er das eben beschriebene Spannungsfeld auflösen möchte. Und DIE LINKE muss sich ehrlich machen und eingestehen, dass es eben nicht möglich ist, sofort und alles auf einmal umzusetzen, auch wenn es vielleicht wünschenswert wäre.

Ansonsten schließe ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an, was die Tatsache angeht, dass momentan die Gespräche zum Landesrahmenvertrag laufen und es sicher nicht förderlich wäre, wenn wir heute beschließen, dass die Bürgerschaft den Senat auffordert, diese Gespräche schnellstmöglich zu einem Abschluss zu bringen. Wir lehnen den Antrag daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Oetzel. – Das Wort hat Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz: Die Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag laufen. Der Antrag kommt zur Unzeit. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Noch einmal hat jetzt das Wort Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens: Die Vereinbarungen

(Mehmet Yildiz)

auf Bundesebene sind Mitte 2015 getroffen worden. Es gibt hier eine Nachverhandlung, die fast eineinhalb Jahre andauert. Der Antrag zielt darauf ab, dass es endlich zu einem Abschluss kommt und die Kolleginnen und Kollegen nach dem, was im Tarifvertrag vereinbart worden ist, auch hinsichtlich der Aufwertung ihrer Arbeit, bezahlt werden.

Zweitens: Frau Grunwaldt, Sie haben den zweiten Punkt unseres Petitums angesprochen und gesagt, dass er nicht richtig sei. Es geht uns darum: Es gibt Träger, die nicht in der Arbeitgebervereinigung sind, aber Gehälter angelehnt an den Tarifvertrag zahlen. Auch sie sollen diese Refinanzierung rückwirkend für 2016 bekommen. Es soll nicht jeder Kita-Träger pauschal die Personenpauschale nach der Vereinbarung bekommen, sondern nur diejenigen, die nach Tarif bezahlt haben. Darum geht es.

Und drittens zu den Verhandlungen. Das war auch 2010 das Grundproblem: Die Verhandlungen dauern und dauern, der Senat reagiert nicht – erst bei öffentlichem Druck reagiert er auf einmal. Was ich nicht verstehe: Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben auf Bundesebene eine Vereinbarung getroffen. Durch das Kita-Gutscheinsystem ist der Kita-Bereich privatisiert worden. Man muss noch einmal nachverhandeln. Arbeitnehmer und Arbeitgeber einigen sich – auch die städtische Arbeitgebervereinigung ist mit dabei –, und dann muss man wieder in der Vertragskommission verhandeln. Ich finde es richtig, dass in der Vertragskommission darüber gesprochen wird. Aber ein Thema in der Vertragskommission ist Personal, Personalkosten, Bezahlung der Tarife und so weiter. Warum kann man nicht vereinbaren, dass, wenn im Personalbereich von Gewerkschaften und Arbeitgebern ein Beschluss gefasst wurde und es eine Einigung gibt, die Vertragskommission das übernimmt und die Verhandlungen nicht so in die Länge zieht, dass nach anderthalb Jahren die Kolleginnen und Kollegen und die Verhandler frustriert sind? Ich sage es einmal so: Indirekt hat der Senat Ersparnisse, wenn die Erhöhung ein Jahr lang nicht gezahlt wird. Er hat so weniger Ausgaben, denn das wird in der Regel nicht rückwirkend gezahlt. Der Antrag zielt darauf ab, dass es endlich zu einem Abschluss kommt, damit wir die Kolleginnen und Kollegen endlich angemessen bezahlen können und die Aufwertung ihrer Arbeit auch in finanzieller Hinsicht Respekt findet. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Yildiz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 21/6747 zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 21/6538, Bericht des Innenausschusses: Zweites Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 21/5325:

Zweites Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)

– Drs 21/6538 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte hierüber zu streichen. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen, das Zweite Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften aus der Drucksache 21/5325 zu beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 21/6734, Antrag der AfD-Fraktion: "Sprung über die Elbe" – Verkehrsanbindung der südlichen Stadtteile verbessern – nicht nur für Kraftfahrzeuge – U4-Planung sofort starten.

[Antrag der AfD-Fraktion:

"Sprung über die Elbe" – Verkehrsanbindung der südlichen Stadtteile verbessern – nicht nur für Kraftfahrzeuge – U4-Planung sofort starten

– Drs 21/6734 –]

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, bitte schön.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Von 2006

(Detlef Ehlebracht)

bis 2013 wurde in Wilhelmsburg die IBA realisiert. Im Zentrum des Handelns stand dabei das Leitbild "Sprung über die Elbe". Zukunftsweisende Wohnungen und Gebäude sollten aufzeigen, wie das Wilhelmsburg der Zukunft und wie das Zusammenleben dort aussehen kann. Auch eine verbesserte Verkehrsanbindung des Südens – Wilhelmsburgs, Harburgs, des Südens allgemein – war und ist Leitbild. Ebenfalls 2013 fand die "internationale Gartenschau" statt, die igs, die eine rund 100 Hektar große Fläche umfasste. Alle Spiel- und Sportflächen sowie rund ein Drittel der Flächen der 80 Gärten sind vollständig erhalten geblieben. In den vergangenen Jahren wurde ferner in Wilhelmsburg das WÄLDERHAUS errichtet, Wilhelmsburg hat ein modernes Schwimmbad bekommen, dort ist eine Mehrzweckhalle entstanden, in der Länderspiele ausgetragen werden, und die BSU ist mit ihrem Sitz an den Bahnhof Wilhelmsburg gezogen, der in diesem Zuge gleich modernisiert und entsprechend ausgebaut wurde. Derzeit findet in Wilhelmsburg ein sehr großes Bauprojekt statt: die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße parallel zu den S- und Fernbahngleisen. Ziel ist es, dass dieser Stadtteil nicht länger in zwei Teile getrennt wird, sondern eins wird. Ziel ist es ferner, die Lärmemission für die Bevölkerung zu reduzieren und Platz zu schaffen für neue Wohnquartiere. In dem ersten Drittel sollen 1 500 neue Wohnungen entstehen, weitere sollen folgen. Man rechnet in Summe mit rund 15 000 Bewohnern mehr, wobei davon sicher ein Großteil auch Nicht-Wilhelmsburger sein werden, also echter Zuzug.

Wenn man sich das alles anschaut, muss man sich doch fragen: Wozu das Ganze? Das ist auch für Außenstehende nicht schwer zu erraten, es ist leicht zu erkennen: Der gesamte Stadtteil sollte nach Jahrzehnten der Vernachlässigung nicht nur kosmetisch, sondern substanziell verbessert und aufgewertet werden. Man wollte und man will diesen Stadtteil für alle Einkommensschichten und alle Bevölkerungsschichten attraktiv machen. Man möchte eine gute Durchmischung in diesem Stadtteil erreichen. Das ist eine gute und richtige Maßnahme, der unsere Unterstützung gilt. Aber was, wenn ich das alles so aufzähle – und das ist noch nicht einmal alles gewesen –, liegt denn dann näher, als den nächsten logischen Schritt zu machen, den man sich auch für die IBA als Leitbild genommen hat, nämlich diesen "Sprung über die Elbe" zu realisieren, indem man diesen Stadtteil, der noch sehr viel mehr Potenzial bietet für Zuwachs und für Veränderung, mit einer weiteren schienengebundenen ÖPNV-Verbindung versorgt, nämlich mit der Verlängerung der U4 über die Elbe in diesen Stadtteil hinein? Aus unserer Sicht ist das ein zwingender Schritt. Diesen zu unterlassen, würde im Grunde genommen einen Teil der bisherigen Maßnahmen verpuffen lassen oder ad absurdum führen.

Aber davon einmal abgesehen, gibt es neben den vorgenannten Sachständen einen weiteren Aspekt, der für sich genommen eigentlich schon fast Grund für eine Verlängerung und Unterstützung der bisherigen Verkehrswege wäre: Bei der S-Bahn-Strecke Hamburg-Harburg–Hamburg-Hauptbahnhof und zurück handelt es sich um die meistbefahrene Strecke des gesamten ÖPNV in Hamburg. Pro Tag sind dort bis zu 160 000 Fahrgäste unterwegs. Und als ob das nicht reicht, wird auf dieser Strecke mit einem signifikanten Nachfragezuwachs gerechnet, weil in Hamburgs Süden große Neubaugebiete erschlossen werden. Wir haben zum Beispiel Neugraben-Fischbek mit den 10 000 Anwohnern, die dort wohnen werden. Daher denken wir auch nicht nur an eine Verlängerung der U4 bis nach Wilhelmsburg, sondern gleich weiter an eine Verlängerung in den tiefen Süden Hamburgs, nämlich nach Harburg.

Man braucht Sie von SPD und GRÜNEN eigentlich gar nicht zu fragen, ob Sie das nicht genauso sehen; Sie tun das. Während der Olympia-Bewerbung wollten Sie eine U-Bahn auf den Grasbrook bauen, und weil man ein derartiges Projekt nicht nur für Olympia bauen darf, musste man eine Begründung geben, warum die Strecke auch nach den Spielen gebraucht würde. Das waren in diesem Fall 10 000 Bewohner auf dem Grasbrook. 10 000 Bewohner auf dem Grasbrook rechtfertigen also eine Verlängerung der U-Bahn über die Elbe, 10 000 Bewohner in Neugraben-Fischbek rechtfertigen dies nicht – plus der 15 000 weiteren zu erwartenden Bewohner in Wilhelmsburg, die noch obendrauf kommen. Die rechtfertigen das auch nicht. Das muss SPD-Logik sein.

Gemäß der heute vorliegenden Senatsmitteilung, die morgen zum Zuge kommt, wird ein Teil der zwölf S-Bahn-Züge beschafft, um genau diese Linie zu verstärken. Das kann man als Sofortmaßnahme, um diese Strecke zu entlasten, anerkennen. Aber letztendlich bleibt die Beschaffung dieser Züge nur eine Behandlung von Symptomen. Sie werden um eine Entscheidung größeren Ausmaßes nicht herumkommen. Wo ist der Bau eines weiteren Verbindungsweges sinnvoller im ÖPNV-Netz als dort, an dieser Stelle und bei dieser Auslastung?

Ich weiß nicht, ob es eine Art politischer Autismus ist oder einfach bloße Selbstherrlichkeit, dass die Regierungskoalition aus Rot und Grün eine Verlängerung über die Elbe kategorisch ablehnt. Ich vermute, Sie werden, wie bei den Alsterschiffen, selbst eine Diskussion darüber ablehnen. Wie ernst ist es Ihnen eigentlich mit der Forderung, die Leute vom Auto auf die Schiene zu bekommen, wenn Sie eine solche Haltung einnehmen? Wie ernst meinen Sie es dann noch mit dem "Sprung über die Elbe"?

(Detlef Ehlebracht)

Sie finden es anscheinend völlig richtig, dass eine der teuersten U-Bahn-Linien nach drei Stationen in einer Sackgasse endet. Sie sind aber so ziemlich die Einzigen, die das gut finden. Die Handelskammer zum Beispiel empfiehlt in ihrer jüngsten Analyse "Stadtmobilität in Hamburg 2030" nicht nur eine Verlängerung der U4, sondern bewertet sie sogar als prioritär. Ich wiederhole: prioritär. Das heißt, das ist für die Handelskammer eines der Verkehrsobjekte schlechthin, und die Handelskammer ist nicht irgendein Kiosk an der Ecke oder ein Friseur, der einem irgendetwas erzählt, sondern sie weiß, wovon sie spricht. Aber ich bin sicher: So wie dieser Antrag wird auch das, was die Handelskammer sagt, an Ihnen abperlen – aus welchen Gründen auch immer. Sie werden nicht einmal darüber reden wollen. Aber glauben Sie mir, auch wenn Sie sich das im Moment nicht vorstellen können, irgendwann wird es eine Zeit nach Ihnen geben. Das Bedauerliche ist, dass diese Regierung dann diesen Fehler, den Sie jetzt begehen, ausbügeln muss. Eines Tages werden wir dort eine weitere schienengebundene Verbindung über die U4 haben. Bis dahin werden sich die vielen Bahnnutzer auf dieser Strecke im Berufsverkehr an die japanischen Verhältnisse, denen wir uns langsam, aber sicher nähern, gewöhnen müssen; dort werden Fahrgäste von netten Menschen mit weißen Handschuhen in die Bahn gepresst.

Die Sache mit den Triebzügen der Baureihe 472 habe ich in meiner Rede nicht angesprochen, denn Sie haben dazu einen Zusatzantrag gestellt, der inhaltlich identisch zu unserem ist, was Sie befähigt, unseren Antrag abzulehnen und Ihrem zuzustimmen, wobei dem mitdenkenden Menschen verschlossen bleibt, warum das so gemacht wird. Vermutlich ist der Grund, dass, wenn ich hier stehe und "eins und eins ist zwei" sage, das natürlich falsch sein muss, weil ich von der AfD bin. Aber wenn Sie "eins und eins ist zwei" sagen, dann ist das die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Das Wort hat Herr Buschhüter von der SPD-Fraktion.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz so lang brauche ich nicht dafür.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Herr Ehlebracht, das war ein großer Ausflug. Sie sprachen die Prioritäten an, die wir haben. Ich will sie Ihnen genau sagen: Der Senat und die Regierungsfaktionen haben sich eines der größten Schnellbahn-Ausbauprogramme der letzten Jahrzehnte vorgenommen. Wir wollen die U4 bis zu

den Elbbrücken verlängern. Wir bauen neue Haltestellen, in Oldenfelde an der U-Bahn, in Ottensen an der S-Bahn; darüber reden wir morgen. An den Elbbrücken soll es eine weitere Haltestelle für die S-Bahn geben. Wir wollen die S21 nach Kaltenkirchen bauen und am anderen Ende die U4 in die Horner Geest verlängern. Wir wollen – ganz wichtig – endlich die S4 nach Bad Oldesloe bauen. Und wir haben uns als ganz neues Neubauprojekt den Bau der U5 von Bramfeld zum Siemensplatz und zum Osdorfer Born vorgenommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem wollen wir bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts alle Haltestellen barrierefrei ausbauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist unser Angebot an die Stadt. Das sind unsere Prioritäten. Und dann muss man sagen: Ja, es ist im Moment kein Platz für eine Verlängerung der U4 über die Elbbrücken hinaus bis nach Wilhelmsburg oder möglicherweise weiter. Die Haltestelle wird so angelegt sein, dass die Linie potenziell weiter in Richtung Süden verlängert werden kann. Aber wir haben diese Prioritäten, und ich glaube, wir sind klug beraten, uns daran zu halten und nicht bei jeder Gelegenheit Prioritäten wieder über Bord zu werfen, mit dem Ergebnis, dass Sachen gar nicht kommen. Das ist die Politik vieler Senate vor uns gewesen. Mit jeder Wahl haben sich die Prioritäten geändert. Deswegen kann ich nur vor dem warnen, was Sie zum Schluss sagten: Wenn ein anderer Senat kommt, kommt die U-Bahn schon. Das würde bedeuten, dass Sie Projekte stoppen müssten, die wir jetzt beginnen und nicht zu Ende bringen können; nicht alle Projekte können innerhalb einer Wahlperiode erledigt werden – leider, aber so ist es nun einmal. Und was Hamburg überhaupt nicht gebrauchen kann: dass man nach jeder Wahl Projekte in die Schublade packt und andere wieder herausholt und am Ende passiert gar nichts.

Das ist unser Angebot an die Stadt. Diese Projekte kommen, wenn Sie weiterhin Olaf Scholz und die SPD wählen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sorgen dafür, dass Bus und Bahn massiv ausgebaut werden, mit den Projekten, die ich genannt habe. Wir wollen – das ist Grund der Prioritäten – viele Hamburger Stadtteile und Quartiere erstmals an die Schnellbahn anschließen. Sie verglichen eben nur neue Projekte und wie viele Einwohner in einem Stadtteil durch Neubauprojekte dazukommen. Wir schauen uns die Stadtteile insgesamt an und sorgen auch dafür, dass die Quartiere, die teilweise schon seit Jahrzehnten auf einen Schnellbahnanschluss warten, diesen endlich bekommen. Wir machen Busse und Bahnen komplett barrierefrei. Wir machen Busse und Bahnen emissionsfrei.

(Ole Thorben Buschhüter)

Das ist gut für die Stadt, das ist gut für die Mobilität in unserer Stadt, für alle Teilnehmer, und es ist gut für die Umwelt und für die Lebensqualität in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Insofern fällt es uns leicht, den Antrag in diesem Punkt abzulehnen, weil wir so viel mehr vorhaben an Schnellbahnprojekten als diesen einen Punkt und wir ein sehr ruhiges Gewissen haben. Wir tun für die Stadt und für den Schnellbahnausbau in Hamburg sehr viel Gutes.

Was den zweiten Punkt Ihres Antrags angeht, die Sache mit den S-Bahn-Fahrzeugen: Sie irren sich, wenn Sie behaupten, die Anträge seien identisch. Das sind sie ganz und gar nicht. Sie sagen, so muss es sein. Sie haben die Lösung schon parat. Wir sagen, das ist eine Sache, über die man nachdenken muss. Man fragt sich schon, warum die Fahrzeuge nicht einfach länger fahren können. Das muss genau untersucht werden. Wir wissen nicht, ob es wirklich funktioniert und ob es wirtschaftlich tragbar ist. Das ist der Unterschied. Wir wollen, dass es geprüft wird. Wir wollen, dass die wirtschaftlichen Konsequenzen aufgezeigt werden, damit eine Entscheidung getroffen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, auch wenn wir darauf morgen intensiv zu sprechen kommen, wenn wir die Mitteilung des Senats dazu debattieren, sollte man das nicht kleinreden, was der Senat jetzt vorhat

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

mit den Erweiterungen Richtung Süden, Stichwort S3, S31, möglicherweise S32. Allein die Fahrzeuge, die jetzt zusätzlich bestellt werden, führen dazu, dass in der Hauptverkehrszeit die Züge der S3 zwischen Neugraben und Elbgaustraße um 50 Prozent verlängert werden können auf Langzüge. Das ist ein erheblicher Kapazitätswachstum, der für erhebliche Entlastung auf dieser Strecke sorgen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Buschhüter. – Das Wort hat Herr Thering von der CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie umgehen mit dem Hamburger Süden? Auf diese große, über Jahrzehnte immer wieder gestellte Frage fand der CDU-geführte Senat 2004 mit dem Konzept "Wachsende Stadt" und dem Leitprojekt "Sprung über die Elbe" eine Antwort, dessen positive Wirkung heute für jeden sichtbar ist. Insofern begrüße ich es ausdrücklich, dass die AfD-Fraktion sich mit diesem extrem wichtigen Thema auseinandergesetzt hat und direkt an unser politisches Erbe anknüpft und

im wahrsten Sinne des Wortes eine Brücke bauen will – oder vielleicht einen Tunnel. Und damit fangen die Fragezeichen und Ungereimtheiten schon an, Herr Ehlebracht: Wie Sie eine weitere Verlängerung der U4, die gerade bis zu den Elbbrücken verlängert wird, bewerkstelligen wollen, erwähnen Sie nämlich merkwürdigerweise mit keiner Silbe. Wollen Sie das Ganze übertunneln? Wollen Sie es untertunneln? Das ist aber ein entscheidender Faktor, vor allem ein Kostenfaktor, und darauf sind Sie nicht eingegangen. Das ist der große Schwachpunkt in Ihrem Antrag.

Dass Sie bei diesem Thema eine mehr als unglückliche Figur abgeben, zeigt noch ein anderer Punkt. Die Verlängerung der U4 über die Elbbrücken Richtung Süden war eines der wichtigsten Elemente der Hamburger Olympia-Bewerbung; Sie werden sich vielleicht daran erinnern. Unsere CDU-Fraktion an der Spitze hat für dieses tolle Projekt Olympische Spiele in Hamburg gekämpft und damit auch für die Realisierung einer Verlängerung der U4.

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

– Ich greife DIE LINKE jetzt nicht auf, Frau Sudmann, ich wollte Sie gerade einmal schonen. Wir können aber auch darüber reden, wie Sie sich in dieser Frage verhalten haben.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sehr gut haben wir uns verhalten!)

Aber erst einmal bleibe ich bei der AfD und dabei, wie Sie sich in der Frage der Olympia-Bewerbung verhalten haben. Sie haben sich in die Büsche geschlagen und versucht, Ihre absurde Ja-Nein-Vielleicht-Haltung irgendwie zu begründen. Das zeigt uns einmal mehr, dass Sie bei diesem Thema nicht vernünftig stehen, obwohl Sie ziemlich genau ein Jahr nach Beendigung der Olympia-Pläne das Ganze maßgeblich vorangetrieben haben.

Sie merken: Das passt alles nicht so richtig zusammen. Wir würden es begrüßen, dieses Thema im Ausschuss zu behandeln, aber wie ich die liebe Regierungskoalition kenne, wird das nicht stattfinden. Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Thering. – Das Wort hat Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der langfristigen Entwicklung der U-Bahn und der Schnellbahn in Hamburg ist der "Sprung über die Elbe" nach Wilhelmsburg und Harburg nach wie vor enthalten. Die U-Bahn-Haltestelle Elbbrücken wurde schon so gebaut, dass das Widerlager für die Brücke

(Martin Bill)

über die Elbe bereits mit eingerechnet ist. Mit der Olympia-Bewerbung hätte diese Brücke sehr nah an der Realisierung gestanden. Nun ist das etwas in die Ferne gerückt, aber ich gehe davon aus, dass die U-Bahn irgendwann den "Sprung über die Elbe" machen wird

(Beifall bei den GRÜNEN)

– aber eben noch nicht jetzt, denn alles zu seiner Zeit. Wir können nicht in einigen Jahren aufholen, was in den letzten 40 Jahren an Entwicklung im öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg versäumt wurde.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das ist vielleicht der falsche Koalitionspartner gewesen!)

Wir haben die U5-Ost in der Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Für das "U" der U5 ist die Machbarkeitsstudie in vollem Gange und für die Westanbindung läuft die Variantenprüfung. Die Verlängerung der U4 in die Horner Geest ist in der Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Die U-Bahn Elbbrücken wird gebaut. Die S21 und die S4 sind im Stadium der Planfeststellung. Es passiert enorm viel zurzeit und mit diesen Projekten lasten wir sowohl die Hochbahn als auch alle Planfeststellungsbehörden komplett aus. Deswegen: Alles zu seiner Zeit. Die U4 nach Wilhelmsburg kann schon aufgrund der Masse zurzeit nicht an oberster Stelle stehen, wie es der Antrag in der Überschrift suggeriert. Alles zu seiner Zeit gilt auch für das, was wir hinsichtlich der S-Bahn zu diskutieren haben. Lassen Sie uns das morgen anhand der Senatsdrucksachen diskutieren; das ist der richtige Platz dafür. Auf den Zusatzantrag wurde schon hingewiesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Bill. – Das Wort hat Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Die AfD startet heute den Versuch, sich auf einmal als die Interessenvertretung der Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen

(Dirk Nockemann AfD: Immer schon! Immer schon!)

darzustellen und sich dort ein wenig anzubiedern. Sie sagen, immer schon. Das ist bisher nicht wahrgenommen worden. Was wahrscheinlich daran liegt, dass Sie immer nur die Interessen eines kleinen Teils der Bevölkerung versuchen zu vertreten.

Es reicht nicht, dass man sich alte Vorgänge anschaut, Anträge zusammenkopiert und dann sagt: Wow, wir haben hier die Lösung. Sie sollten die Diskussion vor Ort verfolgen, dann wüssten Sie, dass sehr viele Lösungen diskutiert werden. Es

gibt unterschiedliche Varianten – nicht wahr, Herr Weinreich? –, was sich die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen wünschen, wie ihr Stadtteil besser erschlossen werden kann. Es gibt nicht die eine Lösung und vor allem nicht die eine Lösung, die bisher vom Senat präferiert wurde. Deswegen brauchen wir – und da ist der Senat wirklich sehr säumig – eine Diskussion darüber, was an öffentlichem Personennahverkehr in Wilhelmsburg verstärkt werden soll.

Wir haben schon vor drei oder vier Jahren die Debatte über die S32 geführt, die auf einmal von Herrn Rieckhof bei den Olympischen Spielen immer weiter nach hinten rückte, nachdem eigentlich klar war, dass es die S32 Ende 2018 geben sollte. Mittlerweile reden wir von 2020. Das hat Wilhelmsburg definitiv nicht verdient. Wir wollen eine vernünftige Anbindung haben, aber wir wollen nicht, dass die AfD versucht, sich als die Retterin von Wilhelmsburg darzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt, wie die SPD und die GRÜNEN die Diskussionen weiterführen wollen. Sie haben die Bauvorhaben in Wilhelmsburg, haben aber schon jetzt Engpässe. Die Wilde 13 ist nicht umsonst so bekannt. Nicht nur, weil sie eine interessante Linienführung hat – für die Nicht-Wilhelmsburgerinnen und Nicht-Wilhelmsburger: ich rede von der Buslinie M13 –, sondern auch, weil sie sehr überfüllt ist. Sie wissen, es gibt viele Forderungen nach Verlängerung in die Innenstadt hinein, nach mehr Busverkehr, nach mehr Angeboten. Da sind Sie zurzeit säumig, und wenn Sie weiterhin so säumig bleiben, ist es kein Wunder, dass die AfD versucht, in diese Lücke hineinzuspringen. Das sollten Sie weder der AfD gönnen noch jemand anderem. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und Karthago muss fallen ... Die U4-Verlängerung nach Wilhelmsburg und Harburg steht schon seit Urzeiten auf der politischen Agenda, meistens ganz hinten, zu Wahlkampfzeiten eher vorn. Es ist klar, dass die Prioritäten von diesem Senat anders gesetzt werden. Der "Sprung über die Elbe" ist, wie gehört, nach hinten geschoben worden.

(Dirk Kienscherf SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Das muss man den Leuten klar sagen, und ich finde es gut, dass vonseiten der SPD und der GRÜNEN jetzt reiner Wein eingeschenkt wird. In naher

(Dr. Kurt Duwe)

Zukunft wird es diese Lösung nicht geben; vielleicht irgendwann.

Dazu muss man allerdings sagen: Wir brauchen eine Planung. Wenn man schon daran denkt, in Wilhelmsburg überall Wohnungsbauvorhaben voranzutreiben, dann sollte man zumindest überlegen, wo denn gegebenenfalls U-Bahn-Stationen positioniert werden könnten, denn wenn man dort schon irgendetwas hingebaut hat, ist diese Option weg. Das heißt, man braucht eine vorausschauende Planung – auch jetzt schon, wenn Bebauungspläne und Flächennutzungspläne geschaffen werden. Platz für eine Station muss eingeplant werden, sodass man in 20 Jahren, wenn man dann zu dem Schluss gekommen ist, dass Wilhelmsburg eine U-Bahn braucht, dort auch bauen kann. Alles andere ist Augenwischerei. Dann können wir gleich sagen: Der "Sprung über die Elbe" ist, was die U4 angeht, tot. Darüber werden wir auch in 50 Jahren nicht mehr reden. Das brauchen wir nicht. Wir machen dort eine Verstärkung der Metrobuslinie, die dann nicht auf der Veddel endet, sondern vielleicht bei der neuen U-Bahn-Station Elbbrücken; das wäre auch eine Möglichkeit in der Planung. Was man allerdings bedenken sollte: Irgendwann werden die Wilhelmsburger und die Veddel gar nicht mehr in ihre S-Bahn hineinkommen. Schon jetzt sind während des Berufsverkehrs die S-Bahnen teilweise so voll, sogar schon in Harburg Rathaus, dass man die Züge durchfahren lassen muss.

Die weitere Beschaffung von Triebwagen ist sehr gut. Das wird vielleicht mittelfristig einen gewissen Engpass beseitigen, aber eben nur mittelfristig. Wir wollen doch, dass möglichst viele Pendler nicht mehr mit dem Auto nach Hamburg fahren. Was würden diese Pendler also machen? Sie fahren in ein Park-and-ride-Haus und steigen in eine S-Bahn ein – aber natürlich nur in eine S-Bahn, von der sie wissen, dass sie zumindest die halbe Strecke nicht wie eine Ölsardine stehen. Wenn wir das wollen und auch die Luftverschmutzung zurückdrehen wollen et cetera pp., müssen wir uns Gedanken darüber machen, die S32 möglichst schnell einzuführen – sehr wichtig.

Und zum anderen müssen wir den Leuten reinen Wein einschenken. Entweder planen wir mit U-

Bahn-Stationen in Wilhelmsburg, dann werden diese Positionen freigehalten. Oder wir sagen klipp und klar, wir machen das nicht, und dann können wir anders planen. Dieses Wischiwaschi, das ich schon seit fünf, sechs Jahren in diesem Hause zum Thema U4-Verlängerung höre – ja, jetzt noch nicht, aber wir wollen es eigentlich und überhaupt –, sollte ein Ende haben. Wenn wir dort Tatsachen schaffen, werden wir keine U-Bahn dorthin bringen. Das wird sowieso nur unterirdisch gehen, das weiß jeder. Wo sollte sie sonst langführen? Das wird teuer. Aber auch unterirdische U-Bahnen brauchen irgendwo eine Station. Dazu muss der Senat entweder sagen, das machen wir nicht ...

(Zuruf)

– Dann machen Sie es nicht. Dann sollten Sie gleich sagen: Die U4 ist tot, Hamburg hat gesprochen, wir haben die und die Ersatzlösung. Alles andere wäre unehrlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/6734 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte dem Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/6734 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Meinen Damen und Herren! Wir sind am Ende unseres heutigen Sitzungstags. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise.

Ende: 20.32 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Inge Hannemann und Carsten Ovens

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission****– Drucksache 21/631 –**

Nicht gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
Dirk Nockemann	108	18	83	6	1

Zu Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde****– Drucksache 21/1466 –**

Nicht gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
Peter Wolfslast	102	34	55	12	1

Zu Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung****– Drucksache 21/2316 –**

Nicht gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der AfD-Fraktion:					
Krzysztof Walczak	105	34	53	15	3

Zu Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde****– Drucksache 21/6339 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Sören Schinkel	112	100	6	6	0

Zu Tagesordnungspunkt 7

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von vier Delegierten zur 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

– Drucksache 21/6717 –

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Jan Quast	114	95	9	8	2
Dorothee Martin	114	92	10	9	3
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Birgit Stöver	114	101	3	8	2
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
Olaf Duge	114	94	10	8	2